

Frieden mit Russland

Wortmeldungen zum Aufruf der Generale

Manfred Grätz und Sebald Daum

**Herausgegeben vom
Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V.
März 2023**



Fotomontage erstellt A. Mewes

Inhalt

Vorwort von Rainer Rupp	3
Hans Bauer, Vom Friedensgebot zur Kriegserklärung	6
Bernd Biedermann, Generale für Frieden mit Russland	8
Wolfgang Bittner, Wir sind im Kriegsmodus	9
Gerald Böhm, Stellungnahme	13
Heinrich Bücken, Ende der Waffenlieferungen! Verhandeln!	15
Rudolf Denner, Der Aufruhr meines Gewissens	19
Wolfgang Effenberger, McFaul fordert „Big Bang“ in der Ukraine	22
Tino Eisbrenner, Zu einem kulturvollen Umgang miteinander	36
Hans Fischer, Dank für den aktuellen Aufruf	38
Bernd Gnandt, Handeln wir!	39
Jürgen Heidig, Als die Maske fiel, oder die »Katze ist aus dem Sack«!	41
Helga Hörning, Europäisches Friedensforum wirkt aufs Heute	48
Liane Kilinc, Zum Jahrestag der Gründung der NVA	51
Ralf Lassahn u.a., Protest ehemaliger Panzeroffiziere	54
Anton Latzo, Im Kampf um die Vorherrschaft	57
Dieter Luhn, Schluss mit der Unterstützung des Regimes in der Ukraine	62
Gerhard Matthes, Erinnerungen und Gedanken am Panzerdenkmal in Kienitz	66
Siegfried Mechler, Krieg verbannen - Frieden sichern!	70
Anja Mewes, Frieden ist das Gebot der Stunde!	72
Friedemann Munkelt, Deutschland und die Panzerlieferungen	74
Günter Pauli, Brief an das OKV	76
Brigitte Queck, Unser stetiger Einsatz gegen Krieg	79
Max Renkl, Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!	80
Jürgen Rose, Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg!	82
Eva Ruppert, Auch ein "Leopard" kommt nur bis Stalingrad	88
Karl-Heinz Schmalfuß, Deutsche Leopard-Panzer gegen Russland	89
Wilfried Schreiber, Für Frieden in der Ukraine – auch ohne Sieg	90
Gerd Schultze-Rhonhof, Ist Putin wirklich ein Kriegsverbrecher?	94
Lothar Wellschmied, Gedanken zu den Briefen der ehemaligen NVA-Generale	114
Joachim Wernicke, Brief an Herrn Ministerpräsident Bodo Ramelow und Herrn Dietmar Bartsch, Ist Deutschland Kriegspartei?	115
Manfred Wild, Beifall für Rommy Arndt, MDR	117
Stefan ..., Zuspruch zum Protest	119
Gemeinsam für den Frieden - Ein Aufruf zur Vernunft, 22.6.2021	120
Frieden mit Russland! – Zwei ehemalige Generale der DDR rufen zum Protest auf, Initial 31.1.2023	122
Meinungsfreiheit verteidigen!	130

Vorwort von Rainer Rupp

Zwei ehemalige Generale der DDR rufen zum Protest auf, gemeinsam mit allen Friedensfreunden.

Die zwei offenen Briefe ehemaliger DDR-Generale an die russische Botschaft Ende Januar 2023 gegen den US-NATO-Krieg in der Ukraine gegen Russland haben nicht nur in der Zivilgesellschaft im Osten Deutschlands Wellen geschlagen, sondern inzwischen auch internationale Aufmerksamkeit erregt. Vor allem in Frankreich haben die Positionen der beiden NVA-Generale a.D. in NATO-kritischen Kreisen hochrangiger französischer Militärs „vorbehaltlose“ Unterstützung gefunden. Aber sie wurden auch von zivilen Kriegsgegnern aufgegriffen, übersetzt und weiterverbreitet.

Die beiden offenen Briefe stellten den Auftakt einer Initiative des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände (OKV) dar, in dem 28 Organisationen zusammengeschlossen sind. Die Gegner des US/NATO-Stellvertreter Krieges gegen Russland wollen sich nicht länger von den wahnwitzigen transatlantischen Falken diktieren lassen, mit wem sie gegen den Krieg in der Ukraine demonstrieren dürfen, ohne als „rechtslastig“ oder als „Neonazis“ diffamiert zu werden.

Bei der OKV-Initiative geht es vielmehr darum, diesen antidemokratischen Exzessen zur Unterdrückung unserer Rede- und Meinungsfreiheit durch die US/NATO-Anhänger in Politik und Medien die Stirn zu bieten und stattdessen mit allen Gleichgesinnten gegen diesen Krieg auf den Straßen und Plätzen oder in Diskussionsrunden vereint zu demonstrieren.

In der großen Gefahr, in der sich aktuell unsere Völker befinden, haben wir keine Zeit mehr, uns über parteipolitische Differenzen und unterschiedliche gesellschaftspolitische Orientierungen zu streiten. Statt über theoretische Dinge zu diskutieren, die uns trennen, sollten wir uns in dieser Situation auf das konzentrieren, was uns eint! Nämlich Frieden mit Russland!

Man muss weder Pazifist oder Freund der Russen sein, um Frieden mit Russland zu fordern. Denn das ist das Gebot der Vernunft und die Voraussetzung dafür, dass unsere Wirtschaft und die Zukunft unserer Kinder und Enkel nicht den Interessen einer kleinen Clique von US-Vasallen zum Opfer fällt. Deshalb ist es geboten, dass wir über alle parteipolitischen und gesellschaftspolitischen Differenzen hinweg eine Brücke schlagen und gemeinsam aufstehen, gemeinsam auf die Straßen gehen, um den Kriegstreibern in die Arme zu fallen und gemeinsam Frieden mit Russland zu fordern.

Nun zu den beiden Briefen der zwei ehemaligen Generale der Nationalen Volksarmee der DDR, die am 30. Januar, dem Verteidigungsattaché bei der Botschaft der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland, Sergej Chukhrov, übergeben wurden.

Darin legen Generalleutnant a.D. Manfred Grätz, ehemaliger stellv. Minister, und Generalmajor a.D. Sebald Daum ihre Standpunkte zur aktuellen Kriegshysterie in Deutschland und der NATO dar. Im Gegensatz zum gefährlichen Geschwurbel der politischen und medialen Eliten „im besten Deutschland, das es je gab“, mangelt es diesen beiden Briefen weder an Klarheit noch an analytischer Schärfe. Zugleich reflektieren sie bewegende persönliche Erinnerungen an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges.

Unter der Überschrift *„Deutsche Panzer gegen Russland – Aufruhr meines Gewissens“* schreibt Generalleutnant a.D. Manfred Grätz z.B., dass es bei dem

„häufigen Geschwätz über die Frage, ob wir denn nun schon Kriegspartei sind oder nicht“, oft darum geht „auszuloten, ob wir (in der Eskalation) nicht noch einen Schritt weitergehen dürfen oder nicht“.

Für General Grätz sind die Fronten jedoch längst klar. *„Wir sind mitdrin (im Krieg). Was sollte man denn sonst noch tun müssen, wenn man schon Panzer und andere schwere Waffen geliefert hat, mit dem „hehren“ Ziel, Russland zu besiegen?“*

Besonders gefährlich seien Politiker und sog. Experten, die in Talkshows oder bei anderen Gelegenheiten vollkommen ahnungslos und leichtsinnig über das Thema Eskalation sinnieren, vielleicht mit Kernwaffen, mit „kleinen taktischen“ zunächst. Hiroshima und Nagasaki sind offensichtlich vergessen. Sollen wir alle lernen, die Atombombe zu lieben?

Unter dem Titel *„Protest gegen die weitere Unterstützung der Ukraine mit Panzern und anderem schwerem Kriegsgerät durch Deutschland“*, fragt Generalmajor a.D. Sebald Daum,

„Hat man vergessen, dass nicht Russland an die Grenzen Deutschlands oder der EU herangerückt ist, sondern die NATO-Truppen heute an den Grenzen Russlands stehen“.

Dann erinnert er daran, dass es die USA und die NATO waren, die 2014 in der Ukraine einen Staatsstreich organisiert haben, den gewählten Präsidenten außer Landes vertrieben und die Ukraine militärisch aufgerüstet und gegen Russland in Stellung gebracht haben,

damit sie 8 Jahre Krieg gegen das eigene Volk führen konnte und geführt hat. Und er fragt weiter:

„Ist das jetzt der Dank für all das, was die Sowjetunion und Russland für Deutschland getan haben?“

Und diese Liste der guten Taten ist beeindruckend, vor allem deshalb, weil man sowas in unseren sogenannte „Qualitätsmedien“ nie zu sehen bekommt, denn die tun alles, um Positives über Russland möglichst schnell im Gedächtnisloch verschwinden zu lassen. So wird z.B. nie thematisiert, dass trotz der 27 Millionen sowjetischer Opfer der deutschen Faschisten die Rote Armee und das sowjetische Volk nach 1945 *„nicht Gleiches mit Gleichem vergolten und Deutschland nicht mit Hass überzogen haben, wie es zur Zeit schon wieder in Deutschland gegen Russland getan wird.“*

Am Ende seines Briefes ruft Generalleutnant a.D. Manfred Grätz alle Ehemaligen und deren Freunde und Sympathisanten dazu auf, persönlich Flagge zu zeigen:

„Schreibt, in welcher Form und in welchem Medium auch immer und vergesst Name und Dienstgrad nicht“, heißt es da. Und weiter: *„Sucht und findet unsere Verbündeten, besucht auch deren Veranstaltungen.“*

Bemerkenswert ist, dass bei diesen Ausführungen jegliche parteipolitische Orientierung fehlt. Wahrscheinlich soll damit betont werden, dass all diejenigen Verbündete sind, die sich für Frieden mit Russland einsetzen, wobei es keine Rolle spielt, mit welcher im Bundestag vertretenen politischen Partei sie sympathisieren oder sich noch denen zugehörig fühlen.

Dieser Standpunkt scheint vor allem in den östlichen Ländern ein Trend zu werden, wo sich Menschen nicht länger von Kriegstreiber-Parteien und -Medien vorschreiben lassen wollen, mit wem sie auf der Straße für Frieden demonstrieren dürfen.

Das Ostdeutsche Kuratorium der Verbände (OKV) mit seinen 28 Organisationen im ganzen Land hat u.a. bereits alle Mitglieder, Sympathisanten und andere besorgte Bürger aufgerufen, im Sinne der offenen Briefe analog ihre Stimme zu erheben und ihre Meinung kundzutun.

Hans Bauer, Vom Friedensgebot zur Kriegserklärung

" dem Frieden der Welt zu dienen", hat sich 1949 in der Präambel des Grundgesetzes "das deutsche Volk" zum obersten Anliegen gemacht.

Wie ernst es die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen mit diesem Bekenntnis genommen hat, dürfte gut bekannt sein.

Soweit das (west)deutsche Volk nicht damals schon verdrummt wurde. Erinnerung sei nur an Adenauers Politik zur "Befreiung der Ostgebiete", an die frühzeitige Wiederaufrüstung, die Einführung der Wehrpflicht, den NATO-Beitritt - alles gegen den Osten, vor allem gegen die DDR und die Sowjetunion.

Kraft des sozialistischen Lagers, einer starken Friedensbewegung und einiger real denkender Politiker des Westens wurde die ehemalige BRD zur friedlichen Koexistenz gezwungen. Mit dem Ergebnis, dass Vereinbarungen, Abkommen und Verträge mit den sozialistischen Ländern zu einer langen Friedensperiode bis 1990 beitrugen. Eigene Friedensinitiativen hat diese Bundesrepublik nie ergriffen. Auch hat sie nie wirklichen Frieden in den Staaten und zwischen den Völkern befördert. **Im Gegenteil.** Erinnerung sei nur an ihre Haltung zum rassistischen Südafrika und dem faschistischen Chile.

1990 konnte das imperialistische und zwangsvereinte Deutschland seine alten Ziele wieder ins Visier nehmen. Natürlich musste es, um Glaubwürdigkeit vorzutäuschen, außen- und innenpolitisch Zugeständnisse machen. Nach dem am 2.9.1990 in Moskau abgeschlossenen Zwei-plus-Vier-Vertrag bekräftigten die BRD und die DDR in Artikel 2 "ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird". Verbindliche Zusagen wurden abgegeben, wonach die NATO nicht nach Osten erweitert wird (zunächst sollte das sogar für das DDR-Territorium gelten).

Das nun für ganz Deutschland geltende Grundgesetz, nun grundgesetzwidrig als Verfassung deklariert, bekundete unverändert in der Präambel, "...dem Frieden der Welt zu dienen".

Die Tatsachen beweisen wiederum das Gegenteil.

- der Jugoslawien-Krieg, ein schwerer Völkerrechtsbruch mit deutscher Beteiligung.

- die unzähligen Beihilfen zu Kriegen von deutschem Boden aus: Ramstein, logistisches Drehkreuz für weltweite Kriege der USA und ihrer Verbündeten, die Lagerung von Atombomben in Büchel, über 20 Militärbasen mit ca. 35 000 US-Soldaten.

- Und schließlich seit 1999 die NATO-Erweiterung mit 14 Staaten im Osten.

Der verfassungswidrige Putsch in der Ukraine 2014 wurde auch mit deutscher Hilfe inszeniert.

- Die neuen Machthaber verboten jegliche Opposition,
- faschistische Kräfte wurden gegen russische Bürger mobilgemacht.
- Das Land gegen Russland aufgerüstet.
- Dessen Sicherheitsinteressen missachtet.
- Zum Schein wurden, um Zeit für die Aufrüstung zu gewinnen, die Minsker Abkommen geschlossen.

Seit 2014 herrscht in der Ukraine Krieg.

- Bürgerkrieg gegen den Donbass und die in Selbstbestimmung gegründeten Volksrepubliken.
- Gegen Russland

Wirtschafts- und Handelskrieg durch Sanktionen,

Medienkrieg mit Fake-News und einer beispiellosen Russophobie.

Das Ziel, Russland zu zerstören, zu "ruinieren", wie die Bundesaußenministerin forderte. Die deutsche Bundesregierung ist zum Kriegstreiber in diesem Konflikt geworden, mit Waffenlieferungen, mit Beratern, mit der Ausbildung von Soldaten und nun mit Panzern für den Angriff.

Verhandlungen mit Russland? Ausgeschlossen!

Verantwortung als Kriegspartei immer wieder bestritten, bekennt Baerbock am 24.1.2023 vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nun offen „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland“. Das kommt einer Kriegserklärung gleich.

Hier hat Baerbock eine Grenze überschritten, deren Konsequenzen unübersehbar sind. Höchste Zeit für die Bundesregierung, zu dieser Erklärung Stellung zu beziehen **und sich von dieser im Amt unfähigen Außenministerin schnellstens zu trennen.**

Verantwortungsvolle Politiker aller Parteien müssen dies nachdrücklich fordern.

Und eine einheitliche Friedensbewegung muss unüberhörbar und mutig zu den Tatsachen und dem hohen Anspruch im Grundgesetz stehen. **Ansonsten bleibt vom hehren Friedensgebot des Grundgesetzes wiederum nicht mehr als eine Farce. Dieses Mal aber mit möglichen irreparablen Folgen.**

Veröffentlicht in GRH-Mitteilungen 2/23, S.1.

Hans Bauer, Vizepräsident der OKV, Vorsitzender der GRH, Stellv. Generalstaatsanwalt der DDR

Bernd Biedermann, Generale für Frieden mit Russland

Manfred Grätz und Sebald Daum haben mit ihren offenen Briefen an die russische Botschaft mit Sicherheit zum Ausdruck gebracht, was die Menschen in unserem Land empfinden, die den Sinn für Realitäten nicht verloren haben. Mir jedenfalls sprechen sie aus dem Herzen.

Ich kenne Manfred Grätz seit einigen Jahren persönlich und schätze seinen scharfen Verstand und seine menschliche Art sehr. Ich bekenne ebenso wie er, dass ich Russland liebe. Die vielen Russen, die ich im Laufe meiner Tätigkeit als Berufssoldat der NVA kennengelernt habe, sind mir bis heute in angenehmer Erinnerung geblieben. Ihre Menschlichkeit hat mich immer überzeugt.

Auch bei mir kocht die Wut hoch, wenn ich die einseitigen Schuldzuweisungen an Russland und seinen Präsidenten verfolgen muss. Dabei wird die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine völlig außer Acht gelassen. Ganz wesentlich sind dabei die nationalen Interessen der Russen, die in der Ostukraine leben. Sie haben, wie jedes Volk das Recht, selbst zu entscheiden, ob sie einen Staat gründen oder einem anderen Staat beitreten. Das haben sie in einem Referendum mit einer überwältigenden Mehrheit getan.

Wollen wir hoffen, dass ein gangbarer Weg aus dem jetzigen Dilemma gefunden wird.

Die immer neue Lieferung von Waffen der von den USA geführten NATO ist jedenfalls nicht dazu geeignet.

18.2.23, Bernd Biedermann, Oberst a.D., Militärattaché 1984-88 in Brüssel

Wolfgang Bittner, Wir sind im Kriegsmodus

Der Kanzler schickt bereits Panzer, nun will Kiew Kampfflugzeuge und Langstreckenraketen. Die Weltuntergangsuhr, so der Autor Wolfgang Bittner, steht auf 90 Sekunden vor Mitternacht.

Als Joseph Biden 2014 davon sprach, der russische Präsident Wladimir Putin müsse die Souveränität der Ukraine respektieren, sonst werde sich Russland zunehmenden Konsequenzen gegenübersehen, war der von den USA lange vorbereitete Staatsstreich in Kiew – unter Missachtung der Souveränität der Ukraine – bereits vollzogen, und der Bürgerkrieg in der Ostukraine hatte begonnen. Kurz darauf nötigte US-Präsident Barack Obama die führenden europäischen Politiker, Russland mit harten Sanktionen zu belegen.

Das war der Beginn einer gewollten Auseinandersetzung, in die Deutschland und die Europäische Union mehr und mehr hineingezogen wurden. Lange vergessen ist das Kooperationsangebot Putins von 2001, als er in seiner denkwürdigen Rede im Deutschen Bundestag für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Wladiwostok bis Lissabon warb. Die USA haben das verhindert. Sie haben die Ukraine nach dem von ihnen initiierten Putsch auf kaltem Wege übernommen und vor der Haustür Russlands einen Brandherd gelegt, den sie immer wieder anheizten.

Das Minsker Abkommen wurde von Kiew ignoriert, die berechtigten Forderungen Russlands nach Sicherheitsgarantien blieben unbeantwortet und Mitte Februar 2022 eskalierten die Angriffe auf die Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Daraufhin marschierten am 24. Februar 2022 russische Truppen in die Ukraine ein. Die Folge war ein Aufschrei des sogenannten Wertewestens mit einer gigantischen Kriegspropaganda, begleitet von umfangreichen Waffenlieferungen an die Ukraine. Die USA und die NATO begannen, mithilfe der instrumentalisierten Ukraine einen verdeckten Krieg gegen Russland zu führen.

Ideologisierte Politiker machen alles noch schlimmer

Inzwischen zeigt die Weltuntergangsuhr 90 Sekunden vor Mitternacht. Dennoch folgen devote, ideologisierte Politiker in der Europäischen Union den Vorgaben aus Washington zum Nachteil ihrer Länder. Sowohl Deutschland als angebliche europäische Führungsmacht als auch die EU mit der aufgrund von Manipulationen an die Macht gekommenen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen tragen zur Verschärfung der Lage bei und überschreiten damit ständig ihre

Befugnisse, indem sie ihren primären Auftrag, Frieden und Sicherheit zu bewahren, verraten. Um es noch deutlicher zu sagen: Die deutsche Regierung und die EU-Kommission missbrauchen ihr Mandat.

Putin hatte den Westen mehrmals davor gewarnt, die Ukraine mit Offensivwaffen auszurüsten und Verhandlungen angeboten. Seine Erklärungen, Moskau sei trotz der westlichen Aggressionspolitik an einer Kooperation mit allen ausländischen Partnern interessiert, wurden als Propaganda abgetan. Auch die Bemühungen des russischen Außenministers Sergei Lawrow, der vor einer hochgefährlichen Ausweitung des Ukraine-Krieges gewarnt hatte, liefen ins Leere. Lawrow hatte schon vor Wochen von einem hybriden Krieg gegen Russland gesprochen, der das Ziel habe, das Land zu ruinieren und einen politischen Umsturz herbeizuführen.

Westen: Russland muss verlieren

Festzustellen ist, dass die von den USA geführte westliche Allianz beabsichtigt, Russland mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu besiegen. Was sich in dieser Konstellation zwischen Deutschland und Russland angebahnt hat, ist eine Tragödie und eine Jahrhundertkatastrophe. Besonders tragisch ist, dass sich Deutschland zum dritten Mal gegen Russland in Stellung bringen lässt. Das war im Ersten und Zweiten Weltkrieg so und ist auch jetzt wieder der Fall. Durch die bedingungslose Kapitulation 1945 geriet Deutschland vollkommen in die Hand der USA, die seit über einem Jahrhundert eine Langzeitstrategie verfolgen, die vor allem der Verhinderung einer Kooperation zwischen Deutschland und Russland als einer wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenz dient.

Jetzt wird Deutschland als Speerspitze gegen Russland eingesetzt, Japan und Südkorea stehen gegen China. Die USA wollen mit aller Macht ihren durch nichts begründeten Anspruch auf globale Herrschaft durchsetzen, selbst wenn es dabei zum großen Krieg kommt. Diese Hybris geht von den Neokonservativen in Washington mit den dortigen Finanz- und Wirtschaftseliten und ihrer Galionsfigur Joseph Biden aus, der fast alle Konflikte und Kriege der letzten Jahrzehnte mit zu verantworten hat. Er ist es auch, der Deutschland zur bedingungslosen Unterstützung der Ukraine verpflichtet, zur Teilnahme an einem Abnutzungskrieg, von dem die USA wirtschaftlich außerordentlich profitieren.

Eine nochmalige Zuspitzung in den Beziehungen Russlands mit den Westalliierten ist nach einer bestürzenden Aussage der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingetreten. In einem Interview sagte sie im Dezember 2022, das Minsker Abkommen von 2014 sei vom Westen geschlossen worden, um der Ukraine Zeit zu geben, stärker zu werden. Der ehemalige französische Präsident Hollande und der ukrainische Ex-Präsident Poroschenko haben das bestätigt. Demnach war Krieg mit Russland von vornherein die Absicht, die der Westen in und mit der Ukraine verfolgt hat. Was da zutage tritt, ist eine Ungeheuerlichkeit: Die Regierungen von Deutschland, Frankreich, der Ukraine und den USA haben in den Jahren vor dem russischen Einmarsch doppeltes Spiel getrieben, das heißt intrigiert, gelogen und Kriegsvorbereitungen getroffen.

Der Panzer-Kanzler und seine Außenministerin

Putin zeigte sich tief enttäuscht. Er beklagte einen Mangel an Ehrlichkeit und stellte die Frage, ob es überhaupt noch jemanden gebe, mit dem man sich einigen könne und welche Garantien es dann gebe. Nach diesen Enthüllungen sei das Vertrauen fast auf dem Nullpunkt, aber – so fügte er hinzu – letztlich müsse eine Einigung erzielt werden und Russland sei dazu bereit und offen. Anstatt darauf einzugehen, fand ein regelrechtes Kesseltreiben auf die Berliner Regierung statt, Leopard-Kampfpanzer, also schwere Offensivwaffen, an die Ukraine zu liefern, was nun geschehen ist. Jetzt fordert der ukrainische Machthaber Wladimir Selenskij Kampfflugzeuge und Langstreckenraketen.

Dass die Lieferung solcher Waffen die Situation in der Ukraine nur verschärfen kann, hat sich in den vergangenen Wochen bewiesen. Je mehr der Westen liefert, desto länger wird diese Auseinandersetzung dauern. Die Ukraine geht dabei zugrunde, aber auch Deutschland, das ständig Waffen schickt und Milliarden an Kiew zahlt, wird ruiniert. Dass ein großer Teil der deutschen Bevölkerung Frieden mit Russland will, wird von der eigenen Regierung aufgrund des Drucks aus Washington und einiger Vasallenstaaten missachtet. Selenskij kann die deutsche Regierung beleidigen und beschimpfen, doch Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock versichern ihm weiterhin ihre unbegrenzte Unterstützung. Viele fragen sich, wie die Berliner Politiker dazu kommen, solche Versprechungen abzugeben und warum Deutschland der Ukraine überhaupt irgendetwas schulden sollte.

Einen Paradigmenwechsel in der Einschätzung des Ukraine-Krieges auf westlicher Seite leitete kürzlich der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der Streitkräfte der USA, General Mark Milley, ein, als er in einem Interview in der *New York Times* – entgegen der Politik Bidens – zu Verhandlungen mit Russland aufrief. Offenbar fürchten hohe Militärs in den USA und Europa inzwischen die Inkompetenz von Politikern wie Biden, Austin, Selenskij oder Baerbock und melden sich allmählich zu Wort.

Zwei Atommächte im Stellvertreterkrieg

Das ficht US-Präsident Biden offenbar nicht an. Er wähnt sich am Ziel seiner jahrzehntelangen Bemühungen, Russland zu ruinieren und den westlichen Begehrlichkeiten wie auch den strategischen Interessen zu unterwerfen. Aber das wird die russische Regierung verhindern. Russland wird nichts übrigbleiben, als sich in dieser Auseinandersetzung, trotz der immensen Waffenlieferungen der westlichen Allianz, durchzusetzen. Etwas Anderes ist gar nicht möglich. Russland ist eine Atommacht und wird eine Niederlage, die mit einer Zerstückelung des Landes einherginge, niemals zulassen.

Abgesehen von der akuten atomaren Bedrohung sind die Folgen der von den USA provozierten Auseinandersetzung gravierend. Russland hat schon länger damit begonnen, sich vom Westen abzukoppeln, neue Wege mit neuen Partnern zu gehen und sich gegen die Aggressionspolitik der USA zur Wehr zu setzen. Damit ist Russland nicht allein. Mehr als die Hälfte der Menschheit will sich die Zumutungen und die Unterdrückung durch die USA nicht mehr gefallen lassen.

Zu registrieren ist, dass die BRICS-Organisation und die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit immer mehr Zulauf erhalten. Gearbeitet wird an einem anderen als dem westlichen, von den USA dominierten Wirtschafts- und Finanzsystem. Unter anderem ist die Herrschaft des Dollar als Weltleitwährung infrage gestellt, was allerdings weitere, hochgefährliche Auseinandersetzungen nach sich zieht. Denn die USA werden sich nicht ohne Gegenwehr in den Bankrott treiben lassen. Sie verfügen über die größte Militärmacht der Welt, und das ist bei allem zu berücksichtigen, was künftig in den Bemühungen um eine friedlichere Welt unternommen wird.

Zurzeit stehen sich zwei Atommächte in einem Stellvertreterkrieg gegenüber, der jede Minute ausufern kann.

Möge uns das erspart bleiben.

Dr. Wolfgang Bittner, Autor

Gerald Böhm, Stellungnahme
zu den Erklärungen der ehemaligen Generale der NVA
Generalleutnant a.D. Manfred Grätz und Generalmajor a.D.
Sebald Daum

Die Mitglieder der ISOR e.V., Territoriale Interessengruppe Leipzig unterstützen ausdrücklich die Verurteilung der Entscheidung der Bundesregierung, die Ukraine mit schweren, deutschen Leopard 2-Panzern zu unterstützen, die die Generale a.D. der NVA Manfred Grätz und Sebald Daum in ihren persönlichen und öffentlichen Erklärungen Anfang Februar 2023 abgegeben haben.

Mit der Zustimmung der Bundesregierung für die Lieferung von Leopard 2-Panzern durch andere NATO-Staaten an die Ukraine, ihre eigene Entscheidung, selbst Leopard 2-Panzer und andere schwere Waffen der Ukraine zu liefern und das dazu erforderliche militärische Personal auszubilden, ist der militärische Konflikt in der Ukraine einseitig durch Deutschland und den Westen weiter verschärft worden. Bisher führte die Spirale der Waffenlieferungen und anderen militärischen Unterstützungen zur Ausweitung des Konfliktes und nicht zu seiner Entschärfung. Die durch den Bundeskanzler zur diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz geäußerte Position der Kriegstreiber „Nicht unsere Waffenlieferungen sind es, die den Krieg verlängern“ kann in ihrer Umsetzung zum atomaren Inferno führen.

Wir stimmen der Einschätzung von Generalleutnant a.D. Grätz zu, dass Deutschland mit seinem Verbündeten USA und den anderen NATO-Staaten längst Kriegspartei geworden sind. Diesen Prozess haben diese aggressiven Kräfte bereits 2014 mit dem Umsturz geordneter politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse in der Ukraine begonnen, mit dem Ziel, Russland militärisch zu besiegen sowie politisch, gesellschaftlich und ökonomisch zu vernichten. Diese Entscheidungen und die fortlaufenden, provokatorischen Forderungen nach Kampfflugzeugen und anderen schweren Offensivwaffen beschleunigen diese Entwicklung und sind ernstzunehmende Gefahren für den Weltfrieden.

Die meisten unserer Mitglieder können sich mit Schrecken noch an die letzten Tage des II. Weltkrieges und die verheerenden Auswirkungen mit zerstörten Städten, Angst vor der Zukunft und Hunger, aber auch mit großem menschlichem Leid und Trauer um die während des Krieges Gefallenen und Ermordeten erinnern. Für uns und für alle friedliebenden Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist es

besonders schmerzlich, dass wieder die politisch herrschenden Kreise Deutschlands unter Missachtung des Willens des Volkes sich an die Spitze des internationalen Finanzkapitals stellen, unterwürfig den Zielen der USA folgen und aktiv die Umsetzung deren Ziele unterstützen. Wirtschaftlicher und politischer Schaden für das Land und die Menschen werden genauso in Kauf genommen, wie die drastisch sich verschlechternden Lebensbedingungen der Bürger unseres Landes. Wachsende Verarmung der Bevölkerung, Verschlechterung in der Gesundheitsfürsorge und in der Bildung unserer Kinder und Enkelkinder sowie in anderen gesellschaftlichen und sozialen Bereichen sind die Folgen eines solchen verantwortungslosen Handelns.

Wir fordern daher, Schluss mit der weiteren Forcierung der Eskalation, Schluss mit weiteren Waffenlieferungen, insbesondere von Offensivwaffen, Schluss mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten an diesen todbringenden Waffen, Schaffung von Voraussetzungen eines Waffenstillstandes als Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Krieges sowie Hinwendung zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen im Interesse der Bevölkerung im eigenen Land.

Wir unterstützen alle Aktivitäten und Maßnahmen, die geeignet sind, die Beendigung des Krieges in der Ukraine voranzubringen und zu erreichen. Wir unterstützen ein geschlossenes und offensives Handeln aller friedliebenden Bürger dieses Landes, um den gesellschaftlichen Druck auf die Kriegstreiber zu erhöhen, den Krieg zu beenden. Wir erklären uns solidarisch mit den für die Beendigung des Krieges und die Erreichung eines dauerhaften Friedens eintretenden gesellschaftlichen und politischen Kräften.

Vorstand der TIG Leipzig
Gerald Böhm, Vorsitzender

Leipzig, 22. Februar 2023

Heinrich Bücker, Ende der Waffenlieferungen! Verhandeln!

Warum ich das ‚Manifest für Frieden‘ von Frau Wagenknecht und Frau Schwarzer unterzeichnet habe. Und warum tatsächlich bereits der neofaschistische Putsch in Kiew am 21.2.2014 den ursächlichen Bruch des internationalen Völkerrechts darstellte.

Ich habe das sogenannte Manifest für Frieden unterzeichnet, weil wir jetzt und zwar dringend Friedensverhandlungen brauchen! Und ein **Ende der Waffenlieferungen**. Und eine neutrale Ukraine! Ohne NATO-Truppen und ohne NATO-Waffen!

In dem sogenannten Manifest für Frieden von Frau Wagenknecht und Frau Schwarzer werden Behauptungen aufgestellt, die ich nur auf das Schärfste zurückweisen kann, weil sie eine Schuld der russischen Streitkräfte implizieren. Eine Schuld, die es aber so nicht gibt.

Russland hatte im Februar 2022 schließlich gar keine andere Wahl als die Ukraine anzugreifen und in der Ukraine findet jetzt eine anti-faschistische Militäraktion Russlands statt, für die es zum Schluss keine Alternative mehr gab. Die politische Führung Russlands hatte bis zuletzt verzweifelt versucht eine andere Lösung zu finden, aber es gelang ihr nicht, trotz aller Versuche.

Ich habe das sogenannte Manifest für Frieden unterzeichnet, obwohl insbesondere die folgenden beiden Sätze mich extrem irritiert haben. Wenn es nämlich heißt: „Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert.“ Und weiter: „Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität.“

Diese beiden Sätze haben mich fast dazu gebracht das Manifest nicht zu unterzeichnen. Aber ich habe doch unterzeichnet, weil die Forderung nach Verhandlungen im Mittelpunkt dieses Aufrufs steht. **Tatsache ist: Wir brauchen Friedensverhandlungen!**

Gleichzeitig widerspreche ich aber jeglichen Schuldzuweisungen gegen die Russische Föderation und fordere stattdessen: Frieden mit Russland! Hände weg von Russland!

Was die Vorwürfe der Vergewaltigungen angeht, so ist es Fakt, dass sogar eine ukrainische Ombudsfrau entlassen wurde,

weil sie solche Lügen über Russen verbreitet hatte. Und dieser Satz impliziert klar, dass die russischen Soldaten gemeint sind.

Und der Realität entspricht es auch, dass die ukrainische und russische Bevölkerung im Donbass im Frühjahr 2014 von ukrainischen Neonazis brutal angegriffen wurde, weil das Kiewer Regime der russischstämmigen Bevölkerung die Verwendung der russischen Sprache verweigern wollte und sich zu ihren kulturellen und ethnischen Traditionen zu bekennen, ohne ukrainische Einschüchterung. Deshalb braucht Russland unsere Solidarität!

Der Bruch des Völkerrechts wird wieder gebetsmühlenartig von Sahra Wagenknecht angeführt, aber dieser Bruch des Völkerrechts fand tatsächlich bereits am 21. Februar 2014 statt und was dann im Februar des vergangenen Jahres, als die Invasion Russlands begann geschah, war nur die Konsequenz.

Der ursächliche Bruch des Völkerrechts fand genau zu dem Zeitpunkt statt, als der demokratisch gewählte Präsident Wiktor Janukowytsch im Februar 2014 unter großer Lebensgefahr nach Russland fliehen musste. Nachdem er aus dem Amt geputscht wurde. Alles was danach erfolgte beruhte auf dem ursächlichen Bruch des Völkerrechts. Das kann man kritisieren, aber verurteilen muss man den Putsch im Februar 2014 und die brutalen Gewaltexzesse Kiews, die sich bis zum Februar 2022 fortsetzen.

Am 21. Februar 2014 waren der deutsche Außenminister Steinmeier, der französische Außenminister Fabius und der polnische Außenminister Sikorski nach Kiew gereist, um dem ukrainischen Präsident Janukowytsch eine Verfassungsreform und das Versprechen einer vorgezogenen Präsidentenwahl abzuzwingen.

Die rechtsextremen Führer des Maidan, Jazenjuk, später bis April 2016 Regierungschef, und der Rechtsextremist Parubij unterzeichneten die Vereinbarung über den kontrollierten Machtwechsel, weigerten sich aber später, die Vereinbarung überhaupt umzusetzen.

Am Abend des 21. Februar 2014 eroberten dann rechtsextreme Stoßtrupps das Regierungsviertel in Kiew. Der demokratisch gewählte Präsident Janukowytsch musste unter Lebensgefahr fliehen, erst nach Charkow in der Ostukraine und dann weiter nach Russland. Es handelte sich also klar um einen völkerrechtswidrigen Staatsstreich, einen Putsch. Und dieser Putsch fand in den Abendstunden des 21. Februar 2014 statt.

Der deutsche Außenminister Steinmeier ließ sich am 21. Februar 2014, noch vor diesem Putsch, völlig ungeniert mit den beiden Rechtsextremisten Parubij und Jazenjuk fotografieren. Noch kurz bevor es am Abend zum neofaschistischen völkerrechtswidrigen Putsch in Kiew kam.

Bereits am 20. Februar 2014 kamen Dutzende Menschen durch Schüsse auf dem Maidan ums Leben. In den Körpern der verletzten und getöteten Polizisten sowie von Demonstranten wurden identische Geschosse gefunden. Offenbar wurden durch Scharfschützen Menschen auf beiden Seiten getötet, um durch diese weitere Eskalation den politisch angeschlagenen Präsidenten Janukowytsch zur Flucht zu zwingen. Nach dem von rechtsextremen Gruppen durchgeführten Putsch wurde zugesichert, dies aufklären zu wollen. Bis heute ist das aber von Seiten Kiews nicht erfolgt.

Fazit ist demnach, dass es nach den Schüssen, die am 20. Februar 2014 nahe des Maidan zahlreiche Menschen töteten, am Abend des 21. Februar ein Putsch gegen den rechtmäßig gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowytsch stattfand. Und das nachdem zuvor der rechtmäßige demokratisch gewählte Präsident einen Vertrag unterzeichnete. Unterschrieben wurde der Vertrag auf Seiten der Regierung von Wiktor Janukowytsch, dem Präsidenten der Ukraine, und auf Seiten der Opposition von Vitali Klitschko von der Partei UDAR, Oleh Tjahnybok von der rechtsextremen Partei „Swoboda“ sowie von Arsenij Jazenjuk von der ebenfalls rechtsextremen Partei Allukrainische Vereinigung „Vaterland“.

Es unterschrieben weiterhin der polnische Außenminister Sikorski, der deutsche Außenminister Steinmeier und Eric Fournier, Direktor im Außenministerium Frankreichs, als Zeugen.

Neben Sikorski und Steinmeier waren auch der französische Außenminister Fabius sowie Wladimir Lukin als Vertreter der Russischen Föderation an den Vertragsverhandlungen beteiligt. Fabius reiste noch vor Vertragsunterzeichnung nach China weiter. Der russische Menschenrechtsbeauftragte Wladimir Lukin weigerte sich den Vertrag zu unterzeichnen.

Mit Pfiffen und Buhrufen hatten am 21. Februar 2014 gegen 22 Uhr zehntausende Regierungsgegner die Oppositionsführer auf dem Maidan empfangen, nachdem diese sich mit Präsident Janukowitsch geeinigt hatten. Der Anführer der rechtsradikalen Partei Rechter Sektor, Jarosch, weigerte sich die Waffen niederzulegen, bevor nicht

Präsident Janukowitsch zurücktrete. Und andere rechtsextreme Redner drohten damit, die Präsidentialverwaltung zu stürmen, was dann in Folge auch tatsächlich geschah.

Der völkerrechtswidrige Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 löste dann in Folge im Donbass einen heute vom umfassenden Krieg nur überlagerten Bürgerkrieg aus, der mehr als eine Million Flüchtlinge zur Folge hatte und fast 15.000 Todesopfer forderte. Viele der Todesopfer sind Zivilisten. Die meisten der Flüchtlinge haben in Russland Schutz gefunden.

Und es entspricht auch den Tatsachen, dass kurz bevor Russland im Februar 2022 in die Ukraine einmarschierte, das Regime in Kiew seine militärischen Angriffe gegen die russische Minderheit im Donbass noch weiter eskalierte. Unmittelbar vor dem Einmarsch vervielfachte das Regime in Kiew die Angriffe. Dies veranlasste Russland in Folge dazu, mit dem erklärten Ziel einzugreifen, um die Bevölkerung des Donbass zu verteidigen und die Ukraine zu „entmilitarisieren“ und zu „entnazifizieren“. Moskau berief sich dabei völlig zu Recht auf die UN-Charta.

Frau Wagenknecht will diese Tatsachen wohl nicht benennen oder einfach ausblenden, ja vielleicht versteht sie diese Zusammenhänge auch nicht, oder sie will sie vielleicht nicht verstehen. Oder sie ist einfach allzu naiv. Diese berechtigten Fragen muss man sich aber ehrlicherweise stellen.

Das sogenannte ‚Manifest für Frieden‘ habe ich aus den oben benannten Gründen unterzeichnet.

Trotzdem sollten wir uns dieser Art von Protesten anschließen und mit unseren eigenen Standpunkten unterstützen. Egal ob wir das ‚Manifest für Frieden‘ unterzeichnen oder nicht.

Wir sollten unsere eigenen Standpunkte zum Ausdruck bringen und versuchen auch vielleicht andere Leute auf der Bühne reden zu lassen, um solche alternativen Standpunkte zu thematisieren.

Meine Positionen sind übrigens auf der Webseite Berlin-gegen-Krieg.de dokumentiert.

Heinrich Bücker, Coop Anti-War Café Berlin, 3. März 2023

Rudolf Denner, Der Aufruhr meines Gewissens

Zwei Generale a.D. der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik wenden sich in ihren Briefen an die Öffentlichkeit. Sie folgen dem Aufruhr ihres Gewissens, protestieren gegen die weitere Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen und verweisen auf die gegenwärtige zugespitzte gefährliche politische Situation.

Natürlich habe ich beide Briefe entsprechend meinen Möglichkeiten verbreitet, an Freunde, Bekannte, Gleichgesinnte.

Als Pressesprecher des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V. habe ich sie an den Chef des Bundespresse- und Informationsamtes, Herrn Staatssekretär Hebestreit sowie an den Bundeskanzler Olaf Scholz geschickt und um Antwort gebeten.

Ihre Antwort lässt bis jetzt auf sich warten. Kann ich etwa annehmen, dass sie nach dem bewährten Grundsatz handeln - Wer schweigt, stimmt zu?

Völlig zu Recht verweist Manfred Grätz auch auf die Rolle einer „einmalig gleichgeschalteten Medienlandschaft“.

Diese Gleichschaltung erfolgt bekanntermaßen durch den sogenannten Mainstream. Dieser betreibt den Kampf um die Köpfe, also die Generalmobilmachung der Bevölkerung in Vorbereitung und Durchführung von kriegerischen Ereignissen aber auch bei anderen Gelegenheiten.

Die Herrschenden brauchen für ihre beabsichtigten kriegerischen Handlungen schließlich deren mehrheitliche Zustimmung oder zumindest deren Verwirrung.

Das geschieht beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland mit Blick auf das heutige Russland und der Ukraine seit Jahrzehnten. Genutzt wird eine raffiniert organisierte, von vielen Bürgern deshalb nur schwer durchschaubare Propaganda.

Dafür arbeiten beispielsweise im US Pentagon 27.000 Medienspezialisten. Ihre Aufgabe besteht darin, die öffentliche Meinung im Interesse imperialistischer Ziele der USA weltweit zu beeinflussen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder völkerrechtswidrig einzumischen, Kriege zu führen, Regierungen zu stürzen oder Politiker zu beseitigen.

Dafür steht ihnen ein Jahresetat von 5 Milliarden Dollar zur Verfügung.

Sogenannte Denkfabriken mit Hunderten von Mitarbeitern nicht nur in den USA unterstützen sie dabei.

Deutschland mit den größten militärischen US-Kommandozentralen außerhalb der USA dürfte für diese Kreise ein Schwerpunkt sein.

In der Bundesrepublik Deutschland selbst gibt es ein breites Netz von Institutionen mit ähnlich gelagerten Aufgaben.

Ihre mediale Wirksamkeit ist nicht zu übersehen, auch nicht die staatliche Brutalität, mit der Andersdenkende, Bürger, die ihren gesunden Menschenverstand nutzen und protestieren gerichtlich verfolgt werden oder der Versuch unternommen wird, sie medial an den Pranger zu stellen.

Dazu werden bestehende Gesetze nachgeschärft oder neu geschaffen.

Aktuelle Beispiele ihrer Anwendung sind bekannt.

Auch Mitglieder des Ostdeutschen Kuratoriums sind davon betroffen und nicht nur sie.

Deswegen den Kopf in den Sand stecken?

Nein!

Nun erst recht! Es reicht!

Was können wir persönlich dagegen tun?

Manfred Grätz hat ein Wort an die Mitglieder und Sympathisanten seines Verbandes gerichtet, an seine Genossen und Freunde, ich möchte sie zustimmend noch ergänzen:

Seine Worte sollten wir an alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten, Protest und Widerstand kann jeder mit seinen persönlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten leisten.

Wir müssen das auch im Interesse unserer Kinder, Enkel und Urenkel tun.

Nutzen wir also unseren Einfallsreichtum, nutzen wir also auch die Medien, die Möglichkeiten der Leserbriefe und die des Internet.

Wer sich mit dem Mainstream auseinandersetzen will, muss natürlich dessen Praktiken kennen, seine Möglichkeiten und Schwächen, militärisch ausgedrückt – es geht um die Aufklärung des Gegners.

Ganz persönlich: Eine meiner Waffen ist die Fotografie. Ich bin als Dokumentarist trotz 80 plus bei vielen Ereignissen dabei, wohl wis-

send, dass Bilder mehr als 1000 Worte nach einem alten chinesischen Sprichwort sagen können. Das damit verbundene uneingeschränkte Urheberrecht sichert dabei die Interpretationshoheit.

Vergessen wir auch nicht, dass wir als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Zeitzeugen vieler gesellschaftlicher Ereignisse und Prozesse sind. Bewahren wir aus dieser Sicht auch unsere Würde und Haltung.

Abschließend mein aufrichtiger Dank an Euch, Genosse Generalleutnant a.D. Manfred Grätz und Generalmajor a.D. Sebald Daum für Eure Briefe, sie wirken ermutigend und aufrüttelnd. Es bleibt dabei: Unser gemeinsamer Kampf geht weiter!

Rudolf Denner,
Pressesprecher des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.
Sprecher des Freundeskreises Palast der Republik,



Foto: Rudolf Denner (vor rd. 25 Jahren)

Wolfgang Effenberger, McFaul fordert „Big Bang“ in der Ukraine

(McFaul, Ex-US-Botschafter in Russland)

NATO soll am Jahrestag des Angriffs für einen „Urknall“ sorgen – Eskalation kaum noch aufzuhalten.

Michael Anthony McFaul, US-amerikanischer Professor für Politikwissenschaften und von US-Präsident Barack Obama als Botschafter in Moskau (2012 -2014) eingesetzt, skizzierte in seinem jüngsten Artikel in der Hauspostille des „Council on Foreign Relations“ (CFR), wie der Durchbruch in der Ukraine zu schaffen sei.

Eingangs stellt McFaul fest, dass der russische Präsident Wladimir Putin ein Jahr nach dem Einmarsch in die Ukraine keines seiner großen Ziele erreicht hat: die Ukraine wurde nicht "entnazifiziert" oder "entmilitarisiert" und die NATO-Erweiterung wurde nicht gestoppt. Anders dagegen das ukrainische Militär: „Es hat die russischen Truppen aus Kiew herausgehalten, die zweitgrößte Stadt der Ukraine, Charkiw, verteidigt und im Herbst erfolgreiche Gegenoffensiven gestartet, so dass es Ende 2022 mehr als 50 Prozent des in diesem Jahr von russischen Soldaten eroberten Gebiets befreit hatte.“¹⁾

In seiner Lagebeurteilung unterschlug McFaul allerdings, dass russische Truppen immerhin 20 Prozent des ukrainischen Territoriums unter ihre Kontrolle brachten.

Dass derzeit die Ukraine so gut dasteht, ist nach McFaul dem entschlossenen Handeln des Westens zu verdanken: Die NATO verstärkte ihre Verteidigungsanlagen im Osten und lud Schweden sowie Finnland ein, dem Euro-Atlantischen Bündnis beizutreten; Europa gewährte mittlerweile etwa 8 Millionen ukrainischen Flüchtlingen Schutz und unter der Biden-Administration leistete der Westen insgesamt in erstaunlicher Geschwindigkeit massive militärische und wirtschaftliche Unterstützung. Der „kollektive Westen“ verhängte harte Sanktionen gegen den Aggressor und leitete die „Abnabelung“ von der russischen Energieversorgung ein (eine interessante Sichtweise zum Terroranschlag auf die Erdgas-Pipelines Nord-Stream 1/2, dessen Folgen nun die EU und insbesondere Deutschland spüren).

Alles das stimmt McFaul optimistisch, beunruhigt zeigt er sich jedoch darüber, dass der Krieg weitergeht und Putin keine Anzeichen zeigt, ihn beenden zu wollen, da er anscheinend glaubt, dass die Zeit für

ihn arbeitet. Putin scheine zu hoffen, dass die westlichen Regierungen und Gesellschaften ihren Willen und ihr Interesse verlieren werden, der Ukraine weiterhin zu helfen. Und diese Hoffnung sei nicht ganz von der Hand zu weisen. McFaul verweist in diesem Zusammenhang auf den US-Fernsehmoderator Tucker Carlson auf Fox News. Wer dort die Proteste im letzten Herbst in Prag verfolgt habe, dem würde die Vermutung von Putin oder seiner Berater über die schwindende westliche Unterstützung durchaus realistisch erscheinen.

Es ist aber nicht nur Carlson, der kritisch über den Ukraine-Krieg berichtet. Inzwischen geht ein Aufschrei quer durch das politische Spektrum der Vereinigten Staaten zur Beendigung der Kriegsfinanzierung. Die aktuellen Demonstrationen in den USA stellen dem Anschein nach eine radikale Abkehr von den Friedensbewegungen der letzten 40 Jahre dar. Der politische Diskurs hat die bisherigen Barrieren gesprengt. Der Diskurs wird von einer breiten Kräfte-Koalition von "links" bis "rechts" angeführt. Die „Peoples Party“, eine neu formierte progressive Partei, die aus der Unzufriedenheit mit den Kampagnen von Bernie Sanders und den nicht eingehaltenen Versprechen entstanden ist, sowie die „Libertarian Party“ haben die Führung übernommen.

Die Hauptforderung der Demonstrationen ist einfach, geradlinig und unmissverständlich: "Keinen einzigen Penny mehr für den Krieg in der Ukraine". Sie fasst zusammen, was die politisch unterschiedlichen Kräfte dieser Bewegung eint. Und sie lenkt die Aufmerksamkeit des amerikanischen Protests indirekt auch auf die Regierungen des „kollektiven Westens“.

Am 19. Februar fand in den USA die größte Demonstration seit dem Irak-Krieg statt - zu ihr hatten sich mehrere tausend konservative wie linke Vertreter am Lincoln Memorial in Washington, D.C. eingefunden, um gegen die Unterstützung der USA für den Krieg in der Ukraine zu protestieren. Der Protest "Rage Against the War Machine" wurde von der People's Party und der Libertarian Party organisiert. Zu den Rednern auf der Kundgebung gehörten drei ehemalige Kongressabgeordnete: Dennis Kucinich (D-OH), Tulsi Gabbard (am 11. Oktober 2022 aus der demokratischen Partei ausgetreten, weil die Partei von „elitären Kriegstreibern“ geleitet würde), Ron Paul (zwischen 1976 und 2013 als Republikaner Abgeordneter im Repräsentantenhaus) und die Präsidentschaftskandidatin von 2016, Jill Stein von der Grünen Partei, die eine großartige Rede bei der Kundgebung

hielt. Dennis Kucinich rief dazu auf, Beamte der Biden-Administration für ihre offensichtliche Teilnahme an der Bombardierung der Nord Stream 2-Pipeline zur Rechenschaft zu ziehen, eine Kriegshandlung, die nach US-Recht illegal ist, da nur der Kongress die Befugnis hat, Krieg zu führen. Kucinich zufolge hat das verwerfliche Verhalten der US-Regierung "die US-Verfassung entwürdigt und den Weltfrieden bedroht", und zwar in einem Ausmaß, dass "selbst ehemalige Geheimdienstler entsetzt sind". Die Menschen in der Ukraine wurden "als Schachfiguren in einem böartigen geopolitischen Schachspiel benutzt", und "die Menschen in Taiwan werden als nächstes benutzt werden, wenn die USA versuchen, China als Aggressor darzustellen, während sie es mit Militärbasen umgeben"2).

Tulsi Gabbard schloss sich Kucinich an und sagte, dass die Menschen auf der Kundgebung von "Rage Against the War Machine" in einer Sache vereint seien: Sie wollten das menschliche Leben schützen und nicht in einem nuklearen Holocaust sterben. Gabbard sagte, sie habe während der Vorwahlen der Demokraten im Jahr 2020 vor der Gefahr eines neuen Kalten Krieges gewarnt, aber leider hätten sich die Dinge seitdem verschlimmert, mit dem Beginn dieses Stellvertreterkriegs mit Russland, der nun leicht in einen direkten und nuklearen Krieg umschlagen könne.

Chris Hedges, ein US-amerikanischer Journalist und Autor, vertrat eine ähnliche Botschaft und betonte, dass der Ukraine-Krieg von denselben intellektuell unehrlichen "Hohepriestern des Imperiums" geführt wurde, die den ursprünglichen Kalten Krieg und den Krieg gegen den Terror vorangetrieben hatten. Diese "Zuhälter des Krieges sehen nie die Leichen ihrer Opfer" und hängen "wahnhaften Fantasien" an; sie seien "Parasiten, die in den sterbenden Tagen des Imperiums erbrochen wurden"3).

Die Kundgebung endete mit abschließenden Bemerkungen über ein Video des Pink Floyd-Gründers Roger Waters, der sagte, dass wir nicht in dem Schlamassel stecken würden, in dem wir uns heute befinden, wenn die US-Führer das Versprechen von Außenminister James Baker aus dem Jahr 1991, die NATO im Gegenzug für den Abzug der russischen Truppen aus Deutschland keinen Zentimeter nach Osten zu erweitern, eingehalten hätten.

Auch in Deutschland wächst der Widerstand. Aktuell kursieren im Internet zwei Aufrufe zum Krieg in der Ukraine. Die in Österreich lebende deutsche Unternehmensberaterin, Informatikerin und Frie-

densaktivistin Andrea Drescher hat beide Aufrufe unter die Lupe genommen: „Der eine mit viel Aufmerksamkeit, entsprechender medialer Resonanz, der andere eher still und leise, deutlich weniger bekannt. Beide sind notwendig, um ein möglichst breites Spektrum an Menschen zu motivieren, für Frieden aktiv zu werden.“⁴⁾ Der weitgehend unbekannte Aufruf „Aufstehen fürs Überleben“ wurde am 31. Januar 2023 von Wolfgang Effenberger und Dr. Amir Mortasawi verfasst und erstmals am 4.2.2023 auf der Seite von Dr. Mortasawi veröffentlicht.

Am 10. Februar starteten Sahra Wagenknecht (Abgeordnete im Deutschen Bundestag) und Alice Schwarzer (deutsche Publizistin und Feministin) ihr „Manifest für Frieden“. Dieses Dokument wurde bereits 8 Stunden nach seiner Veröffentlichung von fast 40.000 Menschen unterzeichnet. Inzwischen sind es schon über eine halbe Million Menschen.

Am 18. Februar 2023 demonstrierten verschiedene Aktivisten-Gruppen an mehreren Orten in Deutschland gegen die Münchner Sicherheitskonferenz, die sich immer mehr als Kriegskonferenz entpuppt. Wie sollen hier Friedensinitiativen auf den Weg gebracht werden, wenn der Vorsitzende der Sicherheitskonferenz Christoph Heusgen, ehemaliger Berater der Kanzlerin Merkel und bis 2021 „Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen“, sich für Panzerlieferungen stark macht und die „Deputinisierung Russlands“ fordert, analog zur De- oder Entnazifizierung durch die Alliierten nach der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des NS-Regimes?⁵⁾ Für Heusgen wird in der Ukraine auch die deutsche Freiheit verteidigt.⁶⁾

Eröffnet wurde die Münchner Sicherheitskonferenz am Freitag, dem 17. Februar 2023 per Videobotschaft durch den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, der in Anlehnung an das biblische Gleichnis von David und Goliath eine Steinschleuder verlangte.⁷⁾ Unterstützung bekommt Selenskyj von zwei Russen, dem früheren Schwertmeister Garry Kasparow und dem Kremlgegner und umstrittenen Oligarchen Michail Chodorkowski. Sie bangen mit den westlichen Verbündeten darum, dass der russische Präsident Wladimir Putin seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht gewinnt. „Ein Sieg der Ukraine ist die Voraussetzung für jeden Wandel in Russland“⁸⁾, sagt Kasparow. Putins Russland dagegen wurde von der Konferenz ferngehalten – erstmals seit den 90er Jahren. Begründung des Konferenzleiters Heusgen: Er wolle „Kriegsverbrechern im

Kreml“ kein Forum für ihre Propaganda geben. Die Sicherheitskonferenz generierte sich daher eher als Waffen- denn als Sicherheitsbörse.

Am Abend des 18. Februar 2023 berichtete der Bayrische Rundfunk (BR) von mehreren Groß-Demonstrationen am Rande der Sicherheitskonferenz: Während zwei größere sich gegen das Treffen selbst richteten, demonstrierten in einem blau-gelben Fahnenmeer vor der Feldherrnhalle 1.000 Menschen (laut Polizeiangabe) für die Unterstützung der Ukraine unter dem Motto "Gemeinsam gegen den Krieg", darunter viele ukrainischstämmige Personen. Diese Veranstaltung stand dann auch im Mittelpunkt des Medieninteresses. Mit Plakaten wie "Words don't stop dictators, weapons do" ("Worte stoppen Diktatoren nicht, Waffen schon") und ukrainischen Flaggen drückten die Teilnehmenden ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine aus. Der BR würdigte jedes einzelne Statement der Politprominenz. Der ukrainische Botschafter in Berlin, Oleksij Makejev, dankte Deutschland für die tatkräftige Unterstützung der Ukraine und die Grünen-Politikerin Jamila Schäfer begrüßte die Lieferung deutscher Kampfpanzer mit den Worten: „Ich bin froh, dass ihr dafür kämpft, diesen Mörder und seine Unterstützer zu besiegen“. Flankierend ergänzte ihr Parteifreund Anton Hofreiter: „Unser Ziel ist es, die Ukraine so stark zu unterstützen, dass das Regime Putin endlich kapiert, dass es diesen Krieg nicht gewinnen wird. So lange müssen wir weitermachen.“ Auch Roderich Kiesewetter (CSU) befeuerte den Kriegskurs: „Wir sind hier, um zu sagen: Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen.“ Und Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) wies noch einmal darauf hin, dass Putin der Verbrecher ist, nicht die Ukraine. 9)

Vor dem Karlstor hatten sich kurz nach Mittag Gegner der Sicherheitskonferenz, die vor allem aus dem linken Spektrum kamen, um zwei übergroße ukrainische Flaggen versammelt. Die 2.700 Menschen (Polizeiangabe) marschierten dann zur Abschlusskundgebung am Marienplatz.

Auf dem Königsplatz hatten die Veranstalter 4.000 Demonstranten angemeldet. Nach Polizeiangaben waren es dann 10.000 (Schätzungen gehen bis zu 50.000), die in einem Meer aus weißen Fahnen und Fahnen mit der Friedenstaube gegen die Sicherheitskonferenz demonstrierten. In den Medien wurde diese Veranstaltung mit „Querdenker-Szene demonstriert auf dem Königsplatz“ betitelt. Die eben-

falls beeindruckende Rednerliste (der Schweizer Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser sandte ein Grußwort, und Jürgen Gerhard Todenhöfer, deutscher Politiker, Publizist und ehemaliger Medienmanager, hielt eine beeindruckende Rede)¹⁰⁾ wurde nicht erwähnt, auch nicht der anschließende gigantische Umzug durch Schwabing „Frieden schaffen ohne Waffen“.¹¹⁾

Ein wichtiger Akteur der Friedensbewegung in den USA ist John V. Walsh, bis vor kurzem Professor für Physiologie und Neurowissenschaften an der University of Massachusetts. Er hat sich in den letzten Jahren mit seinen Artikeln zu Themen des Friedens und der Gesundheitsversorgung einen Namen gemacht.¹²⁾ Am 15. Februar 2023 erschien sein Aufruf für eine Anti-Kriegs-Demonstration in San Francisco und 13 weiteren Städten, der eingangs festhält:

*"Die USA haben den Krieg mit einem Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung im Jahr 2014 angezettelt und dann ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine im März 2022 sabotiert."*¹³⁾

Zuerst wird in dem Aufruf gefordert: "Keinen Cent mehr für den Krieg in der Ukraine!" Das skizziert den gemeinsamen Nenner, der die politisch unterschiedlichen Kräfte dieser Veranstaltung eint.

Dann wird darauf hingewiesen, dass die US-Regierung für die Auslösung dieses Krieges verantwortlich ist und die USA in diesem Krieg nicht einfach nur Zuschauer sind. *„Die Unterstützung und die Waffen der USA und der von ihnen abhängigen NATO-Staaten machen diesen Stellvertreterkrieg möglich. Ohne diese Unterstützung wird das Abschlichten von Ukrainern und Russen nicht weitergehen.“*¹⁴⁾

Der Krieg in der Ukraine ist ein Krieg, der vom neokonservativ-dominierten Establishment angezettelt wurde. Es ist ein Stellvertreterkrieg, der von den USA geführt wird und in dem die Ukrainer grausam als Kanonenfutter missbraucht werden. Nach Aussage von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin ist das Ziel dieses Krieges einzig und allein, Russland zu "schwächen".

Das Aufkommen dieser neuen, parteiübergreifenden Friedensbewegung mag erklären, warum in den Medien „Foreign Affairs“ und „Washington Post“ die Kriegstrome immer lauter schlagen. Sie sollen die Proteste übertönen.

Mit seiner Forderung, unverzüglich die Ausbildung ukrainischer Piloten für den Einsatz von F-16-Kampffjets aufzunehmen, eskaliert McFaul weiter, und er denkt bereits über das Kriegsende hinaus:

„Schließlich wird die ukrainische Luftwaffe entweder in späteren Phasen dieses Krieges oder zur besseren Abschreckung nach dem Krieg von Flugzeugen sowjetischer oder russischer Herkunft auf US-Kampfflugzeuge umsteigen müssen.“¹⁵⁾

Aus Sicht des US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes ist diese Argumentation ja durchaus schlüssig, doch für einen Professor der Politikwissenschaft klingt sie etwas naiv. Die Flugplätze in der Ukraine sind inzwischen weitgehend zerstört, und falls sie doch instandgesetzt werden, fehlt den Streitkräften von Präsident Selenskyj die notwendige Infrastruktur, um die modernen NATO-Kampffjets auf ukrainischem Boden einsatzfähig zu halten. Die Ukraine müsste für den kontinuierlichen Einsatz dieser Kampffjets wohl oder übel etliche Flugplätze sowie Wartungs-Infrastrukturen in den angrenzenden NATO-Mitgliedsstaaten nutzen. Das wäre jedoch ein wahrer „Dammbruch“ und der Beginn des großen Konflikts NATO gegen die Russische Föderation – ein Ziel, das Präsident Wolodymyr Selenskyj seit Mai 2019 unbeirrt anzustreben scheint.

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz steht trotz seines scheinbaren Zögerns fest an der Seite von US-Präsident Biden und Präsident Selenskyj. In seinem Interview am 5. Februar 2023 mit der Zeitung „Bild am Sonntag“ wiederholte Scholz das bekannte Mantra: „Ich mache Putin sehr deutlich, dass Russland die alleinige Verantwortung für den Krieg hat. Grundlos hat Russland sein Nachbarland überfallen, um sich Teile der Ukraine oder das ganze Land unter den Nagel zu reißen. Das können wir nicht einfach so hinnehmen, denn es verstößt fundamental gegen die europäische Friedensordnung. Deshalb unterstützen wir die Ukraine finanziell, humanitär und auch mit Waffen.“¹⁶⁾

Scholz hatte nur drei Tage nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine in seiner Regierungserklärung deshalb von einer „Zeitenwende“ gesprochen. Welche „Kehrtwendung“ hat er wohl gemeint? Den fundamentalen Verstoß gegen die europäische Friedensordnung?

Dieser ereignete sich bereits am 24. März 1999 mit dem völkerrechtswidrigen Angriff der NATO auf Rest-Jugoslawien (Serbien und Montenegro). Ohne ein entsprechendes Mandat des UN-Sicherheitsrats begann damals die rücksichtslose Bombardierung von Serbien, die insgesamt 78 Tage andauerte. Die Menschen dort leiden auch heute noch - nach immerhin 24 Jahren - unter den Folgen dieser

völkerrechtswidrigen US-Angriffe (Umweltschäden, Krebs durch Einsatz von Munition, die mit Uran angereichert war).

Tatsächlich wurde mit Russlands Krieg eine bereits auf den Weg gebrachte Zeitenwende deutlich: Die totale Unterwerfung Deutschlands unter die Interessen der USA sowie die Bildung eines neuen geopolitischen Ankers der USA in Europa: Polen.

Diese Verlagerung wurde mit der Rede Bidens in Warschau deutlich, die er einen Tag nach seinem Blitzbesuch am 20. Februar 2023 in Kiew gehalten hat.

Zu diesem Besuch schreibt am 21. Februar Paul Craig Roberts, ehemaliger stellvertretender Finanzminister von Ronald Reagan, seinen aufrüttelnden Artikel „Eilmeldung: Eine Nano-Sekunde vor Mitternacht“. Er fragt, „wo ist Amerikas idiotischer Präsident, während Russland seine Atomraketen in Gefechtsbereitschaft versetzt? Telefoniert er gerade mit Putin, um die gefährliche Situation zu beruhigen? Nein. Der Narr ist in der Ukraine und in Polen und gießt Benzin ins Feuer“.17) Roberts weist weiter darauf hin, dass der US-Botschafter vorgeladen wurde, um Rechenschaft über die Beteiligung Washingtons am Ukraine-Konflikt mit Russland abzulegen. Der US-Botschafter wurde darauf hingewiesen, dass das Geld, Waffen, Zielinformationen und das Unterstützungspersonal Washingtons Behauptung widerlegen, nicht an dem Konflikt beteiligt zu sein. Er wurde weiter unterrichtet, „dass sich die USA aktiv im Krieg mit Russland befinden und sich aktiv an feindlichen Handlungen gegen Russland beteiligen, und dass dies Konsequenzen haben wird.“ 18) Der deutsche Kanzler Olaf Scholz darf sich Anfang März zum Rapport in Washington melden. Deutschland tritt in das zweite Glied zurück. So wurde z.B. an jenem Tag, an dem die für Deutschland sehr wichtige Nord Stream-Erdgaspipelines durch Sprengungen unterbrochen wurde, die sogenannte „Baltic-Pipeline“ in Betrieb genommen.

Dadurch erhält Polen künftig norwegisches Erdgas. Zur Finanzierung der in Angriff genommenen riesigen Rüstungsausgaben (u.a. 1.000 Panzer aus Südkorea) könnte Polen auf Umwegen an die von Deutschland geforderten Reparationszahlungen in Höhe von 1.300 Milliarden Euro kommen.

Auf die Frage eines Reporters von der Zeitung „Bild am Sonntag“: „...Steigt durch die Lieferung von Leopard-2-Kampfpanzern die Gefahr für Deutschland?“, verwies Scholz auf einen abstrusen historischen Vergleich Putins. Der hatte am 80. Jahrestag des Sieges der Sowjetarmee über die Truppen des damaligen Nazi-Deutschlands in

der Schlacht von Stalingrad gesagt: "Es ist unglaublich, aber deutsche Leopard-Panzer bedrohen uns wieder".19)

Natürlich kämpften im Zweiten Weltkrieg keine modernen Leopard-Panzer in der damaligen Sowjetunion: Es waren Tiger-Panzer. Auf diesen Lapsus weisen auch gern einige übereifrige Journalisten hin. Mit der Feststellung, dass – wie im Zweiten Weltkrieg – wieder auf dem Boden der Ukraine mit deutschen Waffen gegen Russland gekämpft werde, kommen in der russischen Bevölkerung erneut die Erinnerungen an den Großen Vaterländischen Krieg hoch. Mutwillig wurden die bittersten Erfahrungen mit Deutschland in dem kriegsgebeutelten Land wachgerufen.

Seit der Maidan-Revolution (November 2013 bis Februar 2014) hatte man in den russischen Medien und Talk-Shows Kritik an der Position der deutschen Bundesregierung zur Ukraine gehört, scharfe Worte gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel und den damaligen SPD-Vorsitzenden Olaf Scholz waren aber vermieden worden. Nun aber reagierte Russland heftig. Der Ton wurde äußerst scharf, besonders in Fernseh-Talk-Shows und in den sozialen Medien.

Dass Russland wieder gegen deutsche Panzer kämpfen muss, schweißt die russische Bevölkerung zusammen und stärkt den Willen zum Krieg in der Ukraine, vor allem zum Krieg gegen Deutschland. Ulrich Heyden, deutscher Journalist und Buchautor, hat dankenswerterweise vier Briefe von betroffenen Russinnen veröffentlicht. Darin wurde gefragt, warum Deutschland nach dem Krieg zum Vasall der USA mutieren konnte, um anschließend hervorzuheben: „... Wenn der Westen - und insbesondere Deutschland - an unser Land ran will, dann werden wir uns zusammenschließen, egal ob klein oder groß. Und Niemandem wird die Hand zittern, am Abzug eines Gewehrs oder beim Drücken eines Start- oder eines sonstigen Knopfes.“20)

Putin hat in diesem Zusammenhang keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass Russland den Ländern, die es bedrohen, "antworten" werde. Dagegen sieht Scholz in den Leopard-Kampfpanzer-Lieferungen, die angeblich sorgfältig abgewogen und voran mit Amerika eng koordiniert wurden, ein Vorgehen, das eine Eskalation des Krieges verhindert.19)

Eine seltsame Logik: Eskalieren, um zu deeskalieren?

Das ist nicht der Weg in eine friedliche Zukunft, sondern in einen neuen Weltkrieg, gemäß der US-Langzeitstrategie von 2014 „Win in a Complex World 2020-2040“, deren Inhalt am 27. Oktober 2022

von der neuen „Nationalen Sicherheitsdirektive“ mit der expliziten Bereitschaft zum atomaren Erstschlag noch zusätzlich verschärft wurde.

Für McFaul würde ein „Patt“ auf dem Schlachtfeld zu noch mehr Tod und Zerstörung führen, er fordert einen schnellen Sieg:

Anstatt im März 2023 ballistische Kurzstrecken-Raketen vom Typ ATACMS (mit Reichweiten von bis zu 300 km), im Juni 2023 Reaper-Software und im September Jets bereitzustellen, solle die NATO einen „Big Bang“ (Urknall) veranstalten.²²⁾ Die Pläne zur Bereitstellung all dieser Systeme sollten am 24. Februar 2023, dem ersten Jahrestag von Putins Invasion, bekannt gegeben werden.

Eine Ankündigung dieser Größenordnung wird im Kreml und in der russischen Gesellschaft eine wichtige psychologische Wirkung entfalten und signalisieren, dass der Westen die Bestrebungen der Ukraine zur Befreiung aller besetzten Gebiete unterstützt.

Der Demokrat McFaul befürchtet jedoch, dass das US-Repräsentantenhaus (unter Kontrolle der Republikaner) die Bewilligung künftiger Mittel reduzieren wird. Und sollte sich der Krieg bis zum Jahresende ohne größere ukrainische Erfolge hinziehen, würde es für die Regierung Biden schwierig werden, im Kongress eine Erneuerung für ein neues militärisches und wirtschaftliches Hilfspaket zu erreichen, zumal sich die Konkurrenz in den Präsidentschaftswahlen mit mindestens einem wichtigen Kandidaten, Donald Trump, der kein Fan von Hilfe für die Ukraine ist, zuspitzt.

Daher appelliert McFaul: „Helfen Sie der Ukraine, so schnell wie möglich zu gewinnen!“

Nachdem der „Kollektive Westen“ Kampfpanzer zugesagt und Kampfjets in Aussicht gestellt hatte, präsentierte der ukrainische Vize-Regierungschef Olexander Kubrakow am 18. Februar 2023 auf der Münchner Sicherheitskonferenz, die vom Präsident Wolodymyr Selenskyj per Videoansprache mit weiteren Forderungen ²³⁾ eröffnet worden war, den Wunsch nach Streu-Munition und Phosphor-Brandwaffen, obwohl diese Munition international geächtet ist.²⁴⁾

Für den 23. Februar 2023 (den Vortag des Jahrestags des russischen Einmarschs in die Ukraine) wurde eine Sondersitzung der UN-Vollversammlung in der UN-Zentrale in New York einberufen.

In den frühen Morgenstunden des 22. warnte **Ex-Kremlchef Dmitri Medwedew vor einer nuklearen Konfrontation mit dem**

Westen. Er schrieb auf Telegram: „Wenn die USA eine Niederlage Russlands wollen, dann haben wir das Recht, uns mit jeder Waffe zu verteidigen – auch mit der atomaren“ 25) (Die USA haben in ihrer Nationalen Sicherheitsdirektive vom 27. Oktober 2022 den atomaren Erstschlag explizit nicht ausgeschlossen)26). Medwedew warnte vor weitreichenden Folgen für die Welt, sollte Russland aus dem Abkommen des "New Start"-Vertrags mit den USA über die atomare Rüstungskontrolle und die Begrenzung nuklearer Sprengköpfe aussteigen. Zugleich sagte er, dass bei den bisherigen Abkommen der beiden größten Atommächte Russland und USA nukleare Sprengköpfe der Nato-Staaten Frankreichs und Großbritanniens nicht berücksichtigt seien. Es sei aber längst Zeit, das zu tun, betonte Medwedew. Auch Putin hatte das am Vortag in seiner "Rede an die Nation" gefordert.

Die UN-Vollversammlung soll über einen von der Ukraine und der Vertretung der Europäischen Union ausgearbeiteten Resolutionsentwurf abstimmen, in dem u.a. die territoriale Integrität der Ukraine gefordert wird. Im Text tauchen nun eher vage Formulierungen zum Ende des Krieges auf: Das Erreichen eines umfassenden Friedens, der notwendig sei, würde "einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit leisten"27).

Wie verlogen ist der von der Ukraine und der EU, die ja beim Maidan-Putsch mit im Orchestergraben saß, verfasste Resolutionsentwurf! Es hätte längst Frieden in der Ukraine einkehren können, wenn das im Februar 2015 ausgehandelte Friedens- und Autonomie-Abkommen von Minsk, welches Kiew immer abgelehnt hat, umgesetzt worden wäre.

Schon am 17. Februar 2015 hatte der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2202 (vom russischen Außenminister Sergej Lawrow persönlich miterarbeitet und initiiert und deren Umsetzung verbindlich gemacht) zur Unterstützung und Umsetzung des ausgehandelten Friedens- und Autonomie-Abkommens von Minsk verabschiedet.

Die letzte Chance bot sich hierfür bei der „Gemeinsamen Erklärung der USA und Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und unserer Klimaziele“ vom 21. Juli 2021.

Dort heißt es eingangs, dass die Vereinigten Staaten und Deutschland mit Nachdruck die Souveränität der Ukraine, deren territoriale Unversehrtheit, Unabhängigkeit und den von ihr eingeschlagenen

europäischen Weg unterstützen, zum anderen aber auch: „Die Vereinigten Staaten versichern ihre Unterstützung für die Bemühungen Deutschlands und Frankreichs, Frieden in der Ostukraine im Rahmen des Normandie-Formats zu erreichen. Deutschland wird seine Anstrengungen innerhalb des Normandie-Formats intensivieren, um die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu ermöglichen.“²⁸⁾ Diese Forderung wurde weder von der Merkel- noch von der Scholz-Regierung aufgegriffen. War sie nur ein Lippenbekenntnis zur Täuschung Russlands?

Nun bricht der ständige Vertreter Russlands im UN-Sicherheitsrat Wassili Nebensja mit den westlichen Partnern, indem er lakonisch feststellt: „Wir glauben nicht mehr.“

Nebensja bittet die ehemaligen westlichen Partner, einmal von ihren Unterlagen aufzuschauen und eine einfache Frage zu beantworten.

„Wie kann es sein, dass Sie, wenn Sie jedes Jahr in diesem Raum Ihre Unterstützung für den Minsker Prozess wiederholen und Dokumente mit uns unterzeichnen, genau wissen, dass der Minsker Prozess nur ein Vorwand für Sie ist, um das Kiewer Regime aufzurüsten und es im Namen Ihrer geopolitischen Interessen auf einen Krieg gegen Russland vorzubereiten?“

Die jüngsten Eingeständnisse von François Hollande, Angela Merkel und Boris Johnson lassen keinen Zweifel daran, dass der Westen einen konstruktiven Prozess nur vorgetäuscht hat. Die Aussage von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass sich das Bündnis seit 2014 auf einen Krieg mit Russland vorbereitet, offenbart den Plan zur geopolitischen Einhegung und Schwächung unseres Landes, der vor unseren Augen in die Tat umgesetzt werden soll.

Die Ablehnung der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen hat sich für die Ukraine zu einer Tragödie entwickelt, die durch die kriminelle Politik der ukrainischen Führung verursacht wurde, die vom kollektiven Westen unterstützt wird.“²⁹⁾

Angesichts der fatalen und hoffnungslosen Lage wäre zum Jahrestag (am 24.2.2023) tatsächlich ein „Big Bang“ nötig, nämlich ein „Urknall der Vernunft“!

Wenn der Wille zum Frieden fehlt, nützt das beste Abkommen nichts. Das hat schon Immanuel Kant in seiner Altersschrift „Zum Ewigen Frieden“ von 1795 betont. Er unterscheidet dort im Anhang den moralischen Politiker, der „die Prinzipien der Staatsklugheit so nimmt, dass sie mit der Moral zusammen bestehen können“, vom moralisierenden Politiker, „der sich eine Moral so schmiedet, wie es der Vorteil

des Staatsmanns sich zuträglich findet“. Diese Moralisten seien bloß darauf bedacht, „dadurch, dass sie der jetzt herrschenden Gewalt zum Munde reden (um ihren Privatvorteil nicht zu verfehlen), das Volk und womöglich die ganze Welt preiszugeben“. Er empfiehlt, „...das Blendwerk aufzudecken, womit man sich und andere hintergeht“, und sich der sittlichen Aufgabe zu widmen, einen wirklichen, gerechten Friedenszustand herbeizuführen. „Da heißt es denn: Trachtet allererst nach dem Reiche der reinen praktischen Vernunft und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch euer Zweck (die Wohltat des ewigen Friedens) von selbst zufallen.“³⁰⁾

Entscheidend ist also der aufrichtige Wille zur Gerechtigkeit, und der scheint auf Seiten der NATO nicht da zu sein – man denke nur an das unverhohlene Weltmachtstreben der USA und die in diesem Sinne geführten völkerrechtswidrigen und zerstörerischen Kriege seit 1999 (Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien). Die imperiale Maxime der angeblich für das Recht auf Freiheit eintretenden US-Großmacht lautet denn auch wie einst im Römischen Reich: „Divide et impera!“ (Teile und herrsche). Kant ordnet sie den eigensüchtigen Politikern zu, die sich einer Scheinmoral als Mittel zum Zweck bedienen, und erklärt, was damit gemeint ist: „Sind gewisse privilegierte Häupter in deinem Volk, welche dich bloß zu ihrem Oberhaupt gewählt haben, so veruneinige jene untereinander, und entzweie sie mit dem Volk: Stehe nun dem letzteren – unter Vor Spiegelung größerer Freiheit – bei, so wird alles von deinem unbedingten Willen abhängen. Oder sind es äußere Staaten, so ist Erregung der Misshelligkeit unter ihnen ein ziemlich sicheres Mittel, unter dem Schein des Beistandes des Schwächeren, einen nach dem andern dir zu unterwerfen.“³¹⁾

Wolfgang Effenberger, Jahrgang 1946, erhielt als Pionierhauptmann bei der Bundeswehr tiefere Einblicke in das von den USA vorbereitete „atomare Gefechtsfeld“ in Europa. Nach zwölfjähriger Dienstzeit studierte er in München Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik) und unterrichtete bis 2000 an der Fachschule für Bautechnik. Seitdem publiziert er zur jüngeren deutschen Geschichte und zur US-Geopolitik. Zuletzt erschienen vom ihm „Schwarzbuch EU & NATO“ (2020) sowie "Die unterschätzte Macht" (2022)

Anmerkungen

1)How to Get a Breakthrough in Ukraine

<https://www.foreignaffairs.com/ukraine/how-get-breakthrough-ukraine>

2)https://covertactionmagazine.com/2023/02/20/left-and-right-join-together-to-rage-against-ukraine-war-on-its-one-year-anniversary/?mc_cid=7bd7378a38&mc_eid=04c50308fa

3)Ebda.

4)<https://tkp.at/2023/02/14/zwei-aufrufe-vier-demos-ein-ziel-oder-der-koeder-muss-dem-fisch-schmecken/>

5)<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/putin-heusgen-ukraine-krieg-russland-100.html>

- 6) <https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/radiowelt/neu-christoph-heusgen-chef-der-muenchener-sicherheitskonferenz-100.html>
- 7) <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krieg-newsblog-macron-harris-siko-china-russland-1.5751580>
- 8) https://www.focus.de/politik/deutschland/sicherheitskonferenz-2023-und-dann-will-doch-noch-einer-ueber-diplomatie-reden_id_186262627.html
- 9) Originalzitate aus <https://www.br.de/nachrichten/bayern/mehrere-gross-demos-am-rande-der-muenchener-sicherheitskonferenz,TWDhfJg>
- 10) <https://www.youtube.com/watch?v=y1xB7Z31Qnc>
- 11) Video vom Umzug durch Schwabing <https://www.youtube.com/watch?v=7KcbSUjaMMI>
- 12) So in den kritischen US-Medien: San Francisco Chronicle, EastBayTimes/San Jose Mercury News, Asia Times, LA Progressive, Antiwar.com
- 13) <https://www.antiwar.com/blog/2023/02/15/demonstration-to-rage-against-war-comes-to-san-francisco-and-13-other-cities-on-february-19/#more-41837>
- 14) <https://www.antiwar.com/blog/2023/02/15/demonstration-to-rage-against-war-comes-to-san-francisco-and-13-other-cities-on-february-19/#more-41837>
- 15) How to Get a Breakthrough in Ukraine
<https://www.foreignaffairs.com/ukraine/how-get-breakthrough-ukraine>
- 16) <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/olaf-scholz-im-bams-interview-klimakleber-viele-schuettern-den-kopf-ich-auch-82789486.bild.html>
- 17) <https://www.paulcraigroberts.org/2023/02/21/breaking-news-a-nano-second-to-mid-night/>
- 18) Ebda.
- 19) <https://www.n-tv.de/politik/Russland-Putin-droht-Deutschland-in-Stalingrad-Rede-wegen-Panzerlieferungen-article23889151.html>
- 20) <https://overton-magazin.de/kommentar/politik-kommentar/wie-eine-russin-ueber-die-deutschen-panzer-denkt/>
- 21) <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/olaf-scholz-im-bams-interview-klimakleber-viele-schuettern-den-kopf-ich-auch-82789486.bild.html>
- 22) <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/how-get-breakthrough-ukraine>
- 23) darunter auch Kampfflugzeuge, sowie schnellere Entscheidungen der Verbündeten.
- 24) https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100130892/ukraine-ruft-nach-streumuntion-und-phosphorbomben.html
- 25) <https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/ex-kremlchef-medwedew-warnt-nuklearer-konfrontation-37844432>
- 26) Nuclear Posture Review https://www.democracynow.org/2022/10/28/headlines/pentagon_nuclear_posture_review_wont_rule_out_us_first_strike
- 27) <https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/un-ukraine-resolution-abstimmen-lage-ueberblick-37829120>
- 28) <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/gemeinsame-erklaerung-usa-und-deutschland/2472074>
- 29) <https://cooptv.wordpress.com/2023/02/19/der-standige-vertreter-russlands-im-un-sicherheitsrat-wassili-nebensja-bricht-mit-ehemaligen-westlichen-partnern-wir-konnen-nicht-so-weiterleben-wie-bisher-wir-glauben-ihnen-nichts-mehr/>
- 30) Frei nach dem Vortrag von Beate Himmelstoß über Immanuel Kants Schrift „Zum Ewigen Frieden“, gehalten auf der Syrien-Tagung der Gesellschaft für Internationale Friedensarbeit 2016. Originalzitate:
<http://www.zeno.org/Philosophie/M/Kant,+Immanuel/Zum+ewigen+Frieden.+Ein+philosophischer+Entwurf/Anhang/I.+Über+die+Mißhelligkeit+zwischen+der+Moral+und+der+Politik,+in+Absicht+auf+den+ewigen+Frieden>
- 31) Ebd.

Tino Eisbrenner, Zu einem kulturvollen Umgang miteinander

Seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftsordnung in einem Teil der Welt und einem Teil Deutschlands haben wir neben vielen anderen Beobachtungen eines zu konstatieren:

Nämlich die schrittweise Reduzierung von kultureller Bildung bis hin zu der neuerlich politischen Aussage, Kultur sei nicht systemrelevant. Diese erzwungene gesellschaftliche Kulturlosigkeit führt letztlich zu jener Unkultiviertheit, die wir derzeit zu beklagen haben und die nicht nur auf den gesellschaftlichen Diskurs, sondern eben auch auf die Politik selbst zurückschlägt.

Eine Form des kultivierten Diskurses aber ist die Diplomatie und wen wundert es also, dass die derzeitige deutsche Politik davon offenbar nicht das Geringste hält oder gar versteht? Eine unkultivierte Gesellschaft ist gleichsam eine unpoetische Gesellschaft und wen wundern also die Angriffe, Sanktionen und Ressentiments gegen die Kunst und Künstler, die sich aktuellen politischen Doktrinen nicht anpassen wollen oder gar können, weil sie schon seit 200 Jahren tot sind?

Eine unkultivierte und unpoetische Gesellschaft vermag sich schließlich nur noch an einem zu orientieren und auszurichten – **an der Macht des Geldes.**

Wen also wundert es, dass das scheinbar geeinte Deutschland zum Unterstützer jener politischen Entwicklung wurde, die der US-geführten NATO in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg gegen Russland ermöglichte?

Selbst der amtierende NATO-Generalsekretär formuliert, dass der Krieg gegen Russland nicht am 24.02.22 begann. Die ehemalige Bundeskanzlerin, Frau Merkel, gibt öffentlich preis, dass das Minsker Abkommen nur ein Täuschungsmanöver des Westens gegen das hoffende Russland war. Die ehemalige Verteidigungsministerin Frau v. d. Leyen formulierte zu ihrer Amtszeit, Deutschland sei die Speerspitze der NATO. Gegen wen?

Wir von der **Gesellschaft Musik statt Krieg e.V.** appellieren an die Menschen in unserem Land, sich auf die kulturellen Werte zu besinnen, wie sie uns von den Dichtern und Denkern unseres Landes und anderer Länder der Welt in die Wiege gelegt wurden.

Lernen wir von unseren poetischen Ahnen, was Kultur und die Kultivierung des Miteinander uns einst zu bedeuten hatten und bestehen wir auf dieses Wissen für unsere heutige Zeit. Nur so werden wir die Fähigkeit zurückerlangen, Brücken zu bauen, Diplomatie durchzusetzen und der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.

Tino Eisbrenner
(Songpoet)

Vorstand der Friedensgesellschaft Musik statt Krieg e.V.

Hans Fischer, Dank für den aktuellen Aufruf

Werter Genosse General, lieber Sebald,

ich habe aufmerksam Deinen Beitrag gelesen und möchte Dir dafür danken. Obwohl ich nicht sehr viel von Panzern verstehe, so ist doch sogar einer aufmerksamen Hausfrau klar, dass man mit ca. 100 Panzern wenig bewirken kann.

Da fällt mir nur Schiller ein: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!

Ich bleibe Optimist.

Und wie immer: Jederzeit gefechtsbereit! Bleibe gesund.

Prof. Dr. Fischer, Fregattenkapitän a.D., Nationalpreisträger für Wissenschaft und Technik der DDR

Bernd Gnant, Handeln wir!

Das Schreckliche an der gegenwärtigen Situation ist, dass man sehenden (oder gewollten?) Auges in den 3. Weltkrieg "schlittert", ihn regelrecht provoziert und herbeiführt.

Und glaubt mir, es wird ihn geben, wenn die USA-geführte NATO so weitermacht, wie bisher!

Jeder weiß, dass Russland aus seiner Sicht, seinem Verständnis und seinen Traditionen heraus diesen ihm nun aufgezwungenen Krieg nicht verlieren darf! Ein heroisches Volk und ein stolzes Land, das trotz seiner damaligen ökonomischen Rückständigkeit den übermächtigen deutschen Faschismus besiegte und damit die Völker von der bisher barbarischsten Macht der Welt befreite, wird niemals eine Niederlage akzeptieren! Ein Land mit diesen Traditionen und seiner Stellung und Bedeutung in der und für die Welt kann seine Geltung in der Welt nicht aufgeben, muss seine Existenz mit **allen Mitteln** verteidigen und behaupten!

Vermitteln wir dieses Wissen den Mainstreammanipulierten, gehen wir massenhaft auf die Straße, zwingen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Machthaber des Westens, dass es nicht zu dem letzten, die Menschheit vernichtenden Krieg kommt!

- - -

Frieden ist das oberste Gebot!

Nach der in Europa gescheiterten Alternative zur Welt des Profits und der Kriege gewann wieder das ewige Bestreben des Kapitals seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Oberhand, über die riesigen Ressourcen Russlands verfügen zu können. Jelzins Politik ließ die Herzen des Westens höherschlagen. Man war fast am Ziel. Dann kam Putin. Er gab der Nation ihre Ehre und Größe wieder. Seine Politik zielte nicht auf Ausverkauf, sondern auf die Stärkung des Landes.

Nachdem das westliche Kapital damit einen Schlag auf seine gierigen Hände erhielt, sann es nach Möglichkeiten, ihr großes Ziel doch noch zu erreichen. Unter dem Motto: „Was scheren mich meine Worte von

gestern“, begann der Westen, sein aggressives Militärbündnis weiter gen Osten auszudehnen. Man wollte Russland militärisch einkreisen, in die Zange nehmen. Die Hochrüstung hatte ja schon einmal den gewünschten Erfolg gehabt. In der Ukraine, der letzten fehlenden Karte in diesem schmutzigen Spiel, inszenierte man einen antirusischen Putsch. Die Planung und Vorbereitung des vorläufig letzten Schlags gegen Russland begann. Die Ukraine wurde gegen Russland in Stellung gebracht, hochgerüstet und gegen Teile des eigenen Volkes gehetzt, die sich mit der faschistischen Ausrichtung ihres Landes nicht abfinden wollten.

Nun war die Zeit gekommen, Russland in einen Krieg zu zwingen, der das Ausbluten dieses Landes zum Ziel hat. Da faktisch alle Ressourcen und Möglichkeiten (einschließlich eines umfassenden Wirtschaftskrieges) der NATO-Länder und ihrer Verbündeten gebündelt in diesem Krieg gegen Russland eingesetzt werden, kommt es einem Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland gleich.

Wo soll das enden?

Die USA verfolgen das Ziel, ihre Vormachtstellung in der Welt zu bewahren, Europa zu schwächen, den Keil zwischen Deutschland und Russland fest zu verankern und Russland als Konkurrenten auszuschalten.

Man spielt mit dem gefährlichsten aller Feuer, das das Potential besitzt, sich zu einem 3. Weltkrieg, einem die Menschheit vernichtenden Nuklearkrieg zu entwickeln.

Deshalb kann es nur darum gehen, den Krieg in der Ukraine unter Beachtung der Sicherheitsinteressen aller Seiten und der Anerkennung der Realitäten sofort zu beenden. Das erfordert, die Waffenlieferungen in die Ukraine einzustellen, am Verhandlungstisch einen Waffenstillstand zu vereinbaren und Bedingungen für einen dauerhaften Frieden in dieser Region zu schaffen.

Bernd Gnant, ISOR

Jürgen Heidig, Als die Maske fiel, oder die »Katze ist aus dem Sack«!

Die in der NATO verbündeten Staaten führen seit 2014 unter dem »Schild« der Ukraine einen offenen hybriden Krieg gegen Russland. »Unser aller« Außenministerin Annalena Baerbock bestätigte am 24. Januar 2023 vor dem Plenum der parlamentarischen Versammlung des Europarates wörtlich: **»Ja, wir müssen mehr tun, denn wir kämpfen einen Krieg gegen Russland«.**

Diese Kriegserklärung der deutschen Chef-Diplomatin wurde danach von der Bundesregierung und dem Bundespräsidenten persönlich dementiert. Frank-Walter Steinmeier betonte am 24.02.2023: **»Deutschland ist nicht im Krieg, aber dieser Krieg geht uns an«.** Von den deutschen gleichgeschalteten Medien wurde die Verkündung Baerbocks als ein Versprecher kleingeredet. Aber der war es offensichtlich nicht. Am 13. Februar 2023, drei Wochen nach dieser Kriegserklärung der Außenministerin, offenbarte der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, was die demokratische Öffentlichkeit längst wusste. Auf der Pressekonferenz im NATO-Hauptquartier verkündete Stoltenberg, dass der Krieg gegen Russland für die NATO und damit für den vereinten Westen bereits im Jahre 2014, also vor 9 Jahren, begann. Zitat: »Tatsächlich hat die Nato seit 2014 die größte Verstärkung der kollektiven Verteidigung seit einer Generation durchgeführt, **weil der Krieg nicht im Februar letzten Jahres begonnen hat. Er begann im Jahr 2014** (im Original auf Englisch: ... because the war didn't start in February last year. It started in 2014).

Und das löste eine große Anpassung unseres Bündnisses mit einer höheren Bereitschaft der Streitkräfte aus, mit mehr Präsenz im östlichen Teil des Bündnisses, mit mehr Übungen. [...] Und zum ersten Mal seit vielen, vielen Jahren begannen alle Alliierten, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. [...] Und als wir am Morgen der Invasion beschlossen, unsere Präsenz zu verstärken, konnten wir auf der verstärkten Präsenz aufbauen, die wir bereits in den letzten Jahren umgesetzt haben. [...] Wir haben uns 2016 für die Kampfgruppen entschieden. Und wir haben unsere Präsenz sogar in den Monaten vor der Invasion verstärkt, weil die Invasion keine Überraschung war. Das war eine Invasion, von der wir wussten, dass sie kommen würde, und deshalb waren wir darauf vorbereitet, als sie passierte.«

[1]

Erinnern wir uns an die Bundestagswahl vom 26. September 2021. Die Grünen legten in ihrem Wahlprogramm fest: »An Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete« sollten Waffenlieferungen verboten werden. Diese Partei war die Erste, welche schwere Waffen für die Faschisten in der Ukraine forderte. Die Kanzler-Partei SPD drang vor der Wahl 2021 auf eine »restriktive Rüstungsexportkontrolle«. Wenig später hatte sie den dringenden Wunsch, deutsche Panzer, Geschütze und Raketensysteme in die Ukraine zu schicken. [2]

Die hybride Kriegsführung mit dem Schwerpunkt ideologische Diversion gegen missliebige, sich den USA nicht unterordnen wollende Staaten der Welt gehört seit der Gründung der NATO am 4. April 1949 zur Praxis der in ihr vereinten imperialistischen Staaten. Zum Kern der Sicherung ihrer Hegemonie gehört das gezielte Arrangieren des »Regime-Change« mit allen Mitteln. Die diesbezügliche Strategie der USA gegenüber Russland ist seit 1990 die weitere Aufspaltung der Russischen Föderation und die Abspaltung von Verbündeten Russlands. Beispiele dafür sind die drei früheren Republiken der 1991 aufgelösten UdSSR, Estland, Lettland und Litauen. Diese wurden 2004 zu Mitgliedern des NATO-Militärpakts. Die Selbstherrlichkeit des Agierens der USA als Führungsmacht der NATO wurde am 28. Juni 2022 mit der Sprengung von drei Röhren der Ostsee-Pipeline »Nord Stream« zwischen Russland und Deutschland unter Beweis gestellt. Der US-Investigativ Journalist Seymour Hersh entlarvte am 8. Februar 2023, dass dieser kriminelle Angriff im Zuge des »Baltops«-Marinemanövers der NATO erfolgte. [3]

Allein oder zusammen mit ihren westlichen Verbündeten gelang es den Yankees nach dem II. Weltkrieg ihre militante Vorherrschaft stetig auszubauen. So führten die USA, meist im Einklang mit dem vereinten Westen, zahlreiche völkerrechtswidrige Angriffskriege. Unter anderem: 1991 gegen den Irak (bekannt als zweiter Golfkrieg), 1999 gegen Jugoslawien, 2001 gegen Afghanistan, 2003 wiederum gegen den Irak, 2011 gegen Syrien und Libyen – unter Bruch des Völkerrechts, versteht sich. Also Straftaten im Sinne des Völkerrechts! Den seit 2014 laufenden Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland in der Ukraine ließ sich der amtierende US-Präsident einiges kosten. Allein für diesen Krieg gaben die USA 2022 bis Januar 2023 bereits **44,3 Mrd. Euro** aus. Also fast so viel wie für den Krieg in Afghanistan von 2001 bis 2010 mit **45,6 Mrd. EURO**. [4]

Gleichzeitig nimmt innerhalb der NATO-Staaten die Gleichschaltung der Meinungen der Bürger und deren Ruhigstellung durch kontinuierliche politische und mediale Indoktrination eine dominante Rolle ein. Deutschland gibt dafür das beste Beispiel. Das Denken und Fühlen der Menschen nach Gutdünken der herrschenden Politik zu beeinflussen, ist seit der Gründung der BRD offensichtlich eine zentrale Aufgabe. Die Gleichschaltung der politischen Meinungen zu den Handlungen des kapitalistischen Staates dient dem Machterhalt und der Demoralisierung antikapitalistischer und antiimperialistischer Bewegungen.

Gezielt kommen dafür Lügen, Halbwahrheiten durch Verschweigen von Fakten, Denkverbote und Drohgebärden, verbunden mit psychischem Terror zur Anwendung. Kritik am politischen und staatlichen Handeln, am herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftssystem, am verkündeten »freiheitlichen Rechtsstaat«, der »freiheitlichen Wertegemeinschaft« und der unsozialen »freien sozialen Marktwirtschaft« des BRD-Staates wird damit aktiv unterbunden und diffamiert. Auf diese Weise kann die öffentliche Meinung in kürzester Zeit verschoben, verändert und politische Prozesse beeinflusst werden. Beleg dafür ist die fast einhellige, einseitige und »parteiliche« Bewertung verschiedenster politischer Ereignisse in Deutschland und der Welt im Sinne der deutschen Kapitalherrschaft durch die etablierten bürgerlichen Parteien und die Medienmonopole. Die vom deutschen Steuerzahler finanzierten »öffentlich-rechtlichen« Sendeanstalten ARD, ZDF und Co. zeigen sich darin besonders »qualifiziert«. Der bundesrepublikanische deutsche Staat sozialisierte mit dieser Methode seit 1949 unzählige »deutsche Michel«. Es sind viele, die träge, bequem und unpolitisch sind, die in Ruhe gelassen werden wollen und die den täglichen Nachrichten-Parolen, ohne selbst nachzudenken, Glauben schenken. Bei den mit dem »Flaggschiff« ZDF über Jahrzehnte vom Kind zum Erwachsenen qualifizierten Deutschen hat die stete, sich wiederholende professionelle Einseitigkeit der Berichterstattung ihre bleibende Wirkung hinterlassen.

Das etablierte einäugige staatliche Meinungsmonopol in der Bundesrepublik wird begleitet vom rapide voranschreitenden Konzentrationsprozess des Medien-Kapitals. Die Monopolisierung der privaten Medienlandschaft, der Printmedien, des Rundfunks, des Fernsehens und des Internets verzerrt die viel gepriesene Meinungsfreiheit, die Meinungsvielfalt und höhlt diese aus. Meinungsvielfalt wird ersetzt durch ein flächendeckendes, einseitiges Meinungsdictat. Diese »me-

diale Massenverblödung« der Bürger zur Gleichschaltung der Standpunkte, Einstellung, Meinungen und Wertvorstellungen zur Sicherung der inneren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ziele der vom Kapital gesteuerten Bundesrepublik hat Methode. Das zeigt sich in der fast einhelligen, einseitigen und »parteilichen« Bewertung verschiedenster politischer Ereignisse auf der Welt durch die etablierten »öffentlich-rechtlichen Medien« und die Medienmonopole. Trotz einer Vielzahl verschiedener Magazine, Zeitschriften, Tageszeitungen und Fernsehsender tritt dem Konsumenten oft ein und derselbe Eigentümer und damit auch ein Meinungsmonopol gegenüber. So wie die bundesdeutsche Politik messen auch die meisten deutschen Medien bei der Bewertung von Ereignissen auf der Welt gleichzeitig mit zweierlei Maß. Wenn nur die politische Zielrichtung der Beiträge gegen »links« oder gegen missliebige Staaten auf der Welt gerichtet ist und der sogenannten »freiheitlichen Wertegemeinschaft« des Monopoladels und vor allem den USA nutzt, kommt es auf genaue Recherchen und die Wahrheit nicht mehr an. Für viele Redakteure gilt die existenziell historische Aussage und Redewendung, »wes Brot ich ess, des Lied ich sing«. Seit Jahrzehnten, nicht erst seit Februar 2022, gilt deshalb in Deutschland nur eine öffentliche Meinung zum russischen Staat, zu China, zu Kuba und anderen dem vereinten Westen missliebige Staaten. Mit den jüngsten aktuellen parolenhaften Begriffen wie »Putin-Versteher«, »Putin-Troll« oder »Kreml-Apologet« wird versucht, jegliche öffentliche Argumentation und Diskussion gegen die genehme herrschende Meinung zum Ukraine Konflikt und die Forderung nach Frieden im Keime zu ersticken und effektiv zu unterbinden. Gegenargumente werden damit nicht diskutiert. Sie bleiben einfach als unerwünschte, verpönte »Troll-Meinungen« stehen.

In der offiziellen Außenpolitik der Bundesrepublik werden oft und gern Menschenrechtsfragen, vor allem in den genannten politisch missliebigen Staaten zum Gegenstand der Kritik. Politische, diplomatische und wirtschaftliche Sanktionen gegen diese Länder sind bei erkanntem »Fehlverhalten«, und wenn man es sich politisch und wirtschaftlich leisten kann, gängige Methoden. Aber Moment, das stimmt nicht ganz. Die deutschen Bürger wurden 2022 von drakonischen Entscheidungen des SPD-Kanzlers Olaf Scholz, der von sich behauptete, der »wirtschaftskompetenteste Kanzler, den man kriegen kann« zu sein, geschockt. [5] Es war dieser Bundeskanzler, der 2022 die relevante hauptsächliche Ursache für die einsetzende hyperinflationäre Preisentwicklung in Deutschland setzte. Der über

Jahrzehnte solide Vertragspartner und Hauptlieferant von preiswertem Öl und Gas nach Deutschland war Russland. Diese Lieferverträge wurden 2022 mit der geschichtsvergessenen Begründung des Krieges Russlands in der Ukraine von Scholz einseitig aufgekündigt, ohne auf äquivalente und erschwingliche Energielieferanten zurückgreifen zu können. An die Stelle wirtschaftlicher Kompetenz, Vernunft und Zusammenarbeit trat eine überhebliche, kriegslüsterne, US-hörige Politik von immer neuen Sanktionen und Embargos gegen Russland – zulasten der deutschen Bürger und des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Offensichtlich hat der amtierende »wirtschaftskompetenteste Kanzler, den man kriegen kann«, bis heute noch nicht bemerkt, dass die Aufkündigung der Verträge zur Rohöl- und Gaslieferung und das Wirtschaftsembargo gegen Russland nicht diesem ehemaligen Öl- und Gaslieferanten, nicht den USA, nicht Frankreich und auch nicht den anderen verbündeten Staaten schadet, – sondern vor allem Deutschland. Mit dieser Politik ging der BRD der bisher wichtigste Standortvorteil der Wirtschaftsunternehmen verloren. Teure Energie bedeutet dauerhaft höhere Preise für die Bürger, die Wirtschaft und das Ende dieses Wirtschaftsvorteils. Dagegen gehören die USA zu den absoluten Gewinnern des Energiekrieges gegen Russland. Einen Teil des in Deutschland entstandenen Defizits an Rohstoffen liefern diese jetzt – allerdings zu deutlich höheren Preisen. Die USA haben ihr Ziel erreicht!

Es fällt sehr auf, dass die sozialen Probleme in Deutschland unter den Teppich gekehrt werden. Selbst grobe Verstöße gegen Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Demokratie in der BRD und bei den ihr nahestehenden EU- und NATO-Verbündeten führen nur zu moderater öffentlicher Kritik oder unterbleibt meistens gänzlich. Der renommierte deutsch-französische Journalist und Publizist Peter Scholl-Latour brandmarkte bereits vor neun Jahren, am 9. März 2014, seinem 90. Geburtstag, fünf Monate vor seinem Tod, die Desinformationskampagnen der bürgerlichen Medien. In diesem Interview stellte Peter Scholl-Latour fest: »Wir leben in einem Zeitalter der Massenverblödung, besonders der medialen Massenverblödung. [...] Wenn Sie sich einmal anschauen, wie einseitig die hiesigen Medien, von TAZ bis Welt, über die Ereignisse in der Ukraine berichten, dann kann man wirklich von einer Desinformation im großen Stil berichten, flankiert von den technischen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters, dann kann man nur feststellen, die Globalisierung hat in der Medienwelt zu einer betrüblichen Provinzialisierung geführt.

Ähnliches fand und findet ja bezüglich Syrien und anderen Krisenherden statt. [...] Haben die Deutschen jedes Gespür für die Tragik der eigenen Geschichte verloren?«. [6]

Beispiel für die rigorose Umsetzung des Ziels der Gleichschaltung politischer Meinungen der Bürger lieferte am 25. Oktober 2022 das Amtsgericht Hamburg. »Wegen des Zeigens des ›Z‹-Symbols in der Heckscheibe seines Autos hat das Amtsgericht Hamburg einen 62-Jährigen zu einer Geldstrafe von 80 Tagessätzen zu je 50 Euro verurteilt. Das Gericht habe den Autofahrer am Dienstag (25.10.2022) wegen Billigung von Straftaten schuldig gesprochen [...]. Der Angeklagte habe nicht bestritten, ein weißes DIN-A4-Blatt mit einem blauen Z an seinem Auto befestigt zu haben. ›Darin liegt nach Auffassung des Gerichts über eine Solidarisierung mit Russland hinaus ein Gutheißen des Ukraine-Krieges, bei dem es sich um einen Angriffskrieg im Sinne des Völkerstrafgesetzbuches handelt«, [...]. Das ›Z‹ stelle das Symbol der russischen Kriegführung dar. Der Buchstabe stehe für die Parole ›Za Pobedu‹ (Auf den Sieg). Das sei der Allgemeinheit aufgrund der breiten Berichterstattung in den Medien unmittelbar vor dem Tatzeitpunkt Ende März allgegenwärtig gewesen.« [7]

Neben dem Eindruck, dass mit dem Urteil des Hamburger Amtsgerichts offenbar ein Exempel statuiert werden sollte und mit Kanonen auf Spatzen geschossen wurde, sendet es ein äußerst fatales Signal. Hätte sich der 62-Jährige doch mehr in der gleichgeschalteten bürgerlichen deutschen Medienlandschaft bewegt, denn der Tatbestand »sei der Allgemeinheit aufgrund der breiten Berichterstattung in den Medien unmittelbar vor dem Tatzeitpunkt Ende März allgegenwärtig gewesen«. Dem kundigen Lesen dieser Nachricht musste unwillkürlich die Strafverfolgungspraxis im faschistischen Deutschland in den Sinn kommen.

»Das Hören von ausländischen Sendern wie der BBC war in Deutschland eine der wenigen Möglichkeiten an Informationen über die Kriegssituation und die Frontlage zu gelangen. Nicht ohne Grund installierte das deutsche Propagandaministerium Störsender, um die Briten an der Ausstrahlung ihres Programms zu hindern. ›Englisch inhalieren‹[2] nannte man es im Volksmund, wenn man heimlich, mit der Bettdecke über dem Kopf, um jeden verdächtigen Ton zu dämpfen, den englischen ›Feindsender‹ hörte. [...] Bezeichnend für Goebbels Propaganda ist der Begriff der ›Gleichschaltung‹, der im Nationalsozialismus für die Zentralisierung und flächendeckende Angleichung aller gesellschaftlichen und kulturellen Bereiche an die

NSDAP stand. [...] Besonders wichtig und tiefgreifend war in diesem Zusammenhang die Vereinheitlichung aller Medien und ihrer Richtlinien und Programme. [...] Mit dem Hören von ›Feindsendern‹ begab man sich jedoch in große Gefahr: Wer erwischt wurde, musste mit Zuchthaus oder sogar mit der Todesstrafe rechnen. So wurde beispielsweise der Jugendliche Helmuth Hübener[3] vom Volksgerichtshof wegen Abhörens von Feindsendern zum Tode verurteilt. Er hatte Mitschriften von ausländischen Radiosendungen auf Flugblätter gedruckt und in Hamburg verteilt. Aus Akten der Gestapo lässt sich ersehen, dass zwischen 1. September 1939 und 31. August 1940 14110 Menschen festgenommen wurden, weil sie in Verdacht standen ›Feindsender‹ zu hören – nur 331 davon sollen einer Verurteilung entgangen sein. Die übrigen, verurteilten ›Fremdhörer‹ wurden zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu fünf Jahren verurteilt. [4]« [8]

[1] Quelle: www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/es-begann-2014-wie-die-nato-den-krieg-russlands-in-der-ukraine-siehtli.317773. Aufgerufen am 15. Februar 2023.

[2] Quelle: www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/article/bundestagswahl-2021-wahlprogramme-abruestung-ruestungsexport-friedenspolitik-atomwaffen-431.html. Aufgerufen am 28. Februar 2023.

[3] Quelle: [How America Took Out The Nord Stream Pipeline \(substack.com\)](https://substack.com/p/how-america-took-out-the-nord-stream-pipeline). Aufgerufen am 15. Februar 2023.

[4] Quelle: Infografik: USA: Ukraine-Krieg bereits so teuer wie Afghanistaneinsatz | Statista. Aufgerufen am 23. Februar 2023.

[5] Quelle: <https://m.tagesspiegel.de/wirtschaft/ich-bin-der-wirtschaftskompetenteste-kanzlerkandidat-was-experten-vom-selbstbilddes-olaf-scholz-halten/26707560.html>. Aufgerufen am 14. Februar 2021.

[6] Quelle: Interview mit Peter Scholl-Latour von Ramon Schack. »Wir leben in einer Zeit der Massenverblödung«. Quelle: <https://www.heise.de/tp/features/Scholl-Latour-Wir-leben-in-einer-Zeit-derMassenverbloedung-3364167.html>. und Scholl-Latour Wir leben in einer Zeit der Massenverblödung Telepolis (thz-historia.de). Aufgerufen am 9. März 2014.

[7] Quelle: www.stern.de/panorama/prozesse—z—symbol-in-heckscheibe—geldstrafe-fuer-autofahrer-32848496.html. Aufgerufen am 25. Oktober 2022.

[8] Quelle: GRIN Publishing GmbH, www.grin.com/document/129644. Aufgerufen am 26. Oktober 2022.

Jürgen Heidig, Autor, Hamburg, 3. März 2023

Helga Hörning, Europäisches Friedensforum wirkt aufs Heute

Vor wenigen Tagen war der erste Jahrestag der speziellen militärischen Sonderoperation der Russischen Föderation zum Schutz der vorher anerkannten Donbass - Republiken vor einem Generalangriff der ukrainischen Armee, für die Demilitarisierung der Ukraine und Erzwingung eines neutralen Status.

Diese Aktion löste in westlichen Ländern einen Sturm antirussischer, russlandfeindlicher Politik und Propaganda aus, sowie einen regelrechten Wirtschaftskrieg gegen die Russische Föderation. Nach dem Scheitern der russisch- ukrainischen Verhandlungen – sie wurden bewusst von westlichen Staaten torpediert – eskalierte der Konflikt zu einem regelrechten Krieg, in dem die USA und die NATO eine führende Rolle übernahmen mit dem Ziel die Russische Föderation zu zerschlagen. Der Krieg, der in jeder Hinsicht von Seiten des Westens für die Ukraine – propagandistisch, mit massiver Waffenhilfe und logistisch - unterstützt wird, hat Europa, ja die Welt, an den Rand eines großen Weltbrandes gebracht - im Hegemonialinteresse der USA.

Diplomatie ist ausgeklammert – führende westliche Politiker, allen voran aus BRD und EU, gefallen sich mit markigen Sprüchen wie „die Probleme des Konflikts müssen auf dem Schlachtfeld gelöst werden“, „und wenn bis zum letzten Ukrainer gekämpft wird“, „mit der Pistole an der Schläfe kann es keine Verhandlungen mit Russland geben“, „der Krieg ist mit der Niederlage Russlands zu Ende“ usw. keine Worte über Verhandlungen, über diplomatische Lösungen.

Ausgeklammert ist auch die Vorgeschichte und Entwicklung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine, die in die frühere Geschichte reichen und in der neueren Zeit mit dem Maidan in Kiew, in dessen Rahmen nationalistisch - faschistische Kräfte (gefördert durch USA und westliche Politik) an die Macht kamen. mit der Verdrängung russischer Kultur und Sprache aus der Öffentlichkeit und der systematischen antirussischen Prägung der Gesellschaft.

Ausgeklammert (oder heruntergespielt bzw. „heruntergerissen“) werden auch die diplomatischen Anstrengungen Russlands im Rahmen der Minsker Abkommen den Konflikt zu entschärfen bzw. beizulegen und in dem Bemühen mit den USA vertraglich gebundene Sicherheitsgarantien an den Westgrenzen des Landes zu vereinbaren.

Ausgeklammert (oder heruntergespielt bzw. „heruntergerissen“) wird auch das Wollen der vielen tausenden Menschen, die in der BRD und

den anderen europäischen Ländern, selbst in den USA und darüber hinaus Frieden, die auf Meetings, Demonstrationen und mit anderen Bekundungen die Beendigung des Krieges und der massiven Waffenlieferungen an die Ukraine fordern.

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde und ihre Mitglieder haben in all den Jahren ihres aktiven politischen Wirkens den Problemen des Friedens, seiner Herstellung und Sicherung höchste Priorität eingeräumt.

Einen wichtigen Platz hatte dabei das von ihr mit initiierte Europäische Friedensforum.

Der Gedanke für ein solches Forum hatte seinen Ursprung im Internationalen Tribunal zur Verurteilung des Krieges der NATO gegen Jugoslawien, der, wie wir heute feststellen müssen, in der Entwicklung der imperialistischen Interventionspolitik von USA und NATO eine Schlüsselrolle gespielt hat.

Im Jahre 2002 versammelten sich in Athen Vertreter von Friedensgruppen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – alle Aktivisten der Vorbereitung und Durchführung des Jugoslawientribunals aus 15 europäischen Ländern, vorwiegend aus Osteuropa – und gründeten das Europäische Friedensforum als ein loses Netzwerk für Frieden und Verständigung in Europa, als Brücke zwischen den Friedenskräften in Ost und West. Wir empfanden angesichts der schicksalsschweren Vergangenheit unseres Kontinents, von dem zwei Weltkriege ausgingen und der in den Jahren von tiefgreifenden sozialpolitischen Brüchen und ihren Folgen erschüttert wurde eine besondere Verantwortung, alles in unserer Macht Stehende für die Erhaltung und Sicherung des Friedens zu tun. Es ist gut daran zu erinnern. Schließlich reichen die Wurzeln für die heutigen kriegerischen Konflikte bis in diese Zeit.

Das Europäische Friedensforum hat mit seinen vielfältigen Aktivitäten, insbesondere den internationalen wissenschaftlichen Konferenzen – zuletzt 2009 in Berlin immer wieder analysiert und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass von der Politik der USA und von der von ihnen beherrschten NATO ernsthafte Gefahren für den Frieden und die Stabilität auf dem Europäischen Kontinent ausgehen. Gravierend zeigte sich das in der Osterweiterung der NATO und nicht zuletzt im Bestreben die Ukraine unter ihre Kontrolle und als Rollfeld gegen Russland in Stellung zu bringen.

Im Februar 2008 führte das Europäische Friedensforum gemeinsam mit dem Antifaschistischen Komitee der Ukraine in Kiew eine Konferenz unter der Losung „Europa den Frieden retten“ durch. Es ging um den Protest gegen die Stationierung amerikanischer Raketen in Osteuropa;

um die Ablehnung der Sezession des Kosovo von Serbien aber insbesondere um die Mobilisierung gegen den Beitritt der Ukraine in die NATO. Interessant waren die Informationen der Freunde vom Antifaschistischen Komitee über die Entwicklung faschistischer Kräfte in der Ukraine.

Die Ukrainische Sektion des Europäischen Friedensforums war eine aktive Gruppe, hatte zu all den Problemen klare politische Positionen und verstand gut Bündnisse zu organisieren. Leider auch nicht mit den erhofften Erfolgen.

Die aktuelle Situation, die durch den Krieg in der Ukraine bestimmt wird, war und ist Anlass die politische Arbeit zu analysieren und Schlussfolgerungen für künftige Auseinandersetzungen um Frieden und soziale Sicherheit zu ziehen.

Die Pläne der westlichen Globalstrategen gehen einher mit dem Wunsch Russland zu zerstückeln, aus der Weltpolitik zu vertreiben und deren Ressourcen ungestraft auszubeuten. Die derzeitige faschistische Regierung der Ukraine ist willfähriger Erfüllungsgehilfe der USA und der NATO und opfert dafür sogar sein eigenes Volk. Eine Lösung im Interesse des ukrainischen Volkes ist nicht absehbar.

Die Art und Weise wie die USA und ihre Vasallen glauben den Konflikt zu ihren Gunsten zu lösen, am Ende Russland zu besiegen und zu zerstückeln, wird nicht von Erfolg gekrönt sein, sondern führt zur Destabilisierung Europas und der Gefahr neuer Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen und der Beförderung von Tendenzen zum rechten Extremismus, zu Rassismus, Antisemitismus und Faschismus.

Es gilt sich den Weltherrschaftsplänen der USA und der NATO, dem Streben nach einer dauerhaften unipolaren Weltordnung, der Revision der Geschichte und der Ergebnisse des II. Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entgegen zu stellen.

Für diese Auseinandersetzung werden in Zukunft auch die politischen Erkenntnisse und Erfahrungen des Europäischen Friedensforums und der GBM, die seine Entwicklung maßgeblich gefördert hat, gebraucht. Die Zukunft wird maßgeblich durch die wahrheitsgetreue Aufklärung der Menschen gewonnen.

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde i. L., Helga Hörning, Vorsitzende

Liane Kilinc, Zum Jahrestag der Gründung der NVA

Nichts zeigt uns deutlicher als die Gegenwart, wie bedeutend es ist, für den Frieden einzustehen. Das hat unsere Nationale Volksarmee jeden Tag ihres Bestehens getan. Es wird gerade für jedermann sichtbar bewiesen, dass es auch die Existenz unserer Armee war, die die NATO an militärischen Abenteuern gehindert, die das Streben der Vereinigten Staaten nach Weltherrschaft im Zaum gehalten hat. Diese Armee war nützlich, für unser Land, aber auch für die Menschheit. Sie hat die Souveränität der DDR gesichert, auch an der damals schärfsten Grenze der Welt.

Wir sehen heute, wie eine deutsche Armee aussieht, die für die Menschen ihres Landes nicht nützlich ist, sondern schädlich. Die sich den aggressiven Interessen einer US-Regierung unterordnet, die nicht nur bereits einen Krieg gegen Russland führt, sondern auch noch einen gegen China anstrebt; eine Armee, die einer Politik folgt, die so wenig mit den Interessen der Bevölkerung zu tun hat, dass sie auf einen kriegerischen Akt des vermeintlich engsten Verbündeten, die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines, eine terroristische Handlung, die sich gegen die Energieversorgung, die Industrie, die Zukunft Deutschlands richtet, nicht einmal reagiert.

Die Armee eines Landes hat eine Aufgabe: die Souveränität und die Interessen der Menschen, die in ihm leben, zu schützen. Heute sehen wir, dass unsere Armee die Souveränität beider deutscher Staaten gesichert hat. Und gleich, wie manche im vergangenen Frühjahr, zu Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine, gedacht haben mögen, inzwischen haben die Brandstifter des Kriegs in der Ukraine ihre Taten offen eingestanden. Stolz darauf, die Minsker Abkommen zur Täuschung missbraucht zu haben, haben Angela Merkel und François Hollande erklärt, sie hätten diesen Friedensplan niemals ernst gemeint. Der General der US-Marines, der für die Kriegsvorbereitungen im Pazifik zuständig ist, James Biermann, hat beschrieben, wie in der Ukraine durch die USA bereits die Logistik für einen Krieg gegen Russland aufgebaut wurde, Munitionslager angelegt wurden, so wie es augenblicklich auch gegen China geschieht.

Die Kriegstreiber in der US-Regierung, wie Victoria Nuland, die schon den Putsch in Kiew im Jahr 2014 organisierte, **erklären offen, ihr Ziel sei es, Russland zu zerteilen, also den Staat zu zerstören.** Ursula von der Leyen hat offen erklärt, die **Sanktionen gegen**

Russland seien bereits im Dezember 2021 vorbereitet worden; zu einem Zeitpunkt, als jederzeit möglich gewesen wäre, durch eine Wahrnehmung der russischen Sicherheitsbedenken und die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen nicht nur den russischen Militäreinsatz zu vermeiden, sondern sogar der zerrissenen Ukraine die Möglichkeit zu einem Frieden zu schenken.

Und selbst die Sprengung der Pipelines, die Kriegshandlung gegen Deutschland, wurde bereits im Herbst 2021 vorbereitet.

Die andere deutsche Armee, die Bundeswehr, duldet die Aufhebung der Souveränität und schickt getreu der Tradition der Naziwehrmacht deutsche Panzer gegen Russland. Panzer, die nur von Söldnern bedient werden können.

Unsere Armee stand in einer anderen Tradition. In der der Spanienkämpfer wie Hans Beimler, die die spanische Republik gegen den faschistischen Putsch verteidigten. In der der deutschen Widerstandskämpfer. In der aller Kämpfer für ein besseres Deutschland. Und nicht umsonst trug unsere Militärakademie den Namen von Friedrich Engels, der in den Heckerschen Scharen während der Revolution 1848 um eine demokratische deutsche Nation gestritten hatte.

Seit 2014 kamen aus euren Reihen immer wieder Mahnungen zum Frieden. Schon, als die Saat für den heutigen Krieg gelegt wurde. Zuletzt mit den Briefen von Manfred Grätz und Sebald Daum, mit denen übrigens für den 27. März eine Podiumsdiskussion vorbereitet wird. Wie die Stimmen aller anderen, die nicht von der Aussicht auf einen Ostlandfeldzug berauscht sind, sind auch eure Warnungen nur außerhalb der großen Medien zu hören. Aber das macht sie umso wichtiger.

Auch die Spartakusbriefe hatten nur wenige Leser. Die Geschichte lehrt uns, dass sich das schnell und grundlegend ändern kann. Denn auch wenn den Menschen in Deutschland heute die Ohren dröhnen von den Verleumdungen, die längst über das gesamte russische Volk verbreitet werden, auch wenn überall immer wieder versucht wird, auf die Unterstützung der nazistischen Ukraine einzuschwören, auch wenn man immer öfter das Gefühl hat, Sportpalastreden zu lauschen – die Welt ist im Umbruch. Die Vereinigten Staaten können ihre Entwicklung nicht länger kontrollieren; die NATO plustert sich auf, hat

aber bei weitem nicht die Stärke, die sie sich zuschreibt, und außerhalb des abgeschotteten Westens entwickelt sich eine neue, gerechtere Ordnung.

Wir können und wollen daran erinnern, dass ein Deutschland möglich ist, das in eine solche Ordnung passt, das sich nicht als Teil einer räuberischen Meute verhält. Wir können und wollen daran erinnern, dass der Auftrag einer deutschen Armee die Bewahrung der Souveränität und des Friedens sein sollte, und nicht die Unterordnung unter falsche Freunde.

Wir können und wir wollen an die Dankesschuld erinnern, die Deutschland gegenüber den Völkern der Sowjetunion trägt, keine Rache für die Gräueltaten der Naziwehrmacht geübt zu haben. Viele von Euch erinnern sich noch an die Waffenbrüderschaft im Warschauer Vertrag, und vielen von Euch ist euer Dienst bis heute Leitschnur. Das macht euch zu einem Teil eines besseren Deutschlands. Nicht nur des vergangenen, auch des zukünftigen. Denn für unser Land, da muss man nur auf Nord Stream blicken, bietet die NATO, bietet das Bündnis mit dem stürzenden Hegemon USA keine Zukunft.

Wenn eine verräterische Regierung bereit ist, unser Land in einen Krieg gegen Russland zu ziehen, halten wir dagegen. Solange es nötig ist, wie auch immer es möglich ist – bis unser Land wieder für den Frieden steht!

Liane Kilinc, Vorsitzende des Vereins Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.

Ralf Lassahn u.a., Protest ehemaliger Panzeroffiziere

In die Ukraine keine Panzer, keine Waffen – *Frieden schaffen!*

„Es ist vollbracht“, werden sie sich bei reichlich Champagner und anderen Genüssen beglückwünscht haben, die Ampelkoalitionäre vom Schlage Strack-Zimmermann, Hofreiter, auch „Panzertoni“ genannt, und die Damen und Herren der Rüstungsindustrie. Endlich hat sich der Kanzler durchgerungen, grünes Licht für Panzerlieferungen zum Kampf gegen Russland zu geben. Zum Kampf gegen die Menschen, die schon vor nur zwei, vielleicht drei Generationen riesige Opfer gebracht haben und trotzdem immer versuchten, den Deutschen zu verzeihen und ihnen sogar freund zu sein.

Wir, die Unterzeichner, haben viele Jahre, teilweise Jahrzehnte, getreu unseres Fahneneides in der Nationalen Volksarmee der DDR gedient. Die Freundschaft zu den Völkern der Sowjetunion war uns immer und ist noch heute Herzenssache.

Einige haben in der Sowjetunion studiert und nach der Wende in verschiedenen Staaten der GUS gearbeitet. Wo wir auch waren, überall schlug uns eine Welle der Freundschaft, des Verständnisses und des Gefühls des Miteinander entgegen.

Nun aber steigt uns die Schamröte ins Gesicht, wenn wir den **Brief der Veteranen und Kinder des Großen Vaterländischen Krieges an die Regierung und das deutsche Volk**, veröffentlicht in der Jungen Welt am 30.03.2022, lesen.

Wie konnte das geschehen?

Bereits in den 90er Jahren wurde durch die NATO und ihre geistigen Führer begonnen, die Ukraine als Aufmarschgebiet gegen Russland vorzubereiten. Da war es sogar förderlich, dass in dem Bruderland des russischen Volkes begonnen wurde, die Errungenschaften in der gemeinsamen Sowjetunion zu verunglimpfen und selbst den Sieg über Hitlerdeutschland zu relativieren. Man kann das in den Schulbüchern jener Zeit nachlesen. Helden waren plötzlich nicht mehr die Väter und Söhne, die den Faschismus unter unbeschreiblichen Opfern zerschlagen hatten, sondern die eigenen Faschisten vom

Schlage Banderas, dessen Truppen auf Hitler vereidigt wurden und sogar gegen die Sowjetarmee kämpften. Sie haben zigtausende Juden, Polen und Sowjetbürger auf dem Gewissen. Dem Westen war es recht - Hauptsache gegen Russland.

Wie groß war die Hoffnung der Völker, als der junge Präsident Russlands im Jahre 2001 vor dem deutschen Bundestag sprach und eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok, eine echte Friedenszone, vorschlug. Riesig war der Beifall, doch die Pläne waren andere.

Anfang der 2000er wurden in der Ukraine Straßen nach Bandera benannt und ihm in Lwiw ein riesiges Denkmal errichtet. Die Faschisten erhoben ihr Haupt, was schließlich im Putsch von 2014 mündete. Einige Gebiete wollten sich der neuen Macht, an der bekennende Faschisten beteiligt waren und noch heute sind, widersetzen.

Auf der Krim kamen sie nicht zum Zuge. Hier wehrte man sich erfolgreich mit Unterstützung der dort stationierten russischen Truppen gegen diese neue Macht.

Mit dem Referendum entzog sich das Volk der Krim dem Zugriff der neuen Machthaber in Kiew.

In der schönen Hafenstadt Odessa wurden am 2. Mai 2014 die Teilnehmer einer Protestveranstaltung von aus der Westukraine herangekarrten Schlägertruppen überfallen, in das Haus der Gewerkschaft getrieben und angezündet. Ergebnis: mindestens 49 Tote, Protest aus dem Westen: **keiner!**

Im Donbass war es schwieriger. Auf den Protest der Bevölkerung antworteten die Kiewer Machthaber mit Panzern und Flugzeugen. Die Donezker und Lugansker jedoch hielten Stand. Den Beschuss und die Zerstörungen aber konnten sie nicht verhindern. So wurden bis 2022 mehr als 14.000 Menschen getötet. In der Stadt Donezk, nahe an der Trennungslinie zu den ukrainischen Truppen, gibt es Bezirke, wo wegen des ständigen Artilleriebeschusses mit täglich zwischen 40 und 50 Einschlägen, die Schule in Kellern stattfindet, wo sich auch die Kitas befinden und Teile der Bevölkerung wohnen. Seit mehr als 8 Jahren! Wo blieb der Protest, wo der Aufschrei? Er konnte vielleicht nicht kommen, denn gegen das, was man nicht erfährt, kann man nicht protestieren. Ein spanischer Journalist sagte

einst: „Zensur in der Demokratie besteht im Weglassen von Informationen.“

In diesen acht Jahren gab es Minsk I und Minsk II, angeblich um den Krieg gegen die Bevölkerung der Volksrepubliken zu beenden. Wir wissen nun, von Frau Merkel bestätigt, dass niemand an die leidende Bevölkerung gedacht hat. Sie wurde hingehalten, um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine gegen Russland zu gewinnen. Wie viele Verhandlungsangebote Russlands gab es, die allesamt den Zweck haben sollten, die Sicherheit Russlands zu garantieren.

Die NATO steht mittlerweile vor Russlands Haustür und soll durch die Integration der Ukraine noch das Bein in die Tür bekommen. NATO-Raketen an der ukrainisch-russischen Grenze? Das würde ein Leben für das russische Volk mit dem Revolver an der Schläfe bedeuten, denn die Vorwarnzeit für einen Angriff auf Moskau betrüge ganze 5 Minuten. Was also sollte Russland tun? Die diplomatischen Mittel waren offenkundig ausgereizt. Es blieben nur die militärischen, der angeblich völkerrechtswidrige Angriff, die militärische Spezialoperation, denn der Krieg tobt im Donbass schon seit 2014. Das Ziel ist der Sieg der NATO über Russland und dessen Zerschlagung. Dazu dienen die Waffenlieferungen fast aller NATO-Staaten mit den deutschen Waffen an vorderster Stelle.

Unser Gewissen lässt uns nicht ruhen. Dieses Kriegstreiben führt in eine ungeahnte Katastrophe. Das darf nicht passieren, haben wir doch unseren harten Dienst in der NVA versehen, um unseren Kindern und Kindeskindern die Schrecken eines Krieges zu ersparen. Soll das umsonst gewesen sein? Darum protestieren wir, ehemalige Offiziere der Panzerregimenter „Otto Buchwitz“ und „Leo Jogiches“ und rufen alle Mitbürger, Freunde, Bekannte und die, die noch schweigen, auf, sich dem Protest anzuschließen. Wir fordern das Ende der Waffenlieferungen in die Ukraine sowie Frieden und Sicherheit für Russland.

Oberst a.D. Ralf Lassahn

Oberst a.D. Klaus Sachse

Oberstlttn. a.D. Günter Rademacher

Oberst a.D. Dr. Heinrich Helfried Dietrich

Oberstlttn. a.D. Karl-Friedrich Krause

Oberstlttn. a.D. Wolfgang Richter

Anton Latzo, Im Kampf um die Vorherrschaft

Bewusst habe ich als Beitrag zu dem Heft vom 27. März 2023 meinen Artikel ausgewählt, der am 21.2.2021 anlässlich der Amtseinführung von Joe Biden als Präsident veröffentlicht wurde, der also weit vor dem 24.2.2022 lag, den die westliche Welt als Motiv für ihre russo-phobe Kampagne nutzt:

Das Verhalten gegenüber Russland ist auch für Präsident Biden Bestandteil des Ringens um ein von den USA allein dominiertes System der internationalen Beziehungen. Dabei sind gerade die USA von den wirtschaftlichen Konsequenzen weniger betroffen als europäische Staaten.

Es geht im Verhältnis USA-Russland um die Behauptung der USA als Hegemonialmacht, wozu das Verfügen über das eurasische Kernland von zentraler Bedeutung ist. Laut Z. Brzeziński, dessen Rat die US-amerikanische Außenpolitik seit Jahrzehnten befolgt, geht es um „das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird“. Dementsprechend müsse das Ziel US-amerikanischer Außenpolitik darin bestehen, abzusichern, „dass kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen“.

Ihre Rechnung sieht so aus: Fällt Russland, verfügen sie nicht nur über ein riesiges Territorium über zwei Kontinente (plus Arktis) und über riesige strategische Vorteile, Rohstoffe und Absatzmärkte, um die Hegemonie der USA weltweit zu retten und auszubauen. Sie erhoffen sich auch günstige Bedingungen, um die VR China zu Fall zu bringen und damit einen Machtfaktor der internationalen Beziehungen und auch die gesellschaftliche Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft zu beseitigen. Es geht also darum, die internationalen Bedingungen für die Verwirklichung der Ziele und Absichten des militärisch-industriellen Komplexes und der Finanzoligarchie der USA zu schaffen.

Es geht im Verhältnis zwischen beiden Staaten aber nicht nur um zwei wirtschaftliche und politische Großmächte, sondern auch um die zwei absolut stärksten Atommächte der Welt! Gerade dieser As-

pekt und die Verantwortung, die sich daraus für die USA ergibt, werden in den aktuellen Betrachtungen zu gern „vergessen“. Man sollte sich aber des Ausspruchs von [Einstein](#) erinnern:

„Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.“

Frieden und Sicherheit

Präsident Joe Biden kündigte zwar an, dass jetzt die Diplomatie zurück sei. Er sagte aber wenig zu den Kernfragen, die auf dem Wege zu Frieden und Sicherheit zu lösen sind. Konstruktive Gedanken zu Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil findet man so gut wie keine. Ein positives Signal könnte sein, dass er mit Russland im Bereich der Rüstungskontrolle zusammenarbeiten will. Aber wie er diese Fragen lösen will, hat er durch den Hinweis deutlich gemacht, dass er nicht zögern werde, die „Kosten“ für Russlands Handeln zu *erhöhen*.

Das gesamte Vorgehen der USA gegenüber Russland ist auch unter Biden darauf ausgerichtet, Russland (und China) ökonomisch und politisch so zu schwächen und gesellschaftlich zu destabilisieren, dass die Ziele der USA erreicht werden können. Auch unter Biden gibt es keine Antwort auf das von Russland und China wiederholt gemachte Angebot, unilateral oder gemeinsam zu erklären, dass Kernwaffenkrieg kein Mittel der Politik sein darf. Der Verzicht auf atomare Kriegführung bleibt deshalb auch in Zukunft eine dringende Forderung an die Adresse der USA.

Keine Antwort von Präsident Biden gibt es auf die Vorschläge Russlands zu den Fragen der regionalen Sicherheit und Zusammenarbeit (Europa), zu Reformierung (nicht Ersetzung!) des Systems der internationalen Beziehungen, zur Stärkung der Rolle der UNO und des Völkerrechts usw.

Die Aufnahme der erprobten antirussischen Hardlinerin Victoria Nuland (eine Hauptakteurin des Kiewer Maidan) in seine außenpolitische Mannschaft sagt dafür sehr viel über die zu erwartenden Inhalte und Vorgehensweisen der US-amerikanischen Außenpolitik. Es ist zu erwarten, dass das Schüren regionaler Spannungen und die Destabilisierung anderer Länder weiter auf der Tagesordnung bleibt, um solche Regierungen einsetzen zu können, die in der Lage und

willens sind, die Interessen und Ziele der USA zu ihren eigenen zu machen.

Nachbarschaft

Nach der Herstellung der Kontrolle über die ehemaligen sozialistischen Staaten in Osteuropa (Warschauer Vertrag) beabsichtigen die USA offensichtlich, entschiedener an die Einbindung der ehemaligen Sowjetrepubliken in den Ring unmittelbar an den Grenzen Russlands in Osteuropa und in Zentralasien überzugehen. Dabei werden die von den USA im Osten Europas schon durchgeführten Maßnahmen auf Zentralasien ausgedehnt und damit der Ring um Russland, von der Ostsee bis ins Schwarze Meer, weiter über den Kaukasus und bis an die chinesische Grenze, weitergeführt!

Zentralasien soll zum Zentrum des Schachbretts werden, ein günstiger Ausgangspunkt zur Teilung des Kernlandes Russland. Gleichzeitig ist man den westlichen Grenzen Chinas nähergekommen! Es geht also nicht allein um Europa oder Asien, sondern um die Kontrolle der eurasischen Landmasse. Eine neue Etappe zur Verwirklichung der Strategie von Z. Brzeziński könnte damit eingeleitet werden. Die von den USA proklamierte Politik, die von Präsident Biden als Rückkehr der Diplomatie bezeichnet wurde, wurde von Nuland so „eingebettet“:

„(...) Moskau sollte auch sehen, dass Washington und seine Verbündeten konkrete Schritte unternehmen, um ihre Sicherheit zu stärken und die Kosten der russischen Konfrontation und Militarisierung zu erhöhen. Dazu gehören die Beibehaltung robuster Verteidigungsbudgets, die Modernisierung der Nuklearwaffensysteme der USA und ihrer Verbündeten, die Stationierung neuer konventioneller Raketen und Raketensysteme, die Einrichtung ständiger Stützpunkte entlang der Ostgrenze der NATO und die Erhöhung des Tempos und der Sichtbarkeit gemeinsamer Übungen.“

Demnach soll Russland auf breiter Flanke herausgefordert werden. In diesem Sinne hat die Regierung Biden nahtlos die Handlungen ihrer Vorgängerin fortgesetzt. Dazu gehört die Stationierung von USA-Nuklearbomber in Norwegen, die Errichtung eines neuen Drohnen-Flugplatzes im Schatten der Ostkarpaten in Rumänien (Câmpia Turzii), die Modernisierung der schon vorher errichteten Raketenstellungen in Polen und Rumänien, die Verstärkung der US-amerika-

nischen Truppenpräsenz im Baltikum und in Polen, neue Verlegungen ins Schwarze Meer. Am 7. Januar 2021 wurde angekündigt, dass die USA eine Investitionspartnerschaft mit Kasachstan und Usbekistan schaffen. Damit wird ein Projekt verwirklicht, das 2015, als Biden noch Vizepräsident war, vom damaligen Außenminister eingeleitet wurde.

Auf dem Weg zum „Kernland“ führen die USA also verstärkt aggressive Maßnahmen durch und entwickeln aggressive Instrumente, die ihre Bereitschaft zeigen, dafür Länder und ganze Regionen zu gefährden und in Kriege zu stürzen, deren Folgen unkontrollierbar sind.

Bilaterale Beziehungen

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Russland, wie sie Ende der Jelzin-Jahre bestanden hatten, sind in der Zwischenzeit fast zerbrochen. In den 2000er-Jahren ist das bilaterale Handelsvolumen drastisch zusammengeschrumpft. Die Importe und Exporte beider Länder haben sich beträchtlich mehr als halbiert. Gerade erst mal ungefähr fünf Prozent des russischen Außenhandels entfallen auf die USA. Das ist ein Bruchteil dessen, was Russland mit der EU umsetzt.

Das erklärt einiges, warum die USA mit den Sanktionen so sträflich umgehen, ist aber auch ein Ergebnis ihrer Sanktionspolitik. Wirtschaftlich sind beide Länder kaum miteinander verflochten oder gar voneinander abhängig. Zugleich: Die Sanktionen haben die europäischen Staaten deutlich stärker getroffen als die USA!

Aber: Von Bedeutungslosigkeit sollte man trotzdem nicht sprechen. Trotz des fragilen Fundaments und niedrigen Umfangs ist bei dem registrierten Volumen eine bestimmte Qualität nicht zu übersehen. Russland und die USA kooperieren in so heiklen und strategisch wichtigen Gebieten wie Luftfahrt, Raumfahrt oder im atomaren Bereich.

Unverhältnismäßig sind die Feindseligkeiten, die durch die USA in das bilaterale Verhältnis beider Staaten hineingetragen werden. Die bilateralen Beziehungen werden von den politischen, medialen und durch die Geheimdienste und die NGOs getragenen Aktionen gegen Russland und die russische Politik beherrscht. Ihre Verknüpfung soll die destabilisierende Wirkung erhöhen. Die Erklärung Nulands, die in Bidens Mannschaft erneut für die Region zuständig ist, lässt nichts Gutes erwarten:

„Die Herausforderung für die Vereinigten Staaten im Jahr 2021 wird es sein, die Demokratien der Welt bei der Ausarbeitung eines effektiveren Ansatzes gegenüber Russland zu führen – einer, die auf ihre Stärken baut und Putin dort unter Druck setzt, wo er verwundbar ist, einschließlich bei seinen eigenen Bürgern.“

Dabei hat sie ja schon 2014 gezeigt, dass sie bereit ist, selbst mit offen pronazistischen Parteien wie der Swoboda-Partei der Ukraine zusammenzuarbeiten. Das heißt aber auch, dass die USA eine Verschärfung und Verknüpfung ihres Instruments des „Kampfes für Demokratie und Menschenrechte“ in Russland selbst anstreben. Offensichtlich ist eine stärkere Konzentration auch der Kräfte ihrer Bündnispartner dabei vorgesehen, denn, wie Frau Nuland sagt, sie wollen die „Demokratien der Welt“ gegen Russland „führen“.

Die USA und ihre Verbündeten rechnen dabei mit zunehmenden Widersprüchen in der russischen Gesellschaft und Politik. Sie orientieren auf die Zerstörung des Vertrauensverhältnisses zwischen der Bevölkerung und Präsident Putin und beabsichtigen, einen „Maidan“ auf der Grundlage der Erfahrungen des Kiewer „Regime Change“ herbeizuführen.

Schluss

Insgesamt läuft das Verhalten der USA darauf hinaus, Russland zu schwächen, seine Stellung in der Welt zurückzudrängen sowie seine militärischen Fähigkeiten zu neutralisieren. Russland soll von den anderen europäischen Staaten und von China abgeschnitten werden, um es aufteilen zu können. Der Wert der Beziehungen zu Russland wird für die USA nicht an ihrem Beitrag für Frieden und Stabilität auf der Welt, sondern weitgehend daran gemessen, welche Chancen diese für die Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eröffnen bzw. erlauben.

Prof. Dr. Anton Latzo ist Historiker und Mitglied des Beirats des Deutschen Freidenker-Verbandes

***Wenn Unrecht zu Recht wird,
wird Widerstand zur Pflicht!***

***(Bertolt Brecht)
1898-1956***

Dieter Luhn, Schluss mit der Unterstützung des Regimes in der Ukraine

Der Arbeitskreis Geschichte der Jugendhochschule "Wilhelm Pieck" fordert die Bundesregierung, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und ihre Parteien auf, unverzüglich jegliche Unterstützung für das Regime in der Ukraine einzustellen.

Entschieden wenden wir uns dagegen, der Russischen Föderation und ihrer Regierung die Schuld für den Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen zu unterstellen und Russland als Kriegsbrandstifter anzuprangern.

Eine solche Unterstellung leugnet die sich in der Ukraine vollzogene nazistische und friedensgefährdende Entwicklung seit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1990 und dem 2014 mit Unterstützung der USA und anderer NATO Staaten vollzogenen Putsch und dessen Ergebnis.

Die von den USA, der NATO und nunmehr auch von der Europäischen Union erhobenen Beschuldigungen und organisierten Sanktionen gegenüber Russland sind Ausdruck der Leugnung der Geschichte des russischen Volkes, dessen Vaterlandsliebe, internationaler Verbundenheit und den über Jahrzehnte geleisteten Beitrag für die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa und der ganzen Welt.

Millionen Bürger mehrerer Generationen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik sind den Völkern der ehemaligen Sowjetunion, nunmehr der Russischen Föderation dankbar, im entscheidenden Maße die Hauptlast zur Zerschlagung des deutschen Faschismus, der Befreiung des deutschen Volkes und weiterer Völker Europas, geleistet zu haben.

Nie werden wir das Leid, die Zerstörungen, die über 27 Millionen Todesopfer, die der deutsche Imperialismus den Völkern der damaligen UdSSR zugefügt hat, vergessen.

In mehreren Beiträgen haben wir, die Mitglieder des Arbeitskreises Geschichte der Jugendhochschule "Wilhelm Pieck", unsere Freundschaft und Verbundenheit mit den Völkern der Sowjetunion, nunmehr der Russischen Föderation, zum Ausdruck gebracht. 1)

Unsere Freundschaft und Verbundenheit ist über viele Jahrzehnte gewachsen. Sie schätzt:

- die heroischen Leistungen der Roten Armee und der Bürger der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg;
- die Hilfe und Unterstützung der Sowjetunion bei der endgültigen Zerschlagung der Herrschaft des Faschismus im Osten Deutschlands und der Errichtung des ersten Friedensstaates auf deutschem Boden, der Deutschen Demokratischen Republik, und
- die über 40jährige enge und freundschaftliche Zusammenarbeit unserer beiden Völker für Frieden und eine glückliche Zukunft der Völker in der ganzen Welt.

In allen diesen Jahren entwickelten sich unzählige herzliche, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Bürgern unserer beiden Länder, gekennzeichnet von gegenseitiger Achtung und Anerkennung ihrer Leistungen.

Für Millionen Bürger der alten Bundesrepublik bedeuteten diese Jahre nicht nur Jahre der Sicherheit und ein Leben in Frieden. Die engen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR trugen auch wesentlich mit zur Entwicklung eines gesicherten Wohlstandes der Bürger der BRD bei.

1) Siehe Dir besonders folgende Beiträge auf unserer Website an:

- 75. Jahrestag der Gründung der Jugendhochschule "Wilhelm Pieck".
- Vor 75 Jahren, Friedensflug nach dem Osten.
- Dem Frieden verpflichtet - seit 77 Jahren (8./9.Mai 1945).
- Frieden, Frieden und nochmals Frieden - war, ist und bleibt unsere Forderung

Wir wenden uns entschieden gegen die von der USA-Administration befohlene Sanktionspolitik der Bundesregierung und die der Europäischen Union gegenüber Russland.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihrem abgelegten Eid

> **zum Wohle des Volkes zu handeln und Schaden von ihm abzuwenden** < nachzukommen.

Wir fordern die Politiker, die bereits mehrfach mit ihren Aussagen, ihrem Handeln, ihre im Wahlkampf gemachten Versprechungen, die in

den Wahlprogrammen ihrer Parteien festgeschriebenen Erwartungen und Zukunftsvisionen zuwiderhandeln, den Willen und die Forderungen ihrer Wähler missachten, sofort zurückzutreten und das von den Wählern erhaltene Mandat niederzulegen.

Wir sind der Auffassung, dass der von der westdeutschen Ampelregierung innerhalb eines Jahres, national und international angerichtete Schaden reicht, zumal er zu Lasten mehrerer nachfolgender Generationen geht.

Angesichts der katastrophalen Lage im eigenen Land und der drohenden Gefahr des Ausbruchs eines neuen, eines möglichen nuklearen Weltkrieges, fordern wir die Bundesregierung und alle im Bundestag vertretenen Parteien erneut dazu auf:

- alle Rüstungslieferungen in die Ukraine sofort einzustellen und Einfluss darauf zu nehmen, dass die verantwortlichen Politiker der Ukraine veranlasst werden, die bereits in Minsk 2014 und 2015 getroffenen Festlegungen unverzüglich zu realisieren. Sie und ihre ausländischen Auftragsgeber und Unterstützer sind vor allem verantwortlich für all die Zerstörungen, für das Leid von Millionen Ukrainern, für den Tod tausender Landsleute und der russischen Staatsbürger;

- alle Sanktionen gegenüber Russland sofort aufzuheben und Wirtschafts- und Handelsbeziehungen anzustreben, die den Interessen und Bedürfnissen unserer beiden Völker und Länder entsprechen. Weder die USA-Administration, noch die Europäische Union haben das Recht, den Bürgern der BRD vorzuschreiben, mit welchen Ländern ihr Staat Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu ihren Gunsten unterhält;

- dass die Erdgasleitung Nord-Stream 2 fertiggestellt und in Betrieb genommen wird. Russland ist seit über 50 Jahren ein zuverlässiger und berechenbarer Lieferant an Erdgas, Erdöl und anderen notwendigen Rohstoffen der BRD;

- die vom Bundestag beschlossenen Hochrüstungsmaßnahmen einzufrieren und die Milliarden Euro Steuergelder für dringend notwendige soziale und zivile Projekte bereitzustellen. Alle im Ausland eingesetzte Bundeswehrsoldaten abzubrufen und mit der Lösung dringender Aufgaben in der BRD zu beauftragen;

- die Aufnahme weiterer Länder in den NATO-Pakt abzulehnen und für den sofortigen Rückzug der NATO-Truppen aus Osteuropa in die im Jahre 1990 vereinbarten Länderregionen einzutreten;

- dass die auf dem Territorium der BRD stationierten ausländischen Truppen abgezogen, ihre militärischen Einrichtungen geschlossen und alle vom Territorium der BRD aus geplanten und durchgeführten militärischen Maßnahmen und Kriegseinsätze der USA und NATO eingestellt werden.

Beherzigen wir die geschichtliche Erfahrung und Lehre - Frieden in Europa und eine friedliche Zukunft unseres europäischen Kontinents ist nur mit und nicht gegen Russland möglich. Eine solche Politik der BRD würde ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen Vergangenheit und für eine Zukunft in Frieden, Völkerfreundschaft und internationaler Solidarität für das eigene Volk und aller Völker auf dieser Erde Rechnung tragen. Wir erwarten von der Bundesregierung, den Abgeordneten des Bundestages und ihren Parteien in diesem Sinne künftig zu handeln.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Geschichte der Jugendhochschule "Wilhelm Pieck", Dr. Dieter Luhn, bedankt sich bei unseren Freunden des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppe der DDR e.V. für die uns zur Verfügung gestellten Beiträge von:

Generalleutnant a.D. Manfred Grätz
Generalmajor a.D. Sebald Daum

Gerhard Matthes, Erinnerungen und Gedanken am Panzerdenkmal in Kienitz

Seit über 50 Jahren erinnern die Einwohner von Kienitz und benachbarter Orte im Landkreis Märkisch Oderland in einer Gedenkveranstaltung an die Errichtung des ersten Brückenkopfes durch Truppen der 5. Stoßarmee des Generaloberst Bersarin am 31. Januar 1945 auf dem Westufer der Oder. Der Brückenkopf war der Anfang zur Schaffung des Ausgangsraumes für die Berliner Operation und damit für den Sieg über den Faschismus durch die Rote Armee und die anderen Streitkräfte der Antihitler-Koalition.

Diese Gedenkveranstaltung war immer auch eine Mahnung, dass jeder Einzelne und alle gemeinsam ihre Kraft und ihren Einfluss für die Erhaltung und Sicherung des Friedens einsetzen. Im Jahre 1970 wurde auf Beschluss der Gemeinde im Zentrum des Ortes das Panzerdenkmal errichtet und seine Beseitigung nach der „Wende“ durch die Einwohner des Ortes verhindert. Dank dieses entschlossenen Einsatzes der Einwohner steht das Denkmal heute noch, erinnert an die Schrecken des Krieges, dankt den Befreiern und mahnt den Frieden zu bewahren.





Seit Bestehen unserer Regionalgruppe in Strausberg, nehmen Vertreter unserer Gruppe an den Gedenkveranstaltungen teil und legen ein Blumengebinde nieder.



Vom Panzer auf dem Denkmal führen die Gedanken unwillkürlich zu der Zustimmung der USA, der BRD und anderer westlicher Staaten zu Panzerlieferungen an die Ukraine und damit zu der Frage: Wie kann ein deutscher Politiker überhaupt angesichts der Opfer, die die Völker der Sowjetunion, vor allem das russische Volk, im Kampf gegen den deutschen Faschismus brachten, Waffenlieferungen für einen Krieg gegen Russland zustimmen?

Wie konnte es überhaupt so weit kommen, dass in der Ukraine die Waffen sprechen?

Ursachen sehe ich nicht, wie uns Politiker und Medien weis machen wollen, im russischen Imperialismus oder im Streben Putins, die Sowjetunion wiederherzustellen, sondern

- im Kampf der USA zur Sicherung ihrer Weltmacht
- in der Osterweiterung der NATO
- in der Sanktionierung der RF durch USA, NATO und EU
- im Ziel des Westens, die Ukraine als antirussischen Staat aufzubauen.

Seit die Truppen der Russischen Föderation auf Grund der arroganten Ablehnung der Forderungen der russischen Führung

- zum Verzicht der Aufnahme der Ukraine in die NATO;
- zur Zustimmung zu einer Neutralisierung der Ukraine;
- zu Gesprächen über die an die USA und die NATO übergebenen Vorschläge über ein System der Sicherheit in Europa

zur militärischen Sonderoperation angetreten sind, beliefert der Westen im wachsenden Umfang die Ukraine mit immer moderneren Waffen aller Art.

Der bisher letzte Schritt war die Zusage zur Lieferung von M 1 Abrams, Leopard 2 und Challenger. Damit aber nicht genug. Sofort nach der Zusage dieser Panzer forderte Präsident Zelensky Kampfflugzeuge und U-Boote und prompt unterstützten „Experten“ und „Kenner der Materie“ diese Forderungen.

Nach früheren Maßstäben wären all diese Waffenlieferungen strafbar gewesen, weil Lieferungen in Kriegs- und Krisengebiete verboten waren und sicherlich wäre manch einer/eine der Fernsehjournalisten wegen Kriegshetze verurteilt worden. Heute, da es gegen Russland geht, ist scheinbar alles erlaubt.

Andererseits betont z.B. Bundeskanzler Olaf Scholz: Zugleich gilt: Wir wollen nicht, dass die NATO in einen direkten Konflikt mit Russland gerät. Darin bin ich mir mit Präsident Biden und unseren Partnern in Europa einig.

Nun ist die Frage, wie lange die NATO in so einem Konflikt noch draußen, oder schon drin ist, weder eine philosophische noch rechtliche, sondern sie hängt ganz einfach von der Beurteilung Russlands ab, nämlich davon, wann wird die Unterstützung der Ukraine für Russland so unerträglich, dass sie durch Waffeneinsatz unterbunden werden muss. Darum ist die Beendigung der Waffenlieferungen von existenzieller Bedeutung.

Einen Weg zum Frieden zu ebnet, ihn zu sichern und zu bewahren, das ist jetzt in der Auseinandersetzung zwischen Russland, den USA und der NATO auf dem Boden der Ukraine dringend notwendig. Voraussetzung dafür wäre vor allem, dass die Führung der USA und der NATO von ihrem Ziel Abstand nehmen, Russland so zu schwächen, dass es militärisch handlungsunfähig ist, oder wie Frau Baerbock meint, es zu ruinieren.

Deshalb heißen die Forderungen des Tages:

Keine Panzer für die Ukraine!

Keine neuen Waffen für die Ukraine!

Normalisierung der Beziehungen und Friede mit Russland!

Kapitän zur See a.D. Gerhard Matthes

Siegfried Mechler, Krieg verbannen - Frieden sichern!

Der Angriff russischer Truppen auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat mich zunächst sprachlos gemacht. Obwohl ich die politischen, militärischen und diplomatischen Provokationen gegen Russland sehr aufmerksam verfolgt habe, hielt ich diesen Schritt für nicht möglich.

Warum?

Als 10-jähriges Flüchtlingskind aus Niederschlesien kam ich im Frühjahr 1945 auf dem Territorium der späteren DDR an. Hier sah ich durch viele Erlebnisse und Begebenheiten von Anfang an für mich eine neue Heimat wachsen. Eine Diskriminierung habe ich nicht erlebt.

Ich nutzte alle Bildungsmöglichkeiten, Grundschule, Lehre als Werkzeugmacher, Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF), Studium der Wirtschaftswissenschaften und sah darin meinen Beitrag für das Wachsen eines neuen, friedlichen und zukunftssträchtigen Deutschlands. Die DDR wurde nicht nur meine persönliche und familiäre, sondern auch meine politische Heimat. Die zentralen Positionen waren dabei Zukunftssicherheit, umfassende Bildung für jedermann unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und nicht zuletzt Friedenspolitik, auch im geteilten Deutschland. Den Aufbau militärischer Verteidigungskräfte, auch im Verbund des Warschauer Vertrages hielt ich angesichts des Alleinvertretungsanspruches der BRD für notwendig. So wurde ich 1957 freiwilliger Reservist der NVA, der ich als Hauptmann der Reserve bis zu ihrem Ende angehörte.

Die Ergebnisse des mühsamen friedlichen Aufbaus sollten nicht durch Krieg infrage gestellt werden. Ich bin stolz darauf, einer Armee angehört zu haben, deren oberstes Gebot in der Tat die Friedenssicherung war und das bis zum bitteren Ende der DDR.

Umso mehr war ich enttäuscht, dass die Friedensformeln von 1990 im 2 Plus 4 - Vertrag spätestens 1999 durch die Teilnahme der BRD am NATO-Krieg gegen Jugoslawien zur diplomatischen Makulatur wurden. Jugoslawien wurde damit im 20. Jahrhundert zum dritten Male von deutschen Truppen angegriffen, von den kaiserlichen, von den faschistischen und von denen der BRD.

Damit hat die BRD ihre friedenspolitische Jungfräulichkeit endgültig aufgegeben.

Was ergibt sich daraus für meine heutige politische Haltung?

- Die 40 Jahre meines Lebens in der DDR waren meine besten Jahre.
- Internationale Spannungen müssen diplomatisch gelöst werden. Die NATO-Osterweiterung gebar den Krieg und verschlimmert die Spannungen nur.
- Baerbocks Forderung "Wir müssen Russland ruinieren" und "Wir befinden uns mit Russland im Krieg" sind reaktionär und kontraproduktiv.
- Wer Waffen in die Ukraine liefert, befördert das Geschäft der Rüstungskonzerne zu Lasten der Werktätigen, Arbeits- und Obdachlosen.

- Lenin hat Recht: "Die Politik imperialer Staaten gebiert Kriege".
- Die Haltung der deutschen führenden Kräfte in Politik und Wirtschaft wurde möglich, weil es seit 1990 keine friedliche Vereinigung beider deutscher Staaten gab und nicht gibt, sondern Anschluss unter Führung der BRD.

Beide Staaten waren nie vereint, deshalb auch keine WIEDERVEREINIGUNG.

Prof. Dr. sc. Siegfried Mechler, Ehrenpräsident des OKV e.V.

Anja Mewes, Frieden ist das Gebot der Stunde!

Ich möchte mit dem Ausschnitt einer Rede für den Frieden von Bertolt Brecht aus dem Jahre 1952 beginnen.

*„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Die Beschreibungen, die der New Yorker von den Gräueln der Atombombe erhielt, schreckten ihn anscheinend nur wenig. Der Hamburger ist noch umringt von Ruinen und doch zögerte er, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen. „Der Regen von gestern macht uns nicht nass“, sagen viele. Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen. Und doch wird nichts mich davon überzeugen, dass es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. **Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.**“*

Am 25.01.2023 veröffentlichte der US-Friedensrat einen Appell, in dem er sehr eindringlich auf die drohende Gefahr hinwies, in der sich aktuell unser Planet befindet.

Er warnt in seinem Appell, dass die Menschheit seit der Kuba-Krise noch nie so nah an einer Katastrophe war und der Krieg in der Ukraine von der Regierung Biden und dem „kollektiven Westen“ sich zunehmend in einen Krieg zwischen der NATO und Russland verwandelt. Die Gefahr, dass er in eine nukleare Konfrontation umschlage, stehe unmittelbar bevor.

Auch die Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) veröffentlichten am 14.02.2023 einen gemeinsamen Appell, in dem sie auf die akute Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges hinwiesen. Sie machten in ihrem Appell darauf aufmerksam, dass vor 78 Jahren im Zweiten Weltkrieg Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden und bis Ende 1945 über 210.000 Menschen ihr kostbares Leben verloren. Bis heute leiden die Hibakusha aufgrund von

Folgeschäden durch die Strahlung an den Folgen der Atombombenabwürfe.

Sie erheben als Vertreter des Netzwerkes Mayors for Peace in ihrer Verantwortung zur Realisierung der Daseinsvorsorge im Katastrophenfall für die Bürger ihre Stimme und erklären in ihrem Appell:

- **Nuklearwaffen dürfen niemals zum Einsatz kommen** und
- **Die einzige Garantie zum Schutz der Menschlichkeit und des Planeten vor der Bedrohung durch Nuklearwaffen ist die vollständige Abschaffung dieser Waffen!**

Sie betonen in ihrem Appell, dass die über 8.200 Mitgliedsstädte und deren Bürger in 166 Ländern keine Mühen scheuen werden, um die politischen Entscheidungsträger in allen Teilen der Erde in ihrem Handeln zur Schaffung einer friedlichen, atomwaffenfreien Welt zu unterstützen.

Unser Verein Friedensglockengesellschaft Berlin e.V. setzt in seinem friedenspolitischen Engagement genau an diesem Punkt an. Der friedenspolitische Kampf für eine atomwaffenfreie Welt ist unsere Motivation im Handeln.

Diesen Kampf werden wir aber nur gewinnen, wenn es uns gelingt, die Bürger dieses Landes auf diesem Weg mitzunehmen.

Das wird uns nur gelingen, wenn wir über alle ideologischen, religiösen und parteipolitischen Differenzen und gesellschaftspolitischen Orientierungen hinweg in diesem Kampf den kleinsten, aber überlebenswichtigsten gemeinsamen Nenner finden und der ist **FRIEDEN. Denn uns allen muss bewusst werden, dass im Januar 2023 Wissenschaftler die Doomsday Clock (Weltuntergangsuhr) auf 90 Sekunden vor 12. einstellen mussten!**

Ein hoffnungsvolles Zeichen ist, dass Stand 02.03.2023, 16:00 Uhr, über 725.286 Bürger die Petition von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer „Manifest für den Frieden“ unterschrieben haben und dass ihrem Aufruf zur Kundgebung unter der Losung „Aufstand für Frieden“ am Brandenburger Tor am 25.02.2023 über 50.000 Menschen trotz widriger Witterungsbedingungen gefolgt sind.

Nur wenn Friedens-, Umwelt-Klima- und Sozialbewegung gemeinsam auf die Straße gehen und laut ihre Stimme für eine friedliche Welt erheben, haben wir eine Chance, das Leben zu bewahren.

Anja Mewes

Vorsitzende des Vereins Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.

www.weltfriedensglocke-berlin.de

Friedemann Munkelt, Deutschland und die Panzerlieferungen

Der Nachrichtensender ntv zitierte am 24. Januar die deutsche Außenministerin bei einem Auftritt in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg mit den Worten **„Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander“**.

Für diesen Satz gibt es keine zwei Deutungsmöglichkeiten, wir, das schließt die Bundesrepublik ein, führen also Krieg gegen Russland! Nun ist mir aber nicht bekannt, dass Russland Deutschland oder gar der NATO als Militärbündnis den Krieg erklärt hätte.

Damit hat sie alle Unklarheiten beseitigt, ob die BRD Kriegspartei ist oder nicht. Dieser Kriegsrhetorik folgend, ist der Beschluss über die Lieferung von Panzern an die Ukraine eine logische Folge. Wohin wird uns das führen? Schon schreit der berüchtigte Bandera-Verehrer und ukrainische Vizeaußenminister Melnyk nach Flugzeugen und U-Booten! Es bedarf sicher keiner großen Fantasie sich vorzustellen, dass dieser Wunsch Melnyks Gehör finden könnte. Blicke dann nur noch eine Eskalationsstufe offen, die Entsendung von Kampftruppen. Vorauskommandos in Form von Söldnern existieren ja bereits.

Diese ganze verheerende Entwicklung am Vorabend eines historischen Datums, des 80. Jahrestages des Sieges der Roten Armee in der Stalingrader Schlacht! Einer der Helden dieser Schlacht war der spätere Marschall der Sowjetunion W.I. Tschuikow. Zur Bedeutung des Sieges verweist Tschuikow in seinem Buch „Gardisten auf dem Weg nach Berlin“ auf eine Urkunde des amerikanischen Präsidenten Roosevelt vom Mai 1944, in der es heißt: **„Im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika überreiche ich der Stadt Stalingrad diese Urkunde, um unserer Bewunderung für ihre tapferen Verteidiger Ausdruck zu geben, deren Tapferkeit, Mut und Opferbereitschaft während der Belagerung vom 13. September 1942 bis zum 31. Januar 1943 für immer die Herzen aller freien Menschen höher schlagen lassen werden. Ihr ruhmreicher Sieg brachte die Welle der Aggression zum Stehen und wurde zum Wendepunkt des Krieges der alliierten Nationen gegen die Kräfte der Aggression.“**

Alles schon vergessen? Wer sich die Folgen von Kriegen vor Augen führen möchte, der reise nach Wolgograd und besuche den Soldatenfriedhof in Rossoschka, ich habe es 2019 getan. Riesige Gräberfelder mit tausenden Namen von Toten beider Seiten! Generalmajor

a.D. Sebald Daum schreibt in einem Beitrag für unsere Verbandsmedien:

„Ihr Plan, die Sowjetunion in einem Blitzkrieg zu vernichten, war nun endgültig gescheitert. Das Öl im Kaukasus nicht erreichbar. Sie verlor die strategische Initiative an der Ostfront. Die 6. Armee gab es nicht mehr. Die 4. Panzerarmee, die 3. und 4. rumänische Armee, die 8. italienische Armee waren zerschlagen. 32 Divisionen und 3 Brigaden waren vollständig vernichtet. Die Verluste betragen mehr als 840.000 Mann und eine gewaltige Zahl militärischen Kriegsmaterials. Aber auch die Rote Armee bezahlte diesen Sieg mit einem hohen Blutzoll von fast einer Million Menschen.“

Die genannten Zahlen bedürfen keiner Interpretation! Wollen wir wirklich eine Eskalation, dass sich Geschichte wiederholt? Es ist höchste Zeit, das Kriegsgeschrei durch Diplomatie zu ersetzen, die die Sicherheitsinteressen aller Seiten berücksichtigt.

Friedemann Munkelt, Oberst a.D.

Günter Pauli, Brief an das OKV

Chemnitz, den 02.02.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist **Günther Pauli**, ich bin auf Ihre Seite durch die offenen Briefe der beiden Generale, Herrn Manfred Grätz, Generalleutnant a.D. und Herrn Sebald Daum, Generalmajor a.D.

aufmerksam geworden. Ich bin 1959 in Westdeutschland geboren, also "Westdeutscher" und beschäftige mich schon seit langer Zeit mit der Geschichte Deutschlands, besonders mit der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg.

Ich erlebte als Kind und junger Erwachsener meine Heimatstadt Bamberg als Garnisonsstadt der US-Armee, die dort mit ca. 10000 Soldaten (und 4000 Angehörigen) eine "Stadt in der Stadt" bildeten oder heute noch bilden. Ich erinnere mich noch gut an die Zeit des "Kalten Krieges", als mein Vater mit mir als Kind in den Endsechzigern im bayerischen Alpenvorland spazieren ging und am Horizont eine Gewitterwolke auftauchte, die die Form einer Atombombenexplosion hatte. Mein Vater meinte ernsthaft, "wenn der Dritte Weltkrieg begonnen hätte, so hätten wir Sirenen gehört".

Meine Mutter erzählte oft von den Fliegeralarmen im Zweiten Weltkrieg und dass sie abends ihre Kleider ganz geordnet hinlegen mussten, um bei Alarm diese griffbereit für die Flucht in die Keller zu haben. Sie schilderte mir, wie das 60 km von Bamberg entfernte brennende Nürnberg den ganzen südlichen Himmel rot färbte.

Meine Familie hörte damals verbotenerweise englisches Radio, um über das Schicksal der eingezogenen Männer an der "Ostfront" etwas zu erfahren, genauso, wie ich heute RT-Deutsch anschau, um etwas Wahres über die Vorgänge in der Ukraine zu hören.

Meine Großväter habe ich nie kennen gelernt, da beide in Stalingrad gefallen sind bzw. von dort nie zurückgekehrt sind, ein Trauma, was meine Mutter bis zu ihrem Lebensende nie vollständig überwunden hat.

Heute lebe ich seit gut fünf Jahren in Chemnitz mit meiner Frau, einer gebürtigen Leipzigerin, die in Thüringen aufgewachsen ist und Deutsch und Russisch auf Lehramt noch in der DDR studiert hat, einschließlich einer Russlandreise von einem halben Jahr während des Studiums. Ich selbst bin freiberuflicher Lehrer für Mathematik.

Mit immer größerer Sorge beobachte ich die Entwicklung in Europa, vor allem in Deutschland und teile eigentlich in jedem Punkt die Einschätzungen und Ansichten von Herrn Manfred Grätz, Generalleutnant a.D. und Herrn Sebald Daum, Generalmajor a.D.

Ich kann nur noch ergänzen, dass Deutschland seit 1945 kein souveränes Land mehr ist und immer dem unterstellt war und ist, was US-Politik vorgibt. Deutschland hat nach wie vor keine Verfassung, obwohl deren Bildung für die Wiedervereinigung vorgesehen war und keinen Friedensvertrag mit den Alliierten USA, Russland, Frankreich und England.

Während in früheren Jahren aber die (westdeutschen/gesamtdeutschen) Regierungen unter Brandt, Schmidt, Kohl und Schröder noch etwas mehr Rückgrat hatten, ist die jetzige Regierung offensichtlich nur noch ein Vasall der US/Nato-Politik.

Weiterhin kann ich hier noch ergänzen, dass meiner Einschätzung nach auch die Mitglieder der englischen bzw. der US-Regierung nur Handlanger einer eigentlich herrschenden angloamerikanischen Elite sind, deren monetäre Verfügungsgewalt einzelner Personen teilweise größer ist als die eines ganzen Staates.

Das Interesse dieser Kreise ist nur ihre Macht- und Profitvergrößerung und nur aus diesem Grund soll nun ein Krieg gegen Russland geführt werden, so wie schon andere Kriege angezettelt wurden, wobei das Schicksal der betroffenen Menschen diesen Kreisen völlig gleichgültig ist, denn sie halten sich offensichtlich für "Herrenmenschen".

Nicht zu unterschätzen sind auch die Medien und deren Propaganda und Hetze, welche ähnlich wie bei den westlichen Regierungen ein Ergebnis der Indoktrination und Karriereförderung durch angloamerikanisch geführte NGOs (transatlantische Kaderschmieden) sind.

Eine Lösung sehe ich momentan im Formalen nur dadurch, dass Deutschland sowohl die Nato als auch die EU verlässt (zumindest solange die EU in ihren Instrumenten ebenfalls nur ein Erfüllungsgehilfe für angloamerikanische Interessen ist) und seine Beziehungsangelegenheiten zu anderen Ländern ganz frei und unabhängig gestaltet. Das würde aber nicht ohne eine große Einsicht, Opferbereitschaft und großem Idealismus in der Bevölkerung gehen, da man in den US/EU-Kreisen versuchen würde, dieses "Ausscheren" mit allen Mitteln zu verhindern, notfalls auch mit Gewalt.

Bedenklich ist hier auch das aufgehetzte Verhalten östlicher Regierungen, etwa der polnischen oder der tschechischen oder auch der baltischen Regierungen neben dem Regime der Ukraine selbst.

Leider sehe ich in der Mehrheit der deutschen Bevölkerung immer noch keine Bereitschaft einen solchen gewagten Weg zu gehen, denn man glaubt immer noch, dass es bequemer sei, das Bisherige beizubehalten.

Mit freundlichen Grüßen



Brigitte Queck, Unser stetiger Einsatz gegen Krieg

Der Verein „Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg“ entstand, weil die US-geführten Kriege, die Regime-Change-Aktionen, die zeitgleichen Wirtschaftskriege der USA, Tod sowie Leid über die Menschen der Völker der Welt bringen. Dagegen standen und stehen wir unentwegt auf der Straße, dazu publizieren wir.

Die beiden Briefe der Generale Manfred Grätz und Sebald Daum sind uns Anlass sich in den Chor der Stimmen einzuordnen und erneut zu fordern:

Deutschland raus aus der NATO!

Keine Waffenlieferungen aus Deutschland in die Ukraine!

Keine US- oder NATO-Transporte durch Deutschland in die Ukraine!

Sowohl aus historischer Verantwortung Deutschlands als auch aus den legitimen Schutzinteressen für die Bürger Deutschlands ist jegliche deutsche Unterstützung eines Krieges einstellen!

Statt Milliarden Steuergelder für die Bundeswehr und die Rüstungskonzerne sind Steuergelder für die Unzahl der offenen sozialen Baustellen, für die Infrastruktur des Landes und für das Schaffen von Arbeitsplätzen einzusetzen!

Der Unehrllichkeit u.a. bei den Klimafragen ist zu entgegnen – Waffenproduktion und -einsatz sind die größten Klimakiller!

Für eine gerechte europäische Sicherheitsarchitektur, für normale Beziehungen aller Völker ohne Krieg!

Brigitte Queck, Vorsitzende **Mütter gegen den Krieg Berlin/Brandenburg**

Max Renkl, Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Wir als Thälmann-Freundinnen und -freunde können die aktuelle Kriegshetze, die Aufrüstung und die Waffenlieferungen nur entschieden ablehnen.

"Keinen Mann, keinen Groschen diesem System", in dieser Tradition der Arbeiterbewegung stehen wir heute. Den kriegerischen Absichten dieses Deutschlands - sei es wieder im "Alleingang" auf Ostlandritt oder noch eingebunden in politische und militärische Bündnisse - können wir nur unser entgegen: Nicht in unserem Namen, nicht mit uns! Wir fordern: Stoppt die deutschen Waffen nicht erst vor Stalingrad!

Ernst Thälmann, der selbst als Kanonier die Schrecken des I. Weltkriegs erlebt hat, vier Mal verwundet wurde, erst nach zweieinhalb Jahren Heimaturlaub erhielt, wurde zum entschiedenen Kriegsgegner. Als er das Flugblatt des Spartakusbundes "Der Hauptfeind steht im eigenen Land" erhält, ist er sofort begeistert. Er hat bereits von seinen Hamburger Genossen von Karl Liebknecht gehört und seinem mutigen Auftreten mitten im Krieg, mitten in der Reichshauptstadt, am Potsdamer Platz, wo Liebknecht ausrief: *"Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!"*. Auf seinem ersten Heimaturlaub, nach zweieinhalb Jahren an der Front, ist jedoch nicht viel Zeit zum Erholen. Er nutzt seine Urlaubstage, um sich über die wichtigsten politischen Fragen zu informieren und Verbindungen zu den oppositionellen Gruppen aufzubauen. Während dieses Heimaturlaubs im Jahr 1917 verlässt Ernst Thälmann die SPD und wird Mitglied der im April 1917 gegründeten USPD. Thälmann fühlt sich politisch mehr mit dem Spartakusbund, mit Liebknecht und Luxemburg verbunden, folgt jedoch seinen politischen Freunden und der Mehrheit der Hamburger Hafenarbeiter, die in der USPD organisiert sind. Drei Jahre später wird er sich, als der Vorsitzender des mitgliedsstärksten USPD-Verbands, mit 42.000 von 44.000 Mitgliedern mit der KPD zur VKPD vereinigen.

Wir können uns daher den Worten der Generale Manfred Grätz und Sebald Daum nur anschliessen. Es muss Schluss sein, mit dem Zündeln am dritten Weltenbrand. Dafür müssen wir unsere Stimme erheben! Wir wissen, dass Reaktionäre und Faschisten zur Zeit versuchen, aus dem Friedenswillen vieler Menschen in diesem Land

und aus ihrer berechtigten Kritik an den Waffenexporten und der Kriegshysterie, Profit zu schlagen. Wir wissen auch, dass die Faschisten Demagogie betreiben, wenn sie etwa von Frieden schwafeln oder von Völkerfreundschaft. Dieser Demagogie müssen entschlossen unsere Standpunkte entgegensetzen. Die Überlebenden der Barbarei des deutschen Faschismus haben in Buchenwald geschworen: *„Die endgültige Zerschmetterung des Nazismus ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ideal.“*

Dieses Ideal gilt es heute zu verteidigen - gegen unsere Regierung, gegen die veröffentlichte Meinung, gegen Faschisten und Reaktiönäre.

Vorstand des Freundeskreises

"Ernst Thälmann" e. V. Ziegenhals-Berlin

Jürgen Rose, Den Frieden gewinnen – nicht den Krieg!

Rede anlässlich der Kundgebung der „Friedenskoordination Berlin – Netzwerk gegen den Krieg“ am Brandenburger Tor am 24. Februar 2023

Sehr geehrte Versammelte, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde!

Es ehrt Sie sehr, dass Sie heute, an jenem Tag, an dem vor einem Jahr das große Schlachten in der Ukraine seinen Lauf nahm, hier so zahlreich erschienen sind, um ein Zeichen zu setzen für den Frieden auf der Welt und gegen jenes barbarische Gemetzel. Denn es braucht durchaus Mut, um in diesen Zeiten allgegenwärtigen und allumfassenden Kriegs- und Siegetrommels aufzustehen und die Stimme zu erheben gegen das massenhafte Morden auf den Schlachtfeldern im Osten Europas.

Heute übersteigt die Zahl der willigen Koalitionäre, die sich unter Federführung der USA im Kampf gegen Russland zusammengeschlossen haben, den Umfang der Anti-Hitler-Allianz im Widerstand gegen Nazi-Deutschland. Damals nannte man dies einen Weltkrieg, nämlich den Zweiten Weltkrieg – womit also haben wir es heutzutage im Hinblick auf das Kriegsgeschehen in der Ukraine zu tun? Befinden wir uns nicht längst in einem Dritten Weltkrieg, den die gesamte NATO im Verein mit zahlreichen willigen Helfershelfern unter ebenso zynischer wie menschenverachtender Ausbeutung von Selbstbehauptungswillen und Opferbereitschaft der ukrainischen Männer und Frauen führt, gemäß der von der amtierenden Außenministerin Deutschlands propagierten, widerwärtigen Parole: „Wir werden Russland ruinieren“? Und laufen diejenigen, die auf beiden Seiten der Front diesen mörderischen Krieg immer weiter eskalieren, nicht erhebliche Gefahr, dass dieser zuletzt in einer unkontrollierbaren nuklearen Konfrontation endet?

Gemäß der dem Publikum von Politik und Massenmedien pausenlos eingehämmerten Darstellung handelt es sich bei dem Krieg in der Ukraine um einen glasklaren Angriffskrieg. Und ein solcher stellt laut dem Urteilsspruch des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals von 1946 „das größte internationale Verbrechen [dar], das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken vereinigt und anhäuft“. Im Hinblick auf dieses Narrativ scheint mir äußerst bedeutsam, was ein höchst renommierter US-amerikanischer Historiker, Politik- und Wirtschaftswissenschaftler

zur Problematik der Entscheidung darüber, wer in einem Krieg denn jeweils als Angreifer und als Verteidiger zu gelten habe, geschrieben hat. Der Mann hieß Stefan T. Possony, war als österreichischer Jude nur knapp den Gestapo-Schergen Adolf Hitlers entkommen und diente nach einer spektakulären akademischen Karriere an US-amerikanischen Spitzenuniversitäten dem US-Präsidenten Ronald Reagan als Berater in Sachen Strategische Raketenabwehr (SDI) – ein knallharter erzkonservativer Falke und folglich keinesfalls ein „linker Pazifistenspinner“. Jener Professor Possony also merkte zur Problematik von Angriff und Verteidigung folgendes an:

„Bei der strategisch-politischen Beurteilung einer konkreten Situation ist es oft schwierig, Angriff von Verteidigung zu unterscheiden. ... Der Befehl, einen vorliegenden Offensivplan durchzuführen, mag militärisch einen Angriff darstellen, die Offensive, selbst wenn es sich um einen bewaffneten Einzelfall handelt, mag jedoch strategisch-politisch rein defensiven Motiven entspringen. ... Trotz der offensichtlichen Schwierigkeiten, die eine klare und rechtsverbindliche Definition ausschließen – es hängt eben alles von den Umständen ab –, lässt sich, theoretisch gesprochen, jene Regierung oder konspirative Gruppe als **Angreifer** kennzeichnen, die die Entscheidung trifft, Krieg zu führen, um die internationale Machtverteilung zugunsten der eigenen Seite zu verändern. Hingegen lässt sich die Regierung, die einen Krieg führt, um die eigene Schwächung oder Zerstörung oder eine wesentliche Veränderung der gegebenen internationalen Machtlage zu verhindern, als **Verteidiger** bezeichnen.“

Ganz ähnlich muss das vor mehr als fünfhundert Jahren schon einer der Gründerväter der Politischen Theorie, der italienische Philosoph und Machttheoretiker Niccolò Machiavelli gesehen haben, als er konstatierte: „Nicht wer zuerst zu den Waffen greift, ist der Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötigt.“

Wer in der Ukraine zuerst zu den Waffen gegriffen hat, steht scheinbar fest, obwohl die OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM), die Beobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, vor einem Jahr gänzlich anderes aus dem Donbass zu berichten hatte: Acht Tage vor dem Beginn des russischen Einmarsches hatten die ukrainischen Streitkräfte nämlich eine großangelegte Artillerieoffensive gegen die abtrünnigen Volksrepubliken begonnen, um diese mittels militärischer Gewalt zurückzuerobern, ganz so wie Präsident Selenskyj dies im März des Vorjahres bereits angeordnet hatte – unter grober Missachtung des durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für völkerrechtlich

verbindlich erklärten Minsker Abkommens, in dem unter anderem eine Autonomieregelung für den Donbass vereinbart worden war. Dem durch militärische Gewaltanwendung verschuldeten Völkerrechtsbruch Russlands ging der ebenso qua militärischer Gewaltanwendung verübte Völkerrechtsbruch der Ukraine voraus! Diesen höchst bedeutsamen Umstand verschweigen freilich unsere NATO-treuen Mainstream-Propagandamedien geflissentlich bis heute.

Wer also sind jene Anstifter des Unheils, die zum Krieg in der Ukraine genötigt haben? Denn folgt man Machiavellis Erkenntnis, dann begeht nicht nur, wer einen Angriffskrieg beginnt, dieses laut Urteil von Nürnberg „größte internationale Verbrechen“, sondern auch derjenige, welcher einem derartigen Verbrechen dadurch Vorschub leistet, dass er es unterlässt, alles Menschenmögliche zur Erhaltung des Friedens, also zur Verhinderung jenes Völkerrechtsverbrechens, zu tun. Auch friedensstörende Handlungen, die einen politischen Akteur zu einer kriegerischen Aggression zu provozieren geeignet sind, wie beispielsweise die skrupellose Ausdehnung eines Militärbündnisses unter ignoranter Vernachlässigung von Sicherheitsinteressen anderer Staaten, die einseitige Aufkündigung essentieller Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, die völkerrechtswidrige Intervention in die von der Satzung der Vereinten Nationen geschützten inneren Angelegenheiten souveräner Staaten oder sicherheitsdestabilisierende, maßlose Aufrüstungsmaßnahmen konstituieren (regierungs-)kriminelle Akte.

Um uns der Beantwortung der Frage nach den Anstiftern des Unheils in der Ukraine anzunähern, werden wir, um dem Vorwurf vorzubeugen, wir wären „Russland-“ oder – horribile dictu – gar „Putin-Versteher“, nachfolgend ausschließlich Kronzeugen heranziehen, die über einen derartigen Verdacht vollkommen erhaben sind.

Als ersten solchen Kronzeugen rufe ich den ehemaligen US-Botschafter in der Sowjetunion und Direktor für europäische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Jack F. Matlock, auf. Dieser konstatiert im Hinblick auf die vielbeschworene „regelbasierte Weltordnung“: „Aber es war der Westen, der damit begonnen hat, dieselben internationalen Regeln zu brechen, als die Nato wegen Kosovo Serbien bombardiert hat. Unsere zweite Verletzung der Schlussakte von Helsinki – wonach Grenzen nur veränderbar sind, wenn beide Seiten zustimmen – war, als wir die Unabhängigkeit von Kosovo akzeptiert haben. Putin sagt: Ihr habt den Präzedenzfall geschaffen. Jetzt verletze ich die Regeln. Das müssen wir berücksichtigen, wenn wir über Legalität reden. So zu tun, als ob Russland

etwas Einzigartiges täte und Russland zu einem besonderen Ausgestoßenen zu machen, ist unfair.“ Und weiterhin führt Matlock aus: „2008 entschied die Nato, die Ukraine auf eine Spur zur Mitgliedschaft zu setzen. Ein in seinem Inneren tief gespaltenes Land, direkt vor Russlands Türe. Das alles waren sehr dumme Schachzüge des Westens. Heute haben wir die Reaktion darauf. Wenn China anfangen würde, eine Militärallianz mit Kanada und Mexiko zu organisieren, würden die USA das nicht tolerieren. Wir würden uns auch nicht auf abstrakte Prinzipien von internationalem Recht beschränken lassen. Wir würden das verhindern. Mit jedem Mittel, das wir haben. Jedes Land, das die Macht dazu hat, würde das tun. (...) Putin handelt so, wie jeder russische politische Verantwortliche unter diesen Umständen handeln würde.“

Bei meinem zweiten Kronzeugen handelt es sich um den ehemaligen Verteidigungsminister und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt. Der in der Wolle gefärbte Transatlantiker, der wegen seines unbeirrten Festhaltens am Beschluss der NATO zur nuklearen Nachrüstung sein Amt verloren hatte, gab im August 1993 zu Protokoll: „Wenn ich ein sowjetischer Marschall wäre oder ein Oberst, würde ich die Ausdehnung der NATO-Grenzen, erst von der Elbe bis an die Oder und dann über die Weichsel hinaus bis an die polnische Ostgrenze, für eine Provokation und eine Bedrohung des Heiligen Russland halten. Und dagegen würde ich mich wehren. Und wenn ich mich heute dagegen nicht wehren kann, werde ich mir vornehmen, diese morgen zu Fall zu bringen.“ Mir scheint, dass Helmut Schmidt seinen Possony gelesen hatte.

Als letzten in meiner Reihe von Kronzeugen möchte ich Papst Franziskus zu Wort kommen lassen, der sich in einem Interview zum Ukrainekrieg geäußert hat. Dort sagte er: „Um diese Frage [nach dem Angriffskrieg] zu beantworten, müssen wir uns von dem üblichen Schema des „Rotkäppchens“ lösen: Rotkäppchen war gut, und der Wolf war der Bösewicht. Hier gibt es keine metaphysisch Guten und Bösen auf abstrakte Art und Weise. ... Die NATO-Staaten bellen vor den Toren Russlands und sie verstehen nicht, dass die Russen imperial sind und keiner fremden Macht erlauben, sich ihnen zu nähern ... Die Situation könnte zu einem Krieg führen. ... Aber die Gefahr ist, dass wir nur das sehen, was ungeheuerlich ist, und nicht das ganze Drama sehen, das sich hinter diesem Krieg abspielt, der vielleicht in gewisser Weise entweder provoziert oder nicht verhin-

dert wurde. Und ich registriere das Interesse am Testen und Verkaufen von Waffen. Das ist sehr traurig, aber darum geht es ja offensichtlich. ...Ich bin einfach dagegen, die Komplexität auf die Unterscheidung zwischen Guten und Bösen zu reduzieren, ohne über die Wurzeln und Interessen nachzudenken, die sehr komplex sind.“

Da an dieser Stelle nunmehr Klarheit darüber besteht, wer das Unheil in der Ukraine angestiftet hat, steht zugleich fest, an wen sich die Forderung nach einer umgehenden Beendigung des Krieges und einer Friedensregelung auf diplomatischem Wege zu richten hat: nämlich zuvörderst an die NATO-Kriegstreiber in Washington, Brüssel, London und Warschau.

Genau dies hat jüngst Deutschlands berühmtester lebender Philosoph, Jürgen Habermas, getan, als er erklärte: „Mir geht es um den vorbeugenden Charakter von rechtzeitigen Verhandlungen, die verhindern, dass ein langer Krieg noch mehr Menschenleben und Zerstörungen fordert und uns am Ende vor eine ausweglose Wahl stellt: entweder aktiv in den Krieg einzugreifen oder, um nicht den ersten Weltkrieg unter nuklear bewaffneten Mächten auszulösen, die Ukraine ihrem Schicksal zu überlassen.“

Für derartige diplomatische Initiativen liegen ernsthafte und ernstzunehmende Vorschläge schon längst auf dem Tisch. So hat beispielsweise schon im Sommer letzten Jahres die UN-Studien-Gruppe „Wissenschaft und Ethik des Glücks, Frieden und Gerechtigkeit“ in ihrer „Erklärung Frieden und Gerechtigkeit“ eine Reihe von „Eckpunkten für einen Waffenstillstand und ein positives Friedensabkommen“ formuliert. Diese lauten:

(1) Neutralität der Ukraine, d.h. Verzicht auf die nationalen Ambitionen, der NATO beizutreten, bei gleichzeitiger Anerkennung der Freiheit der Ukraine, Abkommen mit der Europäischen Union und anderen zu schließen;

(2) Sicherheitsgarantien für die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine, die von den P-5-Mitgliedern der Vereinten Nationen (China, Frankreich, Russland, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten) sowie der Europäischen Union und der Türkei gegeben werden, was militärische Transparenz und Beschränkungen der militärischen Stationierung und groß angelegter Übungen in Grenzgebieten unter internationaler Beobachtung in Verbindung mit der Aufhebung von Wirtschaftssanktionen beinhalten könnte;

(3) Russische De-facto-Kontrolle der Krim für einen Zeitraum von mehreren Jahren, nach dem die Parteien auf diplomatischem

Wege eine dauerhafte De-jure-Regelung anstreben würden, die einen erleichterten Zugang der lokalen Gemeinschaften sowohl zur Ukraine als auch zu Russland, eine liberale Grenzübergangspolitik für Personen und Handel, die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte und finanzielle Entschädigungen umfassen könnte;

(4) Autonomie der Regionen Lugansk und Donezk innerhalb der Ukraine, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Aspekte umfassen könnte, die innerhalb kurzer Zeit näher zu bestimmen sind;

(5) Garantierter kommerzieller Zugang sowohl der Ukraine als auch Russlands zu den Schwarzmeerhäfen der beiden Länder;

(6) Die schrittweise Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Russland in Verbindung mit dem Rückzug des russischen Militärs gemäß der Vereinbarung;

(7) Ein multilateraler Fonds für den Wiederaufbau und die Entwicklung der vom Krieg zerstörten Regionen der Ukraine – an dem sich auch Russland beteiligt – und sofortiger Zugang für humanitäre Hilfe;

(8) eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Schaffung internationaler Überwachungsmechanismen zur Unterstützung des Friedensabkommens (...).

Leider geben jedoch die ebenso verantwortungslosen wie hanebüchenen Begründungen zu uferlosen Waffen- und Munitionslieferungen im Verlauf des NATO-Warlord-Treffens in München vom 17.–19. Februar 2023 keinerlei Anlass zu irgendwelchen Hoffnungen auf Umsetzung einer derartigen Friedensregelung, denn die Kriegstreiber und -hetzer der NATO lassen keinerlei Bereitschaft erkennen, mit der russischen Regierung überhaupt nur zu reden, während sie Russland im selben Atemzug fehlende Verhandlungsbereitschaft vorhalten – so funktioniert Kriegspropaganda.

Angesichts dieser fatalen Lage steht umso mehr eine breite zivilgesellschaftliche Friedensbewegung in der Pflicht, ihren Protest gegen die bellizistische Enthemmung zu artikulieren. Wie schon zu Zeiten des verbrecherischen Krieges der USA in Vietnam und wie in Zeiten einer maßlosen nuklearen Hochrüstung in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts muss es wieder heißen: „Aufstehen für den Frieden“, „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Frieden schaffen mit weniger – oder besser noch – ganz ohne Waffen!“

Jürgen Rose ist Oberstleutnant der Bundeswehr a.D. und Vorsitzender des Förderkreises ‚Darmstädter Signal‘, der den gleichnamigen Arbeitskreis kritischer StaatsbürgerInnen in Uniform unterstützt.

Eva Ruppert, Auch ein "Leopard" kommt nur bis Stalingrad

Nicht nur "Fehlentscheidung", sondern Schande. Für mich als eine der Letzten, die - als Kind - den Vernichtungskrieg des faschistischen Deutschlands gegen die Sowjetunion hautnah erlebt haben, ist es unfassbar, dass eine deutsche Außenministerin 80 Jahre nach den deutschen Verbrechen in Leningrad und in ganz Sowjetrußland heute in aller Öffentlichkeit erklärt, sie wolle "Rußland ruinieren" und - am 24.01.23 - "Wir führen einen Krieg gegen Rußland".

"Rußlands Angriffskrieg gegen die Ukraine" verfängt da nicht als Rechtfertigung.

Ist der Schwur von Buchenwald "Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" schon vergessen?

Es ist nicht nur eine "Fehlentscheidung"(die Linke), sondern eine Schande und ein Verbrechen, dass die Nation, die im zweiten Weltkrieg bisher ungesühnte Verbrechen am russischen Militär und an der Zivilbevölkerung verübt hat, jetzt wieder gegen Rußland mörderisches Kriegsgerät schickt.

Ist vergessen, dass es die Rote Armee war, die 1945 Deutschland vom Faschismus befreite?

Am 8./9. Mai jährt sich die Erinnerung daran zum 78. Mal. Trotz manipulierter Umfrage-Ergebnisse ist nur eine Minderheit der bundesdeutschen Bevölkerung für die Lieferung der Leopard-Kampfpanzer an die Ukraine.

Ich schäme mich für eine Regierung, die in völliger Geschichtsvergessenheit und unglaublicher Anmaßung handelt. Eine Außenministerin, die Kriegshetze in der eigenen Bevölkerung verbreitet, darf nicht über die deutsche Geschichte bestimmen.

Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg

Karl-Heinz Schmalfuß, Deutsche Leopard-Panzer gegen Russland

Ich bin hochofret über die Initiative der beiden Generale Manfred Grätz und Sebald Daum.

Die Regierung der BRD übergibt deutsche Leopard-Panzer an die Ukraine zum Kampf gegen die russische Armee. Sie verletzt damit nicht nur eklatant die Sicherheitsinteressen Russlands, sie erhöht sichtbar die Kriegsgefahr in der Welt.

Dagegen protestieren die Generale Grätz und Daum der ehemaligen NVA der DDR. Sie zeigen auf, dass diese Maßnahme im klaren Widerspruch zu den Ergebnissen des Sieges über den Faschismus nach dem 2. Weltkrieg steht. Ich unterstütze diese Proteste und gehe davon aus, dass sich die Mitglieder von ISOR den Initiativen der beiden Generale anschließen werden.

Karl-Heinz Schmalfuß, Jahrgang 1929, ISOR-Mitglied, Absolvent einer sowjetischen Militärakademie, Generalleutnant a.D., Stellvertreter des Ministers des Innern der DDR,



Wilfried Schreiber, Für Frieden in der Ukraine – auch ohne Sieg

Mir geht es wie Generalleutnant Grätz; ich bin ebenfalls ein Kind des großen Krieges. Zum Kriegsende war ich acht Jahre alt. Meine Heimatstadt ist Dresden. Ich habe alle Luftangriffe auf diese Stadt – und es gab nicht nur den bekannten Großangriff vom 13. Februar 1945 – hautnah miterlebt. Das Trauma der Terrorangriffe begleitet mich bis heute und hat auch mein Berufsleben als Soldat in der DDR von 1955 bis 1990 beeinflusst.

Wenn ich heute immer wieder höre, dass Politikerinnen und Politiker – von Putin über Selenskyi bis Baerbock – davon reden, in dem Ukrainekrieg „siegen“ zu wollen, läuft es mir kalt den Rücken herunter. Dieser Krieg ist nicht schlechthin die Fortsetzung von Politik; er steht vor allem für das Versagen der Politik. Und damit ist keineswegs nur die russische Politik gemeint.

Zweifellos hat Russland mit seinem Einmarsch vom 24. Februar 2022 Völkerrecht gebrochen und verdient dafür strikte Verurteilung. Zugleich wird niemand ernsthaft bestreiten können, dass es diesen Krieg nie gegeben hätte, wenn Russland in seinen Bemühungen um wechselseitige Sicherheitsgarantien mit den USA und der NATO Ende 2022 ernst genommen worden wäre.

Für Russland war es im höchsten Maße besorgniserregend, dass die USA Teile ihres globalen Raketenabwehrsystems AEGIS in Polen und Rumänien stationiert hatten. Bekanntlich bedarf es nur einer Software-Änderung, um mit AEGIS ballistische Raketen zum Schlag auf weit entfernte Boden- und Seeziele einzusetzen. Des Weiteren hatten die USA im November 2021 ihr 56. Artilleriekommando in Wiesbaden reaktiviert, das für die Planung und Führung des Einsatzes nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa die Verantwortung tragen und bis Mitte 2023 einsatzbereit sein soll. Schließlich stellte der ukrainische Präsident Selenskyj Mitte Februar 2021 auf der Münchener Sicherheitskonferenz die weitere Anerkennung des Budapester Memorandums von 1994 in Frage¹, das den Verzicht auf Stationierung und Besitz von Kernwaffen für sein Land regelt.

¹ Geopolitik: Selenskyj sagt zwischen den Zeilen allen anderen: „F... you!“ In: Berliner Zeitung, Online-Ausgabe 21.02.2022. <https://www.berliner-zeitung.de/welt-nationen/selenskyj-sagt-zwischen-den-zeilen-al-len-anderen-f-you-li.212916>

Dazu kam, dass 2014 in der Ukraine - unmittelbar nach dem Sturz des damaligen Präsidenten Janukowitsch und den bewaffneten Gewaltaktionen auf dem Maidan-Platz - per Präsidentenerlass eine Anti-Terror-Operation (ATO) gestartet wurde, die als Bürgerkrieg bis Februar 2022 tobte. Im Kern ging es der Regierung um die Verhinderung einer begrenzten Autonomie der vorwiegend russischsprachigen Gebiete Donezk und Lugansk, die von der Ukraine, Deutschland, Frankreich und Russland mit dem internationalen Abkommen Minsk II ausgehandelt worden war. Die Bestätigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verlieh diesem Abkommen völkerrechtlichen Charakter. Inzwischen wissen wir aber von zwei Unterzeichnern dieses Abkommens - der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ehemaligen Präsidenten Frankreichs, François Hollande -, dass dieses Abkommen seitens des Westens nur zum Schein und als Atempause zur verdeckten Aufrüstung der Ukraine gedacht war. Der Bürgerkrieg verursachte in diesen Gebieten über 10.000 Tote und mehr als 24.000 Verletzte, was der Präsident Russlands Putin als Völkermord (Genozid) bewertete.

Am 24. Februar 2022 ließ der russische Präsident Putin unter Verweis auf die Gesamtheit aller o.g. Fakten und in Erwartung eines schnellen Sieges seine Truppen in die Ukraine einmarschieren. Putin hat sich jedoch getäuscht; der Widerstand in der Ukraine und die Gegenreaktionen in der Welt waren stärker als gedacht. Putin musste zur Kenntnis nehmen, dass es auch für die beschriebenen Bedrohungswahrnehmungen kein Recht auf Krieg gibt. Die Charta der Vereinten Nationen fordert dezidiert die friedliche Beilegung von allen Streitfragen. Das ist Völkerrecht und gilt bis zum heutigen Tag – und auch für den realen Krieg in der Ukraine.

Tatsächlich hat dieser Krieg nach über einem Jahr erbitterter Kämpfe den Charakter eines Ermattungskrieges mit beidseitig hohen Verlusten angenommen. Keine der kriegführenden Parteien, einschließlich der die Ukraine unterstützenden NATO-Länder sind zur Einstellung der Kampfhandlungen und zu ernsthaften Friedensgesprächen miteinander bereit. Alle wollen „siegen“. Damit erhält dieser Krieg eine Eskalationsdynamik, die bereits sehr nahe an einen großen Konflikt mit der NATO heranreicht. Die Situation ist so brisant wie die Kubakrise von 1962.

Das gilt umso mehr, da technologische Fortschritte in den rund 30 Jahren seit dem Ende der Blockkonfrontation dazu geführt haben, dass in der Gefechts- und Kriegsdynamik Entscheidungsprozesse

weitgehend automatisiert ablaufen und der zeitliche Spielraum für politische Entscheidungen gegen Null geht.

Insbesondere durch die Lieferung immer komplexerer und weitreichender Waffensysteme seitens der NATO-Länder an die Ukraine bei gleichzeitiger personeller Unterstützung – mit und ohne Uniform – bei der Planung und Durchführung von Kampfhandlungen, nähern sich diese Länder immer mehr der Grenze, unmittelbare Kriegspartei zu werden. Das könnte vor allem für Deutschland verhängnisvoll sein, da sich das amerikanische Leitzentrum zur Steuerung aller Hilfsaktivitäten für die Ukraine mit Ramstein auf deutschen Boden befindet. Man darf sich da keine Illusionen machen: ein Krieg, in dem die stärksten Atommächte der Welt unmittelbar gegenüberstehen, gefährdet die Existenz der menschlichen Zivilisation.

Dieser Krieg ist aber nicht nur aus militärischen Erwägungen ein Anachronismus unserer Zeit. Der Ukrainekrieg steht im Widerspruch zu allen globalen Herausforderungen der Gegenwart, die ebenfalls existenzielle Bedeutung haben. Dieser Krieg vernichtet und verschlingt Ressourcen, die zur Bewältigung der Klimakrise, zur Versorgung der Menschen mit Wasser, Energie und Rohstoffen, zur Überwindung von Hunger, Armut, Krankheiten und Pandemien sowie globaler und regionaler Unterentwicklung dringend benötigt werden.

Das Gebot der Stunde ist Deeskalation des Krieges, schnellstmögliche Beendigung der Kampfhandlungen sowie der Beginn von Friedensgesprächen ohne Vorbedingungen und keineswegs die bedingungslose Kapitulation einer Kriegspartei. Frieden und Stabilität in Europa wird es nur dann geben, wenn alle an diesem Krieg beteiligten Kräften Garantien für ihre eigene Sicherheit erhalten – natürlich auch Russland als Aggressor. Oder wie stellt man sich einen Siegfrieden über die Atommacht Russland und das zugleich flächengrößte und rohstoffreichste Land der Welt vor – ein Land mit ca. 145 Millionen Einwohnern (2018) und unmittelbarer Nachbar von China?

Zur Beendigung des Ukrainekrieges kann es nur einen Verhandlungsfrieden geben. Alles andere sind Wunschträume und Hirngespinnste potenzieller Selbstmörder oder politischer Dummköpfe. Da die politischen Führer der kriegführenden Länder offensichtlich nicht in der Lage oder nicht willens sind, miteinander zu reden, ist eine besondere Autorität erforderlich, die darauf Einfluss nehmen kann. Ich sehe dafür zwei Ansätze:

Erstens: Zweifellos bedarf es starker Persönlichkeiten mit internationalem Ansehen und integrierter Neutralität, die zwischen den Kriegsparteien - einschließlich der Hauptunterstützer des Krieges - vermitteln können. Das könnten einer oder mehrere Staatsführer großer Mittelmächte bzw. Länder des globalen Südens sein, wie z.B. der Präsident Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, der Präsident Mexikos, Andrés Manuel López oder der Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan. Alle drei haben sich in der letzten Zeit mit Initiativen angeboten, zu vermitteln. Auch Papst Franziskus verfügt über die notwendige internationale Autorität und Glaubwürdigkeit. Der vom Schiller-Institut initiierte Brief an Papst Franziskus verdient unbedingte Unterstützung.

Zweitens: Gleichmaßen wichtig ist auch ein nachhaltiger politischer Druck durch Aktionen außerhalb von Regierungen und Parlamenten.

Das von Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierte Friedensmanifest mit bisher weit über 700.000 Unterzeichnern sowie die von ihnen organisierte große Friedenskundgebung vom 25. Februar 2023 am Brandenburger Tor in Berlin geben hierfür ein Beispiel. Beides erwies sich als beeindruckender Impuls für die deutsche Friedensbewegung. Die wütenden Angriffe gegen die beiden Frauen sowie deren Verleumdung in den deutschen Mainstream-Medien unterstreichen nur die Bedeutung solcher Initiativen.

Möge es zu einer wirksamen Symbiose von persönlichen Autoritäten aus der Politik und einer starken internationalen Friedensbewegung kommen. Es könnte nicht nur den Frieden in Europa, sondern die ganze Welt retten.

Oberst a.D., Prof. Dr. sc. oec. et Dr. phil. Wilfried Schreiber,

Stellvertretender Vorsitzender des Förderkreises Darmstädter Signal und Senior Research Fellow am WeltTrends Institut für Internationale Politik Potsdam

Gerd Schultze-Rhonhof, Ist Putin wirklich ein Kriegsverbrecher?

Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof (*) gestattete die Veröffentlichung seines Artikels als Beitrag zur Podiumsdiskussion, zu der er aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen kann.

Vorwort

Als ich meine [erste Abhandlung](#) über das Ukraine-Desaster geschrieben habe, habe ich nicht angenommen, dass der russische Staatspräsident Putin sein Bemühen, die NATO von der Schwelle Russlands fernzuhalten, bis zum Kriege gegen die Ukraine treiben würde. Ich wollte aber auch nicht glauben, dass die USA und mit ihnen die NATO und Staatspräsident Selenskyj so hoch und lange pokern würden, bis sie gemeinsam vor einem Scherbenhaufen stehen würden. Ich habe das Ukraine-Desaster seit etwa drei Jahren von den deutschen Medien fast ausschließlich aus ukrainischer Perspektive vermittelt bekommen. So habe ich keine „Erste-Hand-Information“ über die Befindlichkeiten der russisch-sprachigen Bevölkerungsanteile im Osten der Ukraine. Ich kenne auch keine Berichte über den mittlerweile acht Jahre andauernden Separationskrieg im Donbass-Gebiet. War die Kriegführung der ukrainischen Armee gegen die Separatisten/Freiheitskämpfer dort fair oder brutal? Wie haben die zerstörten Städte ausgesehen? Gab es Flüchtlingselend? Die vielen „Spezials“ und „Brennpunkte“ der deutschen Fernsehanstalten über den Krieg in der Ukraine haben auf mich als altem Soldat mehr wie ukrainische Propaganda als wie deutsche Nachrichten gewirkt. Ihr Informationswert war nahezu gleich Null. Ihr antirussischer Motivationswert dagegen hoch. So fällt es mir inzwischen schwer, nicht auch russophob zu urteilen.

Die NATO-Osterweiterung Teil I

Ich gehe sehr lange und ausführlich auf die Bedeutung der NATO-Osterweiterung ein, weil sie den Kern des derzeitigen Ukraine-Desasters bildet. Am Anfang des Problems stand das glückliche Ereignis der deutschen Wiedervereinigung und das zunächst damit verbundene Versprechen des amerikanischen Außenministers Baker, dass die NATO danach nicht nach Osten erweitert werden würde. Zunächst meine Auffassung dazu und dann die ihr widersprechenden Meinungen. Nach monatelangem Verhandeln der Siegermächte und beider deutscher Teilstaaten um den zukünftigen Status Deutschlands wurde dem vereinten Deutschland von Russland der Verbleib

in der NATO zugestanden, was heute unstrittig und vollzogen ist. Und es wurde im Gegenzug den Russen zugesichert, dass die NATO ihrerseits auf ihre Ausdehnung nach Osten verzichtet, was heute strittig ist. Der Wunsch der Ukraine und der USA, die Ukraine in die NATO aufzunehmen und die NATO damit bis an Russlands Grenze vorzuschieben, ist nun zum Kriegsgrund und Kriegs Anlass geworden. Der Ablauf stellt sich mir so dar: Am 31. Januar 1990 hat Außenminister Genscher bei einem Vortrag in der Evangelischen Akademie in Tutzing ausgeführt: „Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt näher an die Grenzen der Sowjetunion heran wird es nicht geben. ... Der Westen muss auch der Einsicht Rechnung tragen, dass der Wandel in Osteuropa und der deutsche Wiedervereinigungsprozess nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen dürfen.“

Am 8. Februar 1990 hat der amerikanische Außenminister Baker gegenüber Generalsekretär Gorbatschow zugesagt, dass „die NATO keinen Inch weiter nach Osten vorrücken“ werde. Auf Gorbatschows Rückfrage hat er das noch einmal bestätigt. Baker hat seine ursprüngliche Aussage einem Journalisten gegenüber später bestätigt, sie inhaltlich aber zurückgenommen. Er erklärte: „Ich hatte das weder mit dem Weißen Haus noch mit dem Nationalen Sicherheitsrat abgestimmt. Zwei Tage nach meinen Äußerungen gegenüber Gorbatschow zur NATO-Erweiterung änderten die USA ihre Position. Die Russen wussten das.“ Bakers Zusage wurde desungeachtet am 17. Mai 1990 durch den deutschen NATO-Generalsekretär Wörner bestätigt, der – obwohl dazu offensichtlich nicht autorisiert – ebenfalls den Verzicht der NATO auf eine Osterweiterung aussprach.

Der britische Außenminister Hurd sagte Gorbatschow am 11. April 1990 bei seinem Staatsbesuch in Moskau zu, dass Großbritannien nichts tun werde, was sowjetische Interessen und die sowjetische Würde beeinträchtige.

Bei einem Besuch Außenminister Genschers bei seinem Amtskollegen Baker gab Genscher einem Journalisten des 1. Deutschen TV-Programms ein Interview. Er sagte, neben Baker stehend, ins Mikrophon: „Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. ... Das bezieht sich nicht nur auf die DDR, sondern das gilt ganz generell.“ (wörtliches Zitat) Das Interview ist heute noch bei Youtube einzusehen. (Internet: „Genscher & Baker keine Osterweiterung der NATO“). Am 6. März 1991 hat der damalige Leiter des Genscher-Ministerbüros

Jürgen Chrobog, gegenüber den politischen Direktoren der Außenämter Englands, Frankreichs und der USA bei Überlegungen zur zukünftigen Sicherheit der osteuropäischen Staaten gesagt: „Wir haben in den 2-plus-4-Verhandlungen deutlich (clear) gemacht, dass wir die NATO nicht über die Elbe hinaus ausdehnen werden. Wir können deshalb Polen und den Anderen keine NATO-Mitgliedschaft anbieten.“

Zusätzlich gab es Erklärungen, deren nachträgliche Wertlosigkeit die heutige russische Führung empört. Am 7. Juni 1990 zum Beispiel übermittelten die im schottischen Turnberry versammelten NATO-Außenminister den zeitgleich in Moskau tagenden Spitzen der Warschauer-Paktstaaten die sogenannte „Botschaft von Turnberry“. In ihr hieß es „Wir reichen der Sowjetunion und allen anderen Staaten Europas die Hand der Freundschaft und Zusammenarbeit. ... Wahre und dauerhafte Sicherheit in Europa wird am besten durch die gegenseitige Anerkennung und das Verständnis der legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten gewährleistet.“ Die Anerkennung und das Verständnis der legitimen Sicherheitsinteressen haben die Russen natürlich auch auf sich bezogen und für bare Münze gehalten.

Noch drei Jahre später, im Frühjahr 1993 bestätigte US-Präsident Clinton in einer Rede, dass der Verzicht auf eine Osterweiterung der NATO auch seiner Ansicht entspricht. Im Herbst 1997 kam dann die Wende dieser US- und NATO-Politik. Die in Tschechien geborene US-Außenministerin Madeleine Albright hat damals angeregt und durchgesetzt, dass Tschechien, Polen und Ungarn 1999 in die NATO aufgenommen wurden. Heute wird die ursprüngliche Erklärung der US-Außenministers Baker gegenüber dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow nicht als bindend anerkannt, weil sie nicht schriftlich und vertraglich fixiert worden ist und weil Gorbatschow im Verlauf der folgenden Verhandlungen nicht auf die Aufnahme dieser Bedingung in die Verträge bestanden hat. „Nicht-Widerspruch“ gilt diplomatisch und staatsrechtlich als schweigende Zustimmung. Unter Historikern und Staatsrechtlern gibt es aber auch davon abweichende Beurteilungen der Bindekraft von mündlichen Absprachen.

Nun komme ich zu den Behauptungen, dass es die Baker-Zusage nie gegeben hat. Herr Teltschik, ein früherer Kanzlerberater bei Bundeskanzler Kohl, behauptet seit geraumer Zeit, dass es eine solche Zusage nie gegeben hat. Er habe Bundeskanzler Kohl bei allen Gesprächen und Verhandlungen begleitet und da sei nie über eine Osterweiterung der NATO gesprochen worden. Teltschik ist in dieser Sache ein untauglicher Zeuge. Er war nur Begleiter von Kanzler Kohl,

und er bezieht sich in seinen Aussagen auch nur auf Kohl-Gespräche. Bei den zur Sache entscheidenden Absprachen und Zusicherungen war er nicht zugegen. Bundeskanzler Kohl hat offensichtlich alle Angelegenheiten zur weiteren NATO-Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland und zur NATO-Präsenz auf dem Gebiet der ehemaligen DDR Außenminister Genscher verhandeln lassen. Außerdem war Teltschik weder bei dem Baker-Gorbatschow-Gespräch noch bei der Wörner-Äußerung anwesend. Er hat bei einem jüngst gegebenen Interview zur eigenen Bestätigung auch noch hinzugefügt, dass bei den Gesprächen zur deutschen Wiedervereinigung gar nicht über eine NATO-Osterweiterung gesprochen worden sein kann, weil ja zu der Zeit niemand wissen konnte, dass sich die Sowjetunion und der Warschauer Pakt eines Tages selbst zerlegen und Raum für eine Osterweiterung der NATO bieten würden.

Diesen beiden Teltschik-Argumenten schließen sich inzwischen auch der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt Ischinger und der ehemalige Bundesfinanzminister Waigel an. Beide waren beim Baker-Gorbatschow-Treffen im Februar 1990 nicht zugegen. Teltschik, Ischinger und Waigel irren alle drei auch mit ihren Aussagen, dass ab Feb. 1990 und erst recht während der 2-plus 4-Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung ab Mai 1990 niemand wissen oder ahnen konnte, dass der Warschauer Pakt und die Sowjetunion auseinander bröckeln würden.

Als US-Außenminister Baker Generalsekretär Gorbatschow am 8. Februar 1990 seine Zusage für die „Nichterweiterung“ gab, rumorte es schon ein und zwei Jahre in den Sowjetrepubliken Lettland und Litauen. In Litauen gab es die Unabhängigkeitsbewegung Sajūdis. Und als am 5. Mai 1990 die erste 2-plus-4-Verhandlungsrunde begann, hatten gerade Litauen (am 11.3.1990) und Lettland (am 4.5.1990) ihre Unabhängigkeit erklärt und Estland folgte nur drei Tage später (am 8.5.1990). Auch im Warschauer Pakt waren die Risse und die wachsende Westorientierung ebenfalls erkennbar. In Ungarn lief der Reformprozess seit 1987, in Rumänien, Polen und der Tschechoslowakei seit 1989. Auch Maggie Thatcher sprach zu der Zeit schon über den „Reformprozess in Osteuropa“. Wenn die drei genannten Herren heute sagen, dass damals niemand hätte sehen oder ahnen können, dass die laufende Entwicklung in Osteuropa in naher Zukunft Raum für eine Neuordnung der Mächte und Bündnisse schaffen würde, schenke ich ihnen keinen Glauben.

Und nun etwas Persönliches. Am 26. September 1989 hatte ich als Kommandeur der Panzertruppende in Münster den amerikanischen Botschafter in Bonn Vernon Walters zu Gast und zu betreuen. Wir haben uns intensiv über die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung und die Einstellung seines Präsidenten George H. W. Bush dazu unterhalten. Der Botschafter hat mir alle Fragen – wie ich hoffe – offen beantwortet und dabei auch die Einstellung seines Präsidenten erläutert. Nach Walters Antwort auf meine letzte Frage kam noch eine Aussage, nach der ich ihn gar nicht gefragt hatte. Er sagte: „Die deutsche Ostgrenze wird immer hinter der polnischen Ostgrenze herwandern.“ Da wurde im Weißen Haus offensichtlich schon längst über die möglichen Entwicklungen in Osteuropa nachgedacht. Um richtig einzuschätzen, wie genau Walters wahrscheinlich die Überlegungen seines „Herren“ kannte, muss man wissen, dass Bush und Walters früher zeitlich überschneidend CIA-Chef und Vize-CIA-Chef waren. Also, ich lasse die Einwände von Teltschik, Ischinger und Waigel nicht gelten. Den Einwand der deutschen und amerikanischen Politik, dass Absprachen nicht bindend sind, wenn sie nicht vertraglich festgeschrieben sind, nehme ich dagegen ernst. So ist die Realität und so ist es meist wohl auch nicht anders handhabbar. Man sollte trotzdem nicht übersehen, dass es auch zwischen Völkern und Regierungen so etwas wie Vertrauen und Vertrauensschutz gibt. Eine mehrfach mündlich abgegebene Zusicherung durch amerikanische, deutsche und NATO-Politiker, dass die NATO nicht nach Osten erweitert wird und dass man keine einseitigen Vorteile aus der deutschen Wiedervereinigung ziehen wolle, haben eine russische Erwartungshaltung erzeugt.

Die Nato-Osterweiterung Teil II

Ein zunächst positiver Wandel in den NATO-russischen Beziehungen zeichnete sich ab, als am 7. Juni 1990 die NATO-Außenminister in Turnberry in Schottland tagten und zeitgleich die Spitzen der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau. Die NATO-Staaten-Außenminister sandten damals die „Botschaft von Turnberry“ nach Moskau, „reichten die Hand zur Verständigung“ und garantierten „die gegenseitige Anerkennung und das gegenseitige Verständnis der legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten“. Das mit den legitimen Sicherheitsinteressen haben die Russen natürlich auch auf sich selbst bezogen und die Ukrainer beziehen es sich heute ebenfalls auf sich. Die „Botschaft von Turnberry“ wird heute als Ende des Kalten Kriegs angesehen.

Es folgte am 27. Mai 1997 in Paris die Gründung des NATO-Russland-Rats. In dessen Gründungsakte stehen neben vielen Schwüren zu Frieden und Gemeinsamkeit wieder Grundsätze, die beide Seiten heute für sich auslegen können. Da werden der Schutz der Minderheiten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker beschworen, worauf sich Russland heute in Bezug auf die Krim, Lugansk und Donezk zur eigenen Rechtfertigung beruft. Da werden auch der Gewaltverzicht und die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Staaten als gemeinsame Ziele angeführt, worauf sich heute die Ukraine und die NATO berufen. Entscheidend für die NATO-Osterweiterung ist das in der Gründungsakte festgeschriebene „natürliche (inherent) Recht der Staaten, den Weg (means) zur eigenen Sicherheit selbst zu wählen.“ Die NATO und die ehemaligen, nicht russischen Warschauer-Pakt-Staaten haben in dieser Formulierung das Zugeständnis des russischen Staatspräsidenten Jelzin zur Osterweiterung der NATO gesehen, obwohl Jelzin in seinem Schlusswort zur Unterzeichnungskonferenz nachgeschoben hat, dass er eine Osterweiterung der NATO ablehnen würde. Am 12. März 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei.

Der NATO-Russland-Rat hat ansonsten nicht zur viel beschworenen Gemeinsamkeit geführt. Von März bis Juni 1999 haben NATO-Truppen gegen Russlands Willen Jugoslawien angegriffen. Damals war die Rollenverteilung allerdings anders als heute in der Ukraine. Die NATO kämpfte für die Minderheitenrechte und die Abspaltung des Kosovo. Heute kämpfen die Russen für die Minderheitenrechte und die Abspaltung von Lugansk und Donezk. Und seit 2016 streiten Russland und die USA um die Stationierung von nuklearfähigen Mittelstreckenraketen in Polen und Rumänien. Auch hier haben sich die Amerikaner durchgesetzt und sich nicht um die Sicherheitsinteressen Russlands geschert. Die Gründungsakte, die dem NATO-Russland-Rat zugrunde liegt, ist also nur noch ein rissiges Sicherheitsnetz. Bei der letzten Konferenz des NATO-Russlands-Rats am 12. Januar 2022 in Brüssel hat die einst beschworene Gemeinsamkeit nur noch dazu ausgereicht, um sich gegenseitig die „unverhandelbaren“ Maximalforderungen vorzutragen.

Es ist nachvollziehbar, dass sich russische Spitzenpolitiker – zuerst Jelzin und dann Putin – hereingelegt und über den Tisch gezogen fühlen. Ganz abgesehen davon hat die ehemalige Sowjetunion ihre Truppen aus Mitteleuropa abgezogen, während die USA ihre Truppen weiter nach Osten vorgeschoben haben. Ganz abgesehen davon hat

Russland die wirtschaftliche und politische Westbindung der europäischen Warschauer Pakt-Mitglieder und seiner ehemaligen baltischen Sowjet-Teilstaaten akzeptiert. Selbst die wirtschaftliche Umorientierung der Ukraine zur EU hat Russland hingenommen. Auch davon abgesehen ist es strategisch klug, zwischen gegensätzlichen Systemen, Staaten und Staatenbündnissen Abstandszonen d.h. neutrale Pufferstaaten zu belassen. Auch noch davon abgesehen hat schon Reichskanzler Bismarck betont, dass man dauerhaften Frieden nur durch Interessenausgleich erreicht und nicht durch die Durchsetzung der eigenen Interessen. Gegen diese vernünftigen Prinzipien haben amerikanische, deutsche und NATO-Politiker noch nach 1997 mehrfach verstoßen, als Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz erstmals klargestellt hat, wo für russische Sicherheitsinteressen eine „Rote Linie überschritten“ wird, nämlich bei einer weiteren Ausdehnung der NATO bis an die Grenze Russlands. Nun hat der „Westen“ versucht, diese Rote Grenze zu überschreiten. Er pocht auf das „Recht auf seiner Seite“, steht zusammen mit den Russen vor einem Scherbenhaufen und zeigt in seiner Selbstgerechtigkeit nicht einmal den Anflug von einem Stückchen Selbstkritik und Eingeständnis einer Mitschuld am Entstehen dieses Krieges.

Man sollte in Deutschland auch nicht vergessen, dass unsere Wiedervereinigung vor 32 Jahren erst durch die Zustimmung Gorbatschows möglich wurde. Und die gab es im Gegenzug zur mündlichen Zusage des amerikanischen Außenministers Baker: „Die NATO wird keinen Inch weiter nach Osten vorrücken“. Der Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung war also ein Teil des Preises für die Wiedervereinigung. Und der Preis ist nie bezahlt worden. Wir sollten auch nicht vergessen, dass der deutsche NATO-Generalsekretär Wörner und der deutsche Außenminister Genscher das in ihren Reden und Interviews bestätigt haben. Wir Deutsche sind, anders als andere NATO-Mitglieder, damit auch die erstrangigen Zeugen dieser frühen amerikanischen Zusage.

Die anfängliche Rolle Putins

Zunächst hat Putin eine Annäherung an den „Westen“ versucht und sich bemüht, die Russische Föderation mit der EU und der NATO zu vernetzen. Er schlug in drei in Deutschland gehaltenen Reden 2001, 2007 und 2010 eine Freihandelszone der EU mit Russland vor und ist damit gescheitert. Und er hat beim Abschiedsbesuch von Bill Clinton in Moskau im Jahr 2000 eine Angliederung Russlands an die NATO ins Gespräch gebracht. Auch wieder ohne positive Resonanz. Das Ende der Annäherungsversuche kam erst nach dem Wandel der

Außenpolitik des „Westens“. 1997, noch unter Clinton, setzte die amerikanische Außenministerin Albright die NATO-Osterweiterung durch. 2007 erklärte Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz eine weitere NATO-Osterweiterung auf das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion als das „Überschreiten einer Roten Linie“.

Die Ukraine versucht, sich dem Westen zuzuwenden

Die Ukraine hatte im November 2011 ein Freihandelsabkommen mit Russland geschlossen und 2012 und 2013 mit der EU über ein Assoziierungsabkommen verhandelt. Sie hatte versucht, sich den einen Markt zu erschließen, ohne den anderen zu verlieren. So hatte die ukrainische Regierung unter Ministerpräsident Asarow versucht, die EU-Annäherung mit der Mitgliedschaft in Russlands Freihandelszone zu verbinden, was die Russen nach anfänglichem Widerstand bereit waren zu verhandeln, was die EU-Kommission aber immer abgelehnt hat. Die EU hat de facto versucht, für den zukünftigen Außenhandel der Ukraine einen „Alleinvertretungsanspruch“ durchzusetzen. Damit war Janukowytschs ursprüngliche Absicht gescheitert, die Ukraine wirtschaftlich und politisch als Brücke zwischen Ost und West zu etablieren.

Als die Verhandlungen mit der EU in ihre „heiße Phase“ traten, befürchtete Ukraines Staatspräsident Janukowytsch realistisch, dass die Wirtschaft der Ukraine bei der Anpassung an die EU deren Konkurrenzdruck wirtschaftlich und technisch nicht gewachsen sein würde, wie zuvor die DDR der BRD. Er forderte eine 160 Milliarden Euro umfassende Anpassungs-Beihilfe von der EU, und die EU lehnte ab.

Ein zweites Hindernis war, dass sich die Ukraine selbst den Westimporten öffnen sollte, ihr selbst aber nur minimale Ausfuhrquoten zugestanden wurden. Die Ukraine bekam bei Verlust des Russland-Marktes für ihre jährlich 30 Millionen Tonnen Export-Weizen nur 200.000 Tonnen Ausfuhrquote in die EU zugestanden. Das waren 0,7 % des Weizens, auf dessen Ausfuhr und die Einnahmen die Ukraine angewiesen war. Bei Fleischwaren waren es 2% und bei Stahlexporten ähnlich wenig. Daraufhin legte Janukowytsch den Assoziierungsvertrag erst einmal für ein Jahr auf Eis. Der Meinungsdruck in der Ukraine für einen wirtschaftlichen Westanschluss und eine spätere EU-Mitgliedschaft war aber inzwischen in der ukrainischen Bevölkerung so stark, dass Janukowytsch diese Entscheidung nicht überstand. Er wurde abgesetzt, und es kam zum sogenannten Maidan-Aufstand.

Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat den Versuch der EU-Kommission, „die Ukraine vor die scheinbare Wahl zu stellen, sich zwischen West und Ost zu entscheiden“ damals scharf verurteilt und als Größenwahnsinnig bezeichnet. Er hat dabei 2014 schon gewarnt, dass solch` Verhalten zu einem Kriege führen kann.

Die wirtschaftliche „Landnahme“ der USA in der Ukraine

Die USA kamen schon 2008 mit Ihrem Vorschlag, die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Es ging und geht dabei offensichtlich um massive wirtschaftliche und militärische Interessen und letztlich um den Hegemonialanspruch der USA in ganz Europa. Die Ukraine hat reichlich Bodenschätze. Sie ist ein beachtlicher Exportmarkt. Sie ist mit ihrer Luft- und Raumfahrtindustrie eine wichtige Ergänzung der gleichen Industrie in Russland, und sie besitzt mit der Krim eine see-strategische Position, aus der heraus das Schwarze Meer beherrscht wird.

Im Windschatten der EU-Verhandlungen griffen amerikanische Firmen und Vertreter von Regierung und Militär eilends zu und nutzten die Schwäche der Ukraine, um dort „Nägel einzuschlagen“. Im November 2013 schlossen der US-Energiekonzern Chevron einen für 50 Jahre geltenden Vertrag über die Erschließung und Förderung von Fracking Erdgas in der nordwestlichen Ukraine. Exxon Mobil verhandelte über Erdgaslagerstätten an der Schwarzmeerküste. Interessant sind auch die geschäftlichen und familiären amerikanischen Verflechtungen mit der Ukraine. Der Sohn des damaligen Vizepräsident Joe Biden, Hunter Biden, und der ehem. Stabschef des damaligen US-Außenministers Kerry Letzer und der ehem. Wahlkampfmanager von Kerry Archer wurden im Mai 2014 Mitglieder im Verwaltungsrat der größten ukrainischen Gasfirma Burisma. Hunter Biden erhielt als Vergütung einen festgelegten Dollarbetrag pro 1.000 Kubikmeter Erdgas, das durch die Rohre von Burisma lief. Das waren einer amerikanischen Zeitung zufolge in besten Zeiten 50.000 Dollar jeden Monat. Hier verbanden sich offensichtlich US-nationale Wirtschaftsinteressen mit den familiären Vermögensinteressen der Familie Biden. Zu ergänzen ist da noch, dass Burisma die Schürfrechte für Erdgas im Nordzipfel des abtrünnigen Donezk besitzt. In der Darstellung des Ukraine-Desasters durch die deutschen Medien fehlen leider die Hintergrundgeräusche. Als im Dezember 2013 die Assoziierungsverhandlungen der Ukraine u.a. am „Alleinvertretungsanspruch“ der EU zunächst gescheitert waren, drohten für die amerikanischen Investoren in der Ukraine unwägbare Risiken. Vier Wochen später – am 1. Februar 2014 – wurde das Thema auf der

Münchener Sicherheitskonferenz in einem Podiumsgespräch zwischen dem damaligen ukrainischen Außenminister Koschera und dem Oppositionspolitiker Klitschko auf den Punkt gebracht.

Koschera beantwortete die Forderung Klitschkos nach einer West-Orientierung der Ukraine mit dem Satz: „Die Ukraine darf nicht vor die Alternative Europa oder Russland gestellt werden.“ Mit einer solchen Regierungseinstellung in Kiew wollten die USA offensichtlich nicht leben. Sie zogen wenig später ihre Fäden für den Staatspräsidentenwechsel von Janukowytsch zu Poroschenko und den Ministerpräsidentenwechsel von Asarow zu Jazenjuk. Auf einem Pressefoto von der Münchener Sicherheitskonferenz sieht man diese Wechsel vier Wochen vorher schon symbolisch dargestellt. Dort stehen US-Außenminister Kerry in der Mitte und Poroschenko und Jazenjuk links und rechts daneben. Außerdem wurde der alte Finanzminister ausgetauscht. Ihm folgte nach einer Spontaneinbürgerung die US-amerikanische Investment-Bänkerin Natalia Jaresko. Auch wenn Beweise in einem strengen Sinne für einen amerikanisch gelenkten „Regime Change“ fehlen, so sei doch noch die Bemerkung der damaligen Stellvertretenden US-Außenministerin Victoria Nuland zitiert, die am 13.12.2013 öffentlich erklärt hat, dass die USA seit 1991 über 5 Milliarden Dollar zur Demokratisierung, für den Wohlstand und die Sicherheit der Ukraine ausgegeben haben. Bei dem Wort „Sicherheit“ kann man noch an Rüstungsgüter und Militärberater denken. Was unter Demokratisierung zu verstehen ist, kann man ahnen, wenn man Nulands diplomatisches Bemühen betrachtet, eine proamerikanische Regierung in Kiew zu arrangieren. 2013 hat sie in einem abgehörten Telefonat mit dem frisch ins Amt gekommenen US-Botschafter in Kiew Geoffrey Pyatt die Eignung von prowestlichen Oppositionspolitikern für eine neue Kabinettsbesetzung in der ukrainischen Regierung besprochen.

Zur amerikanischen Strategie ihrer Ausdehnung von politischer Vorherrschaft und dem Erwerb von überseeischen Bodenschätzen gehört auch die Sicherstellung der Seewege zu deren Lagerstätten. 1887 hat der amerikanische Seekriegstheoretiker, Admiral Alfred Mahan, mit seinem Buch „Der Einfluss der Seemacht auf die Geschichte“ das amerikanische strategische Denken bis zum heutigen Tag geprägt. Er schrieb und lehrte, dass zur Weltmacht die Beherrschung der Weltmeere gehöre. Und die bestünde aus einer allen anderen überlegenen Flotte, aus der Beherrschung der Seewege und aus dem Besitz seestrategischer Positionen, also beherrschender Kriegs- und Handelshäfen am Rand der Meere. Der amerikanische

Sicherheitsberater George Friedman hat im Februar 2015 in einem Vortrag vor dem Chicago Council of Global Affairs an diese Seite amerikanischer Strategie und Tradition erinnert. Er führte dabei aus: „Die USA haben ein fundamentales Interesse. Sie kontrollieren alle Ozeane der Welt. Aus diesem Grund können wir in andere Länder eindringen, aber sie können das nicht bei uns. Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und im Weltall ist die Grundlage unserer Macht.“

Bezogen auf die Ukraine und besonders auf die Halbinsel Krim bedeutet das nach amerikanischem Denken und russischen Befürchtungen, dass eine durch die NATO-Mitgliedschaft für die USA geöffnete Ukraine die Dominanz der USA im Schwarzen Meer begründet hätte. Russland hätte seine seestrategische Position mit dem Verlust seines Kriegshafens auf der Krim an die US Navy abgeben müssen und damit auch die Kontrolle über den Seeweg zum größten Handelshafen Russlands Noworossijsk. Auch der Handelshafen der Ukraine Odessa hätte amerikanischer Kontrolle unterstanden. Wenn Putins Anschuldigung stimmt, haben die USA bereits jetzt bei Otchakiw am Nordzipfel der Schwarzen Meere, 150Km westlich der Krim, ein Schwarzmeerkommando für die US Navy eingerichtet.

Von geringerer Bedeutung und doch erwähnenswert, ist, dass die Amerikaner seit Jahren Militärberater und Söldner der Militärfirmen Greystone und Academy sowie Rüstungsgüter in die Ukraine schicken. Und im Januar 2015 – in der Poroschenko-Zeit – reiste der amerikanische Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, Generalleutnant Ben Hodges, nach Kiew und besuchte die Spitzen der ukrainischen Streitkräfte und ihre Truppen und kündigte dort an, dass die USA nun auch offiziell Militärberater schicken würden. Die USA sind also auch ohne NATO militärisch bereits in der Ukraine präsent.

Die Krim-Abspaltung von der Ukraine

Die Bevölkerung der Krim hatte sich schon 1991 bei der Abspaltung der Ukraine aus der Sowjetunion in einem Referendum mit 93 % für einen Verbleib bei Russland entschieden. Kaum war Janukowytsch abgesetzt und der westlich orientierte Poroschenko im Juni 2014 nachgerückt, forderte der schon nach wenigen Tagen erneut die Assoziierung mit der EU und auch die Aufnahme der Ukraine in die NATO. Nun läuteten im Kreml die Alarmglocken. Putin war klar, dass mit der EU die NATO und mit ihr die Amerikaner irgendwann auf der Krim einziehen und die US-Navy den russischen Kriegshafen Sewastopol übernehmen würden, wenn es soweit käme. Er zog die

Notbremse und annektierte (westliche Lesart) im März 2014 die Halbinsel Krim mit ihrer überwiegend russischen Bevölkerung. Vom Ablauf her war es eine Angliederung nach dem Willen der überwiegenden Mehrheit der dortigen Bevölkerung und hatte seine Vorgeschichte.

Am 23. Februar 2014, dem Tag nach der Absetzung von Janukowytsch, hatte eine Interimsregierung ein neues Sprachengesetz erlassen, das Ukrainisch zur alleinigen Staatssprache erklärte und Russisch in Schulen und Ämtern untersagte. Bislang war die überwiegend russischsprachige Bevölkerung der Krim an den Gebrauch des Russischen als zweite Amtssprache gewöhnt. So folgten zwei Wochen später im Lokalparlament der Krim erstmals die Forderung und ein Votum für den Anschluss der Krim an Russland. Eine weitere Woche später stimmte die Krim-Bevölkerung in einem von der EU und den USA für illegal erklärten Referendum mit 97,5 %. (bei 83 % Wahlbeteiligung) für einen Anschluss an Russland. (Die 97,5% entstammen einer Schweizer Berichterstattung. Deutsche Medien nannten geringere Zahlen bis 93 % herunter.) Das ist die ortsinterne Vorgeschichte der sogenannten „Annexion“ der Krim durch Russland vom 21.März 2014.

Die Übernahme der Krim verletzte zwar das augenblicklich angewandte Völkerrecht, aber sie entsprach einem anderen Prinzip des Völkerrechts, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Außerdem war die Angliederung der Krim in gewisser Weise mit der Abwehr der sowjetischen Militärbesetzung Kubas 1962 durch die USA vergleichbar. Auch die USA hatten keinen „Gegner“ an ihrer Hintertür geduldet. Und wir Deutschen sollten uns daran erinnern, dass auch die Deutschen im Teilstaat DDR vor 32 Jahren ihrer rechtmäßigen Regierung den Rücken zugekehrt und sich in einer nach DDR-Recht unrechtmäßigen Weise ihrem Nachbarstaat BRD angeschlossen haben. Sie haben das – wie die Bevölkerung der Krim – mit einem Parlamentsbeschluss und einer Wahl durchgesetzt. Bald nach der Übernahme der Krim durch Russland wollten sich auch die zwei mehrheitlich russisch bevölkerten Oblaste Lugansk und Donezk von der Ukraine lösen. Sie erklärten ihre Unabhängigkeit, und es kam zu dem nun acht Jahre währenden Bürgerkrieg im Osten der Ukraine.

Des Westens Wortbruch ist der Russen Trauma

Seit der anfänglichen Zusage, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnt, hat Russland seit 1999 tatenlos mit angesehen, wie 13 osteuropäische Staaten in die NATO aufgenommen wurden und wie

gegen russischen Protest amerikanische Raketen in Polen und Rumänien stationiert wurden. Das war für den Westen ein Export von Demokratie und Freiheit und für Russland ein empfundener Wortbruch, der ein Trauma hinterließ. Außer der NATO-Aufnahme Polens, Ungarns und Tschechiens fünf Monate vor Putins erstem Amtsantritt als russischer Ministerpräsident fanden alle anderen Erweiterungen und Stationierungen in Putins Amtszeit statt. Er hat – was die amerikanischen Raketenstationierungen betrifft – wiederholt Einspruch dagegen eingelegt und mehrmals gesagt, wo für Russland eine „Rote Linie“ überschritten wird. Auch später, nach der Krim-Übernahme zuletzt im Dezember 2021, hat Putin US-Präsident Biden zweimal aufgefordert, auf Dauer auf eine Aufnahme der Ukraine - direkt vor Russlands Haustür - zu verzichten. Putin hat damit ausgereizt, was man als Diplomatie bezeichnen kann. Der Westen hat Putin 15 Jahre lang gelehrt, dass legitime russische Sicherheitsinteressen allein mit Diplomatie nicht zu schützen waren. So begann er mit der Krim-Übernahme den ersten Tabubruch nach westlichem Verständnis. Er veränderte eine fremde Staatsgrenze nach dem Willen der betroffenen Bevölkerung.

Abspaltung der Oblaste Donezk und Lugansk

Wenige Wochen nach Abspaltung der Krim rührt sich auch die mehrheitlich russische Bevölkerung in den zwei östlichsten Oblasten der Ukraine. Am 7. und 28. April 2014 erklärten sich zuerst der Oblast Donezk mit 75 % russischsprachiger Bevölkerung, dann der Oblast Lugansk mit 69 % russischsprachiger Bevölkerung zu selbständigen Volksrepubliken. In einem Referendum im Mai 2014 votieren über 90 % der Befragten in beiden Oblasten für ihre Unabhängigkeit von Kiew. Die ukrainische Zentralregierung ordnete daraufhin das Unternehmen „Anti-Terror-Operation“ gegen die „Putschisten“ an und ließ Truppen gegen Donezk und Lugansk marschieren. Seitdem tobt dort ein lokaler Sezessionskrieg mit unklarer russischer Einmischung.

Was zur Beurteilung der Kriegshandlungen der „Anti-Terror-Operation“ fehlt, ist eine Berichterstattung in den westlichen Medien. Nach nicht überprüfbareren Berichten begann die Operation mit einem Einsatz von etwa 100.000 Soldaten der regulären ukrainischen Streitkräfte gegen etwa 30.000 Separatisten. Dabei standen den Regierungstreuen Flugzeuge mit Phosphor- und Streuminenbomben zur Verfügung, die die Separatisten nicht hatte. 80 % der Gefallenen sollen separatistische Kämpfer gewesen sein.

Auslöser war offensichtlich die Politik der Kiewer Regierung der „kulturellen Ukrainisierung“ ihres russischen Bevölkerungsanteils. Ursprünglich gab es ein Sprachengesetz, das Minderheitensprachen dort zur zweiten Amtssprache erklärt hatte, wo mindestens 10 % der Bevölkerung eine Minderheitensprache sprachen. Aber im Februar 2014 erklärte die ukrainische Zentralregierung Ukrainisch mit einem neuen Sprachengesetz zur einzigen Staats- und Amtssprache. Damit verschwand das Russisch in 10 von insgesamt 25 ukrainischen Oblasten aus den Ämtern und den Schulen. Russland unterstützte zwar die russischen Separatisten in den abtrünnigen Oblasten, aber es griff den territorialen Bestand der Ukraine selbst nicht an. Dennoch behauptete der damalige NATO-Generalsekretär Rasmussen schon damals, im September 2014, „Russland greife die Ukraine an“. Russland versuchte vielmehr auf zwei Minsker Konferenzen im September 2014 und im Februar 2015 (zusammen mit Frankreich und Deutschland) eine gedeihliche Regelung für Lugansk und Donezk als halbautonome Oblaste innerhalb der Ukraine zu arrangieren.

Das Minsker Abkommen

Am 12. Februar 2015 kam es auf Vermittlung von Frankreich, Deutschland und der OSZE zum Minsker Abkommen (Minsk II) zwischen der Ukraine und Russland als der Schutzmacht der zwei abtrünnigen Oblaste. Das Abkommen sah eine Waffenruhe, vorgezogene Wahlen und ein Gesetz über einen Sonderstatus für Lugansk und Donezk innerhalb der Ukraine vor. Die Waffenruhe hielt allerdings nicht länger als drei Tage. Die ukrainische Zentralregierung hielt daraufhin weder die Wahlen ab noch erarbeitete sie das Gesetz für den zukünftigen Sonderstatus der zwei strittigen Oblaste. Stattdessen erließ die Kiewer Regierung 2018 ein „Re-Integrationsgesetz“ für die zwei Oblaste, verbot jegliche Verhandlungen mit ihnen und untersagte auch weiterhin den Gebrauch der russischen Muttersprache in den Schulen. De facto hat die ukrainische Regierung das Minsk II-Abkommen damit gebrochen. Der Bürgerkrieg im Osten der Ukraine ging dementsprechend unvermindert weiter. Putin sah sowohl das Leiden der Bevölkerung im Kriegsgebiet und den Unwillen oder die Unfähigkeit der Kiewer Regierung, das Abkommen von Minsk mit der Teilautonomie von Lugansk und Donezk einzulösen, und er beobachtete – das wog wohl erheblich stärker – das stete Drängen aus Kiew, in die NATO aufgenommen zu werden.

Putins Anerkennung der Eigenstaatlichkeit von Lugansk und Donezk

Eine Ukraine als großes NATO-Mitglied und mit ihrer amerikanischen Präsenz direkt an Russlands Grenze war und ist mit Russlands vitalem Sicherheitsinteresse nach Putins Auffassung nicht vereinbar. So ordnete er einen Drohaufmarsch an der Grenze zur Ukraine an und forderte US-Präsident Biden im Dezember 2021 und Februar 2022 zweimal auf, dauerhaft auf die Aufnahme der Ukraine in die NATO zu verzichten. Beiden hat das abgelehnt. Stattdessen hat die NATO nach einem Bericht von Anti-Spiegel am 21. Januar 2022 die ukrainische Regierung eingeladen, an der Erarbeitung des neuen Strategiepapiers „NATO-Agenda 2030“ mitzuwirken. Das war – wenn die Nachricht so stimmt – eine überdeutliche Ankündigung an Putin, dass die NATO-Osterweiterung um die Ukraine in naher Zukunft vorgesehen ist.

Dass die Nachricht mit der NATO-Agenda 2030 so stimmt, ist indes nicht unwahrscheinlich, nachdem der amerikanische und der ukrainische Außenminister kurz zuvor, am 10. November 2021, bereits eine Vereinbarung über eine strategische Zusammenarbeit ihrer beiden Staaten besiegelt hatten. Hinzu kommt, dass der ukrainische Präsident Selenskyj leichtsinniger Weise am 19. Februar 2022 in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz gesagt hat, dass er erwägt, die Ukraine wieder zum Atomwaffen-Staat zu machen. Das war für die Russen nicht nur „Öl ins Feuer“ der schon überhitzten Lage, es war „Dynamit mit Zündschnur“. Das würde Putins weitere Handlungen erklären. Er hat daraufhin am 21. Februar 2022 zum zweiten Mal die Notbremse gezogen. Putin hat die Eigenstaatlichkeit der abgespaltenen Oblaste, sieben Jahre nach deren eigener Unabhängigkeitserklärung anerkannt.

Putin hatte mit dieser Anerkennung das getan, was sich 13 Jahre vorher im Kosovo ereignet hat. Dort hatten die westlichen Staaten auch nach jahrelangem Bürger- bzw. Sezessionskrieg und ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats die neuen Grenzen und die selbst erklärte Unabhängigkeit eines serbischen Teilstaats anerkannt und damit den territorialen Bestand Serbiens verändert. Und der Internationale UN-Gerichtshof hatte im Fall der Kosovo-Unabhängigkeit am 22. Juli 2010 ausgeführt: „Das allgemeine Völkerrecht enthält kein irgendwie festgelegtes Verbot einer Unabhängigkeitserklärung.“

„Putins Krieg“

Man darf diese Floskel nicht als Zuweisung einer Alleinschuld am Ukraine-Krieg betrachten. Die Schuldfrage ist ein ganz anderes Thema. Nach der Anerkennung der Selbständigkeit der zwei „Volksrepubliken“ auf bisher ukrainischem Territorium und der Ablehnung derselben durch die Ukraine, die NATO, die EU-Staaten und insbesondere die USA blieben Putin drei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit wäre Nichtstun und Abwarten gewesen. Damit hätte er kein Problem gelöst. Er hätte den Sezessionskrieg nur verlängert und sein Schutzversprechen an die russische Bevölkerung im Donbass-Gebiet nicht eingelöst. Die zweite Möglichkeit wäre eine russische Besetzung der zwei abtrünnigen Oblaste gewesen. Damit hätte er zwar nur ein Buschfeuer am Rand der Ukraine gelöscht, aber damit den Waldbrand in der ganzen Ukraine verursacht. Eine Kriegseröffnung nur gegen einen Teil der Ukraine wäre außerdem sofort als Kriegseröffnung gegen den Gesamtstaat Ukraine ausgelegt worden und hätte absehbar einen späteren Krieg gegen eine „Koalition der Willigen“ nach sich gezogen. Dass ihm die Zusicherung Bidens, Amerika werde nicht in einen Ukraine-Krieg eingreifen, dabei ohne Wert war, darf man Putin nach etlichen vorherigen amerikanischen Wortbrüchen nicht verdenken. Ein ungewisser Ausgang eines Krieges gegen eine US-geführte „Koalition der Willigen“ hätte auch die Gefahr einer anschließenden NATO-Aufnahme der Ukraine nicht beendet. Die dritte Möglichkeit war, was er getan hat. Mit einem Angriff gegen die Ukraine und einer kurzzeitigen Besetzung Kiews dauerhaft dafür zu sorgen, dass die Ukraine nicht NATO-Mitglied wird und auch in Zukunft keine Amerikaner direkt an Russlands Grenze stationiert werden. Eine vierte Möglichkeit war vorher schon vertan. Putin hatte 22 Jahre lang vergeblich in Vorträgen, Verhandlungen, Forderungen, Nennung einer „Roten Linie“ und zuletzt kurz vor und nach dem Jahreswechsel 2021-2022 in zwei Telefongesprächen mit US-Präsident Biden versucht, amerikanische Streitkräfte direkt an Russlands Grenze zu verhindern.

Ein Stellvertreterkrieg

Im Ukraine-Krieg handelt es sich im Kern um eine Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland. Mit etwas weiterem Blickwinkel betrachtet, geht es dabei um die Weichenstellung zu einer bipolaren „Friedensordnung“ in Europa mit einem Russland auf gleicher Augenhöhe mit den USA oder zu einer monopolaren Ordnung mit Amerika im Sattel und Russland als Pferdeknecht daneben. US-Präsident hatte ja schon unverblümt geäußert, dass er Russland nur

noch für eine Regionalmacht hält und Putin damit für den Streit in der Ukraine „vorgeglüht“. Obama hat so den Anspruch der USA gegenüber allen anderen Staaten in Europa ausgedrückt. Rein äußerlich spielt sich dieser Streit um Vorherrschaft in Europa jetzt in der Ukraine ab. Das zeigt sich im Streben der USA, ihre Einflusszone und Militärmacht mit Hilfe der NATO ein weiteres Stück in Richtung Russland vorzuschieben und es wird überdies im raschen wirtschaftlichen Zugriff auf die Bodenschätze der Ukraine sichtbar. Es waren die USA, die obwohl regional am weitesten von Europa entfernt, als Erste den Anschluss der Ukraine – und Georgiens – an die NATO forderten, Militärberater in die Ukraine entsandten, Waffen dorthin lieferten und zusammen mit den Niederländern sobald wie möglich nach den dortigen Erdöl- und Erdgas-Lagerstätten griffen. Die Ukraine ist in diesem Konkurrenzkampf um politischen Einfluss, wirtschaftliche Ausbeute und militärische Positionierung hier nur der Spielball zwischen den zwei großen Konkurrenten. Die Konkurrenz der beiden großen Mächte zeigt sich auch in der Unnachgiebigkeit beider Parteien, wenn es um die zukünftige Rolle der Ukraine geht.

Die USA und die NATO-Länder begreifen sich nicht als Bedrohung Russlands, aber sie sind objektiv betrachtet dennoch eine Bedrohung für jeden autoritär geführten Staat oder Staat mit inneren Problemen. So haben die Amerikaner und in ihrem Gefolge Briten, Franzosen, Italiener und andere in den vergangenen Jahrzehnten „Regime Change Wars“ mit und ohne UN-Mandat gegen Grenada, Serbien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien geführt und sich in die Bürgerkriege und Unruhen fremder Staaten eingemischt, ohne selbst bedroht gewesen zu sein. Der ehemalige amerikanische General und ehemalige Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) Wesley Clark hat am 9.3.2007 in einem Interview offenbart, dass er bereits im September 2001 im Pentagon erfahren hat, dass dort entschieden worden ist, dass in den nächsten 5 Jahren in 7 Staaten Systemwechselkriege geführt werden sollten. Er nannte dazu den Irak, Syrien, Libyen, den Libanon, Iran, Somalia und den Sudan. Wie wir heute wissen, ist diese Liste beinahe komplett abgearbeitet. Man kann das als einen „Master Plan“ bezeichnen. Es ist jedenfalls die Manifestierung der amerikanischen Absicht, den eigenen Herrschaftsanspruch durch Kriege zu erweitern. Alle diese Kriege wurden durch innere Unruhen vorbereitet, die sich in allen genannten Staaten über die dortigen ethnischen oder religiösen oder sozialen Differenzen und Oppositionsgruppen ohne weiteres schnell von außen her entfachen ließen. Alle diese Kriege, die Demokratie

und Menschenrechte exportieren sollten, haben Chaos, Flüchtlingsströme, Tote, ruinierte Familien und zerstörte Städte und Dörfer hinterlassen. So befürchtet man außerhalb des Kreises der USA-Verbündeten, dass die USA bei günstiger Gelegenheit nach eigenen Interessen und Maßstäben kriegerisch in fremden Staaten und dortige „Regierungswechsel“ eingreifen. Putin hat diese Machtverschiebungen natürlich registriert. Er hat gesehen, dass die Ukraine nach dem Regierungs-Machtwechsel von 2014 im Begriff war, ganz in die amerikanische wirtschaftliche Einflusszone zu geraten und dass Russland bei weiterer Entwicklung auch amerikanische Truppen, Mittelstreckenraketen und Flottenstützpunkte an seiner Haustürschwelle haben würde. So ist der jetzige Ukraine-Krieg eine russisch-amerikanische Auseinandersetzung, auch wenn die USA noch nicht am Waffen-Krieg beteiligt sind. Die EU ist dabei – offensichtlich ohne vordergründige Absicht – der Gleisarbeiter, der die Strecke baut, über die der Zug der NATO anschließend nach Osten fährt, mit den USA vorn auf der Lokomotive.

Die Brutalität von Kriegen

Militärisch ausgetragene Kriege sind immer brutal. Mit der Haager Landkriegsordnung und den Genfer Konventionen hat man versucht, die Kriegsgräueltaten einzudämmen. Zu den Schutzgebieten beider Regelwerke gehören der Schutz der unbewaffneten Zivilbevölkerung und der Schutz unverteidigter Städte und Dörfer vor Beschießung und Bombardierung. Selbst Zivilisten, die sich bewaffnen und einem Angreifer entgegenstellen, solange das eigene Militär noch nicht aufmarschiert ist, genießen die Schutzrechte, die sonst nur Soldaten zukommen. Das war in diesem Ukraine-Krieg nach 8 Jahren Krieg im Donbass jedoch nicht mehr der Fall.

Wer als Staatsoberhaupt seine zivile Bevölkerung dazu aufruft, Molotow-Cocktails herzustellen und sich Gewehre zu besorgen, nimmt billigend in Kauf, dass die Schutzregeln für die Bevölkerung nicht mehr gelten. Wer seinem Militär befiehlt, die Städte zu befestigen und zu verteidigen, nimmt wohl kalkuliert in Kauf, dass um die Städte gekämpft wird und dass sie beschossen und bombardiert werden. Wer mit offensichtlichem Stolz vor Fernsehkameras zeigt, wie junge Freiwillige in einem Schulgebäude militärisch ausgebildet werden, darf nicht medienwirksam im Fernsehen über die Brutalität des Gegners klagen, wenn der auf solche Gebäude schießen lässt. Die Alternative ist, Städte zur „offenen Stadt“ zu erklären und sie von Bomben und Granaten zu verschonen und den Krieg in „Feldschlachten“ auszutragen.

Wer einen Krieg vor seiner Niederlage beendet haben will, muss noch verhandeln können. Und Verhandlungen kann man nur ohne Vorbedingungen eröffnen. Je länger sich ein Krieg hinzieht, desto härter werden nach der Erfahrung die Bedingungen, welche die bis dahin überlegene Kriegspartei stellt.

Ist Putin ein Kriegsverbrecher?

Herr Putin hat derzeit den Zorn und Spott der Welt auf sich gezogen. Politiker und Journalisten überbieten sich mit Beschimpfungen, die alle Schuldzuweisungen enthalten oder seine Zurechnungsfähigkeit bezweifeln. Putin ist weder gewissenlos noch größenwahnsinnig und weder irrsinnig noch leidet er an einer Großmacht-Obsession. Selbst Herr Gysi hat ihm einen verbrecherischen Angriffskrieg vorgeworfen, was ihn auch zum „Verbrecher“ macht. Staatspräsident Putin könnte man gerechter Weise nur als Verbrecher bezeichnen, wenn die vielen westlichen Spitzenpolitiker auch als Verbrecher und Massenmörder bezeichnet würden, die in den vergangenen 30 Jahren vermeidbare Kriege eröffnet haben. Der Unterschied zwischen jenen und Putin liegt in der Wahrnehmung, die uns seinerzeit durch Politikerreden und Medienberichte vermittelt worden ist. Es waren Polizeiaktionen oder humanitäre Einsätze. Es hieß, es ginge um den Sturz von Unrechtsregimen, um die Rettung von Regionen vor dortigen Massenvernichtungswaffen, um den Schutz von Minderheiten, um die Wahrung von Menschenrechten oder um das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die schillernden Etiketten „Für Demokratie und Menschenrechte“ haben uns dabei oft zusätzlich die Sicht verstellt.

Putin wird nun das ganze Elend angelastet, das er mit der Kriegseröffnung ausgelöst hat. Dabei werden seine 22 Jahre andauernden vergeblichen Bemühungen verschwiegen, erst um Annäherung an den Westen, dann seine Bitten, dann seine Forderungen, die NATO-Osterweiterung nicht auf die Spitze zu treiben, dann seine „Roten Linien“. Doch das „Narrativ“ der Politiker und der Medien beginnt erst mit der Krim und mit dem Drohaufmarsch. Da die EU, die NATO und die USA Putin offensichtlich vorher nicht ernstgenommen und das russische Sicherheitsbedürfnis schlicht in Abrede gestellt haben, und da Selenskyj, die NATO-Führung und die Amerikaner zum Schluss zu hoch gepokert haben, blieb Putin nur die Wahl zwischen russischer Selbstbehauptung oder Unterwerfung unter den Hegemonialanspruch der Amerikaner. Es war in Wirklichkeit die Wahl zwischen Unterwerfung oder Krieg, die Wahl zwischen Pest und Cholera. Er hat die Wahl dann unglücklich getroffen.

Im Übrigen bleibt festzuhalten, dass zu den Verursachern des Ukraine-Krieges auch die gehören, die das „Nicht-NATO-Osterweiterungs-Versprechen“ nicht gehalten haben und die das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Volksgruppen der Auslandsrussen auf der Krim und im Osten der Ukraine nicht beachtet haben. Dazu gehören auch die ukrainische Regierung, die den mit Minsk II vereinbarten Sonderstatus für Donezk und Lugansk verweigert hat, und alle, die zum Schluss hoch gepokert und abgewartet haben, wie Putin in seiner Klemme reagieren wird.

Die Antwort

Jeder Krieg ist ein Verbrechen an seinen Opfern. Wer nach den schuldigen Tätern und Kriegsverbrechern sucht, darf den Strippenzieher im Hintergrund nicht übersehen. Eine Alleinschuld trägt nicht etwa der, der erst gebeten, dann gefordert, dann gedroht und zuletzt mit Gewalt durchgesetzt hat, dass man sein legitimes Sicherheitsinteresse respektiert. Schuldig und letztlich Kriegsverbrecher sind auch die Akteure (innen), die von Freiheit der Bündniswahl und Menschenrechten geredet, aber Erdgas, Militärstützpunkte und Marktanteile gemeint haben.

*) Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof

Gerd Schultze-Rhonhof wurde am 26. Mai 1939 in Weimar geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums und Abitur in Bonn trat er 1959 in die Streitkräfte ein und wurde zum Panzeroffizier ausgebildet. 1964 und 1965 unternahm er eine halbjährige Studienreise durch Namibia und Südafrika. Nach dreijähriger Verwendung als Chef einer Panzerkompanie absolvierte er die Generalstabsausbildung. Dem folgten Einsätze als Generalstabsoffizier im NATO-Hauptquartier der Armeegruppe NORTHAG, in der Truppe, im Verteidigungsministerium und eine Verwendung als Kommandeur eines Panzerbataillons. Danach bildete Schultze-Rhonhof selbst vier Jahre lang angehende Generalstabsoffiziere an der Führungsakademie der Bundeswehr aus, ehe er nacheinander Kommandeur einer Panzergrenadierbrigade, der Panzertruppschule, der 3. und der 1. Panzerdivision und des Wehrbereichs Niedersachsen/Bremen wurde. Als letzte Dienstaufgaben leitete Generalmajor Schultze-Rhonhof die erste „Partnership for Peace“-Übung der NATO in Ungarn und nahm als Beobachter an einem ägyptisch-amerikanischen Manöver in der Libyschen Wüste teil.

Schultze-Rhonhof schied 1996 auf eigenen Antrag aus der Bundeswehr aus, weil er die Mitverantwortung für die Folgen einer unangemessenen Verkürzung der Wehrdienstdauer auf 10 Monate nicht mittragen wollte. Seitdem hat er 1997 das Buch „Wozu noch tapfer sein?“, 2003 das Buch „1939, Der Krieg, der viele Väter hatte“ und 2008 das Buch „Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939“ und weitere Buch- und Zeitungsbeiträge geschrieben. Als letztes hat er 2013 das amerikanische Buch des Autors J.V. Denson „A Century of War“ ins Deutsche übersetzt und unter dem Titel „Sie sagten Frieden und meinten Krieg“ herausgegeben.

Er hat außerdem zahlreiche Vortragsreisen in Deutschland, Österreich, der Schweiz, der Türkei, Italien und Peru unternommen. 1996 wurde Schultze-Rhonhof mit dem Freiheitspreis der Stiftung „Demokratie und Marktwirtschaft“-München und dem Couragepreis des „Verbandes der privaten Wohnungswirtschaft“-Hannover, 2012 mit dem Kulturpreis der Landsmannschaft für freie Publizistik ausgezeichnet. Gerd Schultze-Rhonhof ist verheiratet, hat drei verheiratete Töchter und neun Enkelinnen und Enkel, und er lebt in Haldensleben bei Magdeburg.

Lothar Wellschmied, Gedanken zu den beiden Briefen der ehemaligen NVA-Generale

Für mich war es unvorstellbar, dass jemals wieder deutsche Panzer und anderes Kriegsgerät auf russische Soldaten schießen, auf unsere Waffenbrüder. Leider ist es nunmehr soweit gekommen. Wenn der Herr Bundeskanzler bei der Begründung neuer Rüstungsausgaben von einer Zeitenwende spricht, dann ist für mich der Einsatz deutscher Waffen gegen Russland die eigentliche Zeitenwende.

Angesichts der Opfer des Krieges ist es nie zu spät, für eine friedliche Lösung des Konfliktes seine Stimme zu erheben. Daher stehe ich voll und ganz hinter den Aussagen der beiden ehemaligen NVA-Generale.

Ich frage mich immer wieder, wo waren die Stimmen jener Politiker, die jetzt Forderungen nach immer mehr und stärkeren Waffen für den Einsatz gegen Russland befeuern, als es darauf ankam die ständigen Provokationen gegen Russland zu entlarven und zu verurteilen?

Mit der Amtsübernahme leisteten der Bundeskanzler und seine Kabinettsmitglieder den Eid, mit ihrem Handeln Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, was meines Erachtens unmöglich ist, wenn man sich Russland zum Feind macht. Ich fordere daher eine Umkehr von einer Politik der Feindschaft zu einer Politik der Freundschaft mit unseren Befreiern von den Nazibarbaren. Die Erdöl- und Erdgaspipeline sollen das bleiben oder wieder werden was sie mal waren, Trassen der Freundschaft!

Ich protestiere gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine und fordere Herrn Bundeskanzler auf nach den klugen Worten von Helmut Schmidt zu handeln: „Lieber 100 Stunden umsonst verhandeln als 1 Minute zu schießen“.

Dr. Lothar Wellschmied, Generalmajor a.D.

Joachim Wernicke, Brief an Herrn Ministerpräsident Bodo Ramelow, Ist Deutschland Kriegspartei?

Sehr geehrter Herr Ramelow,

mit Erschütterung habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Bundesregierung erneut US-Druck nachgegeben hat, diesmal betr. die Lieferung von Leopard-Kampfpanzern, damit m.E. den Stellvertreterkrieg USA-Russland in der Ukraine eskalierend, auf Hauptrisiko Deutschlands.

Wie sicherlich bekannt, hatte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages im März 2022 festgestellt, dass Waffenlieferungen in Verbindung mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten am Gerät einen neutralen Staat zur Kriegspartei machen würde.

Dass solche Lieferung und Ausbildung durch die Bundeswehr und sogar auf deutschem Boden in der Tat stattfindet und dass nun auch schwere Kampfpanzer deutscher Produktion auf den Kriegsschauplatz geliefert werden, dürfte also zu dem eindeutigen Schluss führen, Deutschland sei Kriegspartei gegen Russland, und zwar als Angreifer, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen, und es gibt keinerlei Bündnisverpflichtungen gegenüber der Ukraine, weder über NATO noch EU.

Hat Russland also damit ein Selbstverteidigungsrecht gegen Deutschland erhalten? Könnte die Positionierung Ihres Landes im Bundesrat dabei mithelfen, die Eskalation in eine Katastrophe aufzuhalten?

Sie berichteten, Sie seien in der Ostermarschbewegung in Hessen groß geworden. Spielte da nicht die Thematik von US-Atomeinsätzen gegen Ziele in Osthessen eine zentrale Rolle - „Fulda Gap“?

Damit Sie mich etwas einordnen können (geb. 1940, West-Berliner Vita, Physiker, Berufsweg in der westdeutschen Militärindustrie), anbei sozusagen als „Visitenkarte“ zwei aktuelle einschlägige Schriften aus meiner Feder. „Ein Traum ...“ befasst sich u.a. mit der Zulässigkeit von Waffentransporten durch die Ex-DDR in die Ukraine, gemäß Zwei-plus-Vier-Vertrag. „Kriegsvermeidung ...“ betrifft die Vorgesichte der heutigen Situation.

Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke, 25. Januar 2023

Joachim Wernicke, Brief an Herrn Dietmar Bartsch, Ist Deutschland Kriegspartei?

Sehr geehrter Herr Bartsch,

mit Erschütterung habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Bundesregierung erneut US-Druck nachgegeben hat, diesmal betr. die Lieferung von Leopard-Kampfpanzern, damit m.E. den Stellvertreterkrieg USA-Russland in der Ukraine eskalierend, auf Hauptrisiko Deutschlands.

Wie bekannt, hatte der Wissenschaftliche Dienst Ihres Hauses im März 2022 festgestellt, dass Waffenlieferungen in Verbindung mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten am Gerät einen neutralen Staat zur Kriegspartei machen würde. Dass solche Lieferung und Ausbildung durch die Bundeswehr sogar auf deutschem Boden in der Tat stattfindet und dass nun auch schwere Kampfpanzer deutscher Produktion auf den Kriegsschauplatz geliefert werden, dürfte also zu dem eindeutigen Schluss führen, Deutschland sei Kriegspartei gegen Russland, und zwar als Angreifer, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen, und es gibt keinerlei deutsche Bündnisverpflichtungen gegenüber der Ukraine, weder über NATO noch EU.

Hat Russland also damit ein Selbstverteidigungsrecht gegen Deutschland erhalten? Wie ebenfalls bekannt, erklärte der neu ins Amt gekommene Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius am 19.01.2023: „Deutschland ist nicht Kriegspartei“, im Widerspruch zu der Feststellung aus Ihrem Hause.

Ist also der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages fachlich inkompetent – oder befindet sich der Minister im Irrtum?

Wäre es nicht Aufgabe des Parlaments als Kontrolleur der Exekutive, diese Frage verbindlich aufzuklären und ggf. die Regierung zur Richtigstellung zu veranlassen? **Das Ergebnis würde vermutlich nicht nur mich interessieren.**

Anbei sozusagen als „Visitenkarte“ zwei aktuelle einschlägige Schriften aus meiner Feder („Kriegsvermeidung ...“, „Ein Traum ...“), damit Sie mich etwas einordnen können – geb. 1940, West-Berliner Vita, Physiker, Berufsweg in der westdeutschen Militärindustrie.

Ihre in den Medien berichtete Ablehnung der Leopard-Freigabe gibt Hoffnung, ebenso der Artikel Ihrer Fraktionskollegin S. Dagdelen „Ins Feuer geschickt“ in der Berliner Zeitung am 18.01.2023.

Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke

Manfred Wild, Beifall für Rommy Arndt, MDR

Es ist wohltuend und hoffnungsvoll zugleich, dass sich eine Stimme in einem öffentlich-rechtlichen Medium fernab vom kriegsgeilen Journalismus des „Spiegels“, der „Bild“, von „t-online“ und anderen gleichgeschalteten Medien hören und lesen lässt.

„Nein“ zu sagen gegen die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine zum Vormarsch gegen Russland ist allein schon ein Wagnis mit persönlichem Risiko, dafür von medialen Russenhassern und grün getarnten Kriegsfans gelyncht zu werden.

Der Mut von Frau Arndt, der Bundesregierung öffentlich dritte Welt-Kriegslust vorzuwerfen und zugleich ihrem eigenen Volk sozialen und wirtschaftlichen Daseins-Schaden zuzufügen, findet meine Hochachtung und meinen Beifall.

Ich gehöre zu der am Aussterben befindlichen Generation, die den II. Weltkrieg noch miterlebt hat, zwar „nur“ als Kind, aber mit schrecklichen Erinnerungen. Und ich gehöre aber auch zu der Generation, die einen deutschen Staat aufgebaut hatte, der konsequent Friedenspolitik betrieb. Es entsetzt mich, dass sich Generationen nach mir wieder für einen Krieg gegen Russland begeistern und Kräfte unterstützen, die diesen Krieg befeuern.

Jedwede Kriege zu verurteilen und ihre Rechtfertigung zu bestreiten, halte ich für menschlich uneingeschränkt legitim, weil Konflikte zwischen Menschen, Nationen, Völkern und Staaten grundsätzlich durch friedliche Kompromisse lösbar wären. Über verursachende Auslöser von Kriegen nachzudenken, halte ich aber für wichtig, weil dadurch erkennbar wird, wer friedliche Kompromisse ablehnt oder eingegangene hintergeht.

Im konkreten Fall des inneren Ukraine-Konfliktes von 2014-2022 gab es mit dem Minsker Abkommen I. und II. von 2014 und 2015 einen völkerrechtlich anerkannten Kompromiss.

Seine Realisierung hätte die jetzige Tragödie verhindert. Es wurde von der ukrainischen Regierung unter Poroschenkow und Selenskyi nicht nur nicht eingehalten, sondern durch die Fortsetzung des Bürgerkrieges gegen die Donbass-Republiken brüskiert. Dass die Minsker Abkommen von der Ukraine und den Garantie-Staaten Frankreich und BRD nur als Zeitpolster für eine Hochrüstung der Ukraine durch die NATO missbraucht wurden, hat Ex-Kanzlerin Merkel ja nun ausgeplaudert.

Schon durch die bisherigen Waffenlieferungen der USA und von NATO-Ländern an die Ukraine und die Ausbildung der ukrainischen Armee außerhalb und im Land an den NATO-Waffen ist das Töten und Zerstören dort schon längst kein Krieg mehr zwischen der Ukraine und Russland. Alle an die Ukraine materiell und geistig liefernden NATO-Länder sind bereits Kriegspartei gegen Russland, wenn offiziell auch noch keine NATO-Truppen im direkten Einsatz sind.

Aufmarschbereit aber stehen sie schon „Gewehr bei Fuß“ und Strategie und Taktik der ukrainischen Armee werden ohnehin bereits seit 2014 von der NATO-Führung vorgegeben.

Wenn in dieser hochexplosiven Konfrontation zwischen der NATO und Russland der militärpolitisch hochgestapelte deutsche Kampfpanzer „Leopard“ zum Einsatz in der Ukraine kommt, gleich ob aus Deutschland oder anderen NATO-Ländern geliefert, haben wir den dritten Weltkrieg pur. Und dann nicht mehr nur in der Ukraine, und auch nicht mehr nur mit Panzern!!

Ich hoffe sehr, dass sich Frau Arndt von den schon erkennbaren Anfeindungen aus dem journalistischen Kriegslager nicht beeindrucken lässt und ihre Stimme der Vernunft weiterhin konsequent hören und lesen lässt. Sie kann sich der Solidarität einer Mehrheit beängstigter und sich nach Frieden sehrender Menschen sicher sein, vorausgesetzt, ihr wird der Hals nicht durch Existenzbedrohung gewendet und sie gibt ihren Verstand nicht, wie einige politisch Verantwortliche, in der Kleiderkammer des Pentagon im Tausch mit einer NATO-Uniform ab.

Manfred Wild, OSL a.D., Berlin, ISOR, Jahrgang 1935

Stefan ..., Zuspruch zum Protest

Mit Interesse habe ich den Protest bezüglich der Panzerlieferungen auf der NVA-Seite gelesen.

Natürlich kann ich dem voll und ganz zustimmen.

Durch den Abzug der sowjetischen Truppen haben die Russen den Status quo ante weitestgehend wiederhergestellt und wollten uns Deutsche in die Unabhängigkeit entlassen. Die Russen haben uns nie gehasst und hätten uns souverän in Frieden mit gegenseitigem Wohlwollen ziehen lassen. Genau das hatten die USA niemals vor! Wir sind uns ja einig, wozu die NATO gut war und gut ist.

Das Vorbild guter Beziehungen zur Sowjetunion war der Vertrag von Rapallo, der im Westen immer Angstzustände ausgelöst hat. Man kann darüber streiten, ob es von Walther Rathenau klug war, zu sagen, dass die Geschichte ihren Sinn verloren hätte, wenn der Kaiser als Sieger durch das Brandenburger Tor geritten wäre. Das hat ihm den Hass der Rechten zugetragen. Aber unstrittig ist, dass er im Ersten Weltkrieg deutsche Interessen vertreten hat und dass er dies mit dem Abschluss des Rapallo-Vertrags auch getan hat. So einen Mann bräuchten wir heute! Oder denken wir an Ernst Niekisch, der dem Westen immer skeptisch gegenüberstand. Von dort geht es in einer Linie bis zu Brandt, Schmidt und Kohl, die zwar im teilsouveränen Westdeutschland niemals die Westbindung in Frage stellten, aber immerhin immer mit Moskau in Verbindung blieben und das Gespräch suchten.

Ich denke, dass eine Zusammenarbeit mit Frankreich und Italien nicht in dem Sinn etwas mit einer Westbindung zu tun hat. Zumindest aus heutiger Sicht. Das Problem sind die Angloamerikaner und dass wir diese Leute niemals mehr losgeworden sind!

Mit Interesse habe ich ebenfalls die Ausführungen Ihres Kollegen Manfred Grätz gelesen, der mir aus der Seele gesprochen hat! Genauso ist es, es müssen über ideologische Grenzen hinweg neue Formen der Zusammenarbeit gefunden werden.

Stefan (Nachname wird nicht veröffentlicht)

Gemeinsam für den Frieden - Ein Aufruf zur Vernunft, 22 6 2021

Angesichts der militärischen und politischen Situation der Welt von heute wird der Kampf um den Frieden immer mehr zum zentralen Anliegen aller vernünftigen Menschen.

Als ehemalige oder heute noch aktive Militärs in Ost und West haben wir diesbezüglich eine besondere Verantwortung, weil wir die Folgen von Kriegen kennen.

Frieden ist heute nur erreichbar, wenn wir zurückkehren zu den Prinzipien, auf denen 1945 nach zwei Weltkriegen auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen die Nachkriegsordnung aufgebaut wurde

- Achtung der souveränen Gleichheit aller Staaten, gleich ob groß oder klein
- Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt.

Zu diesen Prinzipien müssen wir zurückkehren, vor allem angesichts des Vernichtungspotentials von Atomwaffen und Massenvernichtungsmitteln sowie der Ausdehnung des militärischen und wissenschaftlichen Wettrüstens auf immer neue Gebiete, bis hin zum Kosmos.

Deshalb rufen wir auf zur Besinnung auf eine Politik des gegenseitigen Respekts und der Zusammenarbeit, vor allem der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO, denen als Atommächte eine besondere Rolle zukommt.

Unser Land, eine der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt, trägt wegen seiner Geschichte dabei eine besondere Verantwortung.

Soldaten der höheren Führungsebene erkennen auch bei uns ihre Verantwortung, die Politiker zu einer Politik der Friedenserhaltung und Zusammenarbeit aufzurufen.

Wer heute über Mittel verfügt, die über Leben oder Tod entscheiden, kann sich nicht mehr als bloßer Befehlsempfänger der Politik sehen. Wer diese Verantwortung auf seinen Schultern trägt, hat nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht, eine Politik einzufordern, die das gemeinsame Überleben aller sichert.

Die Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Wahrnehmung unserer Verantwortung für die Zukunft sollten uns über alle sonstigen Unterschiede hinweg einen. Diese Erde gehört nicht nur uns, sie gehört auch den Generationen, die noch ins Leben treten werden.

Alle, die die Sorge um die Erhaltung des Friedens und des Überlebens mit uns teilen, sind willkommen, unabhängig von ihrer Nationalität, Profession, ihrem Alter, Geschlecht und Glaubensbekenntnis. Wir fordern von unseren Regierungen, Konflikte mit friedlichen Mitteln unter Beachtung der Interessen der Mehrheit der Menschen zu lösen.

Unsere Regierungen sollen eine Politik der Zusammenarbeit führen und gegen andere Länder keine Politik betreiben, die sie zwingen könnte, ihre Interessen mit militärischen Mitteln zu schützen.

Als Militärs fordern wir, den über Jahrzehnte erfolgreichen Prozess der Rüstungskontrolle auf allen Ebenen fortzusetzen. Er ist seit über einem halben Jahrhundert Beweis dafür, dass bei entsprechendem politischem Willen und gegenseitiger Achtung auch komplizierte Probleme unter strikter Kontrolle einvernehmlich lösbar sind.

Allen ist klar, dieser Prozess bedarf seiner Anpassung an die Veränderungen in der Welt.

Gemeinsam mit vielen gleichgesinnten Verantwortungsträgern rufen wir deshalb dazu auf, innezuhalten mit der Zerstörung des Völkerrechts und der elementaren Lebensgrundlagen der Völker.

**Es geht um unser Aller Überleben!
Heute werden dafür die Weichen gestellt!**

Generaloberst a.D. Fritz Streletz

Generalleutnant a.D. Horst Sylla

Generalmajor a.D. Sebald Daum

Generalmajor a. D. Günter Voigt

Oberst a. D. Friedemann Munkelt

Oberst a.D. Bernd Biedermann

Oberst a.D. Nikolai W. Tschuikow (RF)

Kapitän zur See a.D. Werner Murzynowski

Kapitän zur See a.D. Gerhard Matthes

Major a.D. Rainer Paskowsky

Generalleutnant a.D. Manfred Grätz

Generalleutnant a.D. Wolfgang Neidhardt

Generalmajor a.D. Manfred Jonischkies

Konteradmiral a.D. Gerhard Müller

Oberst a.D. Frithjof Banisch

Oberst a.D. Herbert Prauß

Oberstarzt Dr. Georg Ludvik (Österreich)

Kapitan 1. Ranges a.D. Mikhail Pyresin (RF)

Oberstleutnant a.D. Siegfried Eichner

Major a.D. (Bw) Florian Pfaff

Frieden mit Russland! – Zwei ehemalige Generale der DDR rufen zum Protest auf, Initial 31.1.2023

Zwei offene Briefe an die russische Botschaft schlagen bereits erste Wellen in der Zivilgesellschaft im Osten Deutschlands. Generale der Nationalen Volksarmee der DDR protestieren darin gegen den Kriegskurs der Bundesregierung – und fordern "Frieden mit Russland!"

Von Rainer Rupp

Gestern, am 30. Januar, wurden dem Verteidigungsattaché bei der Botschaft der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland, Sergej Tschuchrow, zwei offene Briefe von zwei ehemaligen Generalen der Nationalen Volksarmee der DDR übergeben.

In diesen beiden Briefen, die sich gut ergänzen, legen Generalleutnant a.D. Manfred Grätz, ehemaliger stellvertretender Minister, und Generalmajor a.D. Sebald Daum ihre Standpunkte zur aktuellen Kriegshysterie in Deutschland und der NATO dar. Im Gegensatz zum gefährlichen Geschwurbel der politischen und medialen Eliten "im besten Deutschland, das es je gab", mangelt es diesen beiden Briefen weder an Klarheit noch an analytischer Schärfe. Zugleich reflektieren sie bewegende persönliche Erinnerungen an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges.

Unter der Überschrift "Deutsche Panzer gegen Russland – Aufruhr meines Gewissens" schreibt Generalleutnant a.D. Manfred Grätz zum Beispiel, dass es bei dem "häufigen Geschwätz über die Frage, ob wir denn nun schon Kriegspartei sind oder nicht", oft darum geht, "auszuloten, ob wir (in der Eskalation) nicht noch einen Schritt weitergehen dürfen oder nicht". Für General Grätz sind die Fronten jedoch längst klar. "Wir sind mittendrin (im Krieg). Was sollte man denn sonst noch tun müssen, wenn man schon Panzer und andere schwere Waffen geliefert hat, mit dem 'hehren' Ziel, Russland zu besiegen?"

Besonders gefährlich seien Politiker und sogenannte Experten, die in Talkshows oder bei anderen Gelegenheiten vollkommen ahnungslos und leichtsinnig über das Thema "Eskalation" sinnieren, vielleicht mit

Kernwaffen, mit "kleinen taktischen" zunächst. Hiroshima und Nagasaki sind offensichtlich vergessen. Sollen wir alle lernen, die Atombombe zu lieben.

Unter dem Titel "Protest gegen die weitere Unterstützung der Ukraine mit Panzern und anderem schweren Kriegsgerät durch Deutschland" fragt Generalmajor a.D. Sebald Daum: "Hat man vergessen, dass nicht Russland an die Grenzen Deutschlands oder der EU herangerückt ist, sondern die NATO-Truppen heute an den Grenzen Russlands stehen?". Dann erinnert er daran, dass es die USA und die NATO waren, die 2014 in der Ukraine einen Staatsstreich organisiert haben, den gewählten Präsidenten außer Landes vertrieben und die Ukraine militärisch aufgerüstet und gegen Russland in Stellung gebracht haben, damit sie acht Jahre Krieg gegen das eigene Volk führen konnte und geführt hat. Und er fragt weiter:

"Ist das jetzt der Dank für all das, was die Sowjetunion und Russland für Deutschland getan haben?"

Und diese Liste der guten Taten ist beeindruckend, vor allem deshalb, weil man so etwas in unseren sogenannten "Qualitätsmedien" nie zu sehen bekommt, denn die tun alles, um Positives über Russland möglichst schnell im Gedächtnisloch verschwinden zu lassen. So wird zum Beispiel nie thematisiert, dass trotz der 27 Millionen sowjetischen Opfer der deutschen Faschisten die Rote Armee und das sowjetische Volk nach 1945 "nicht Gleiches mit Gleichen vergolten und Deutschland nicht mit Hass überzogen haben, wie es zurzeit schon wieder in Deutschland gegen Russland getan wird".

Am Ende seines Briefes ruft Generalleutnant a.D. Manfred Grätz alle Ehemaligen und deren Freunde und Sympathisanten dazu auf, persönlich Flagge zu zeigen: "Schreibt, in welcher Form und in welchem Medium auch immer, und vergesst Name und Dienstgrad nicht", heißt es da. Und weiter: *"Sucht und findet unsere Verbündeten, besucht auch deren Veranstaltungen."*

Bemerkenswert ist, dass bei diesen Ausführungen jegliche parteipolitische Orientierung fehlt. Wahrscheinlich soll damit betont werden, dass all diejenigen Verbündete sind, die sich für Frieden mit Russland einsetzen, wobei es keine Rolle spielt, mit welchen im Bundestag vertretenen politischen Parteien sie sympathisieren oder welchen

sie sich noch zugehörig fühlen. Dieser Standpunkt scheint vor allem in den östlichen Ländern ein Trend zu werden, wo sich Menschen nicht länger von Kriegstreiber-Parteien und -Medien vorschreiben lassen wollen, mit wem sie auf der Straße für Frieden mit Russland demonstrieren.

Die beiden Briefe der zwei Generale haben im Osten Deutschlands bereits Wellen geschlagen. So hat beispielsweise das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden (OKV) mit seinen knapp 30 Verbänden, von denen einige im ganzen Land verbreitet sind und noch vieltausendköpfige Mitgliederschaften haben, alle Mitglieder, Sympathisanten und andere besorgte Bürger aufgerufen, analog ihre Stimme zu erheben und ihre Meinung kundzutun.

Die beiden Briefe dokumentieren wir hier im Wortlaut:

Brief eins:

Deutsche Panzer gegen Russland – Aufruhr meines Gewissens

Von Manfred Grätz, Generalleutnant a.D.

"Es ist wieder so weit. Von ungezählten Menschen befürchtet, von einer geschichtsvergessenen oder die Geschichte arrogant missachtenden Minderheit, die sich berufen fühlt, unser Land zu regieren und in Vasallentreue dem transatlantischen Bündnispartner folgt, herbeigesehnt und -geredet, von einer einmalig gleichgeschalteten Medienlandschaft eifrig unterstützt und nunmehr vom Bundeskanzler offiziell verkündet. Panzer gen Osten ist beschlossene Sache.

Bei vielen Menschen sträuben sich die Haare, werden ungute Erinnerungen wach, auch bei mir. Damals waren es noch kindliche Erinnerungen.

Geboren 1935 bin oder war ich faktisch noch ein Kind des 2. Weltkrieges. Zu jung, um schon für den Waffengang des deutschen Faschismus missbraucht zu werden, aber alt genug, um zu verstehen, dass Krieg nur unermessliches Leid, Elend und menschenverachtende Vernichtung bedeutet. Ich verlor meinen Vater. Ein herzlos kalter Brief seines Kompaniechefs vermeldete, dass er offensichtlich 'in heldenhaften Abwehr-Kämpfen gegen den bolschewistischen

Feind für Führer, Volk und Vaterland gefallen sei...'

Gelegentlich tauchen auch schlaglichtartig Erinnerungen auf, wie wir als halbwüchsige Jungen am Bahndamm saßen und die vielen Militärtransporte beobachteten, mit riesigen weißen Lettern beschriftet: 'Räder müssen rollen für den Sieg.' Heute heißt es: 'Deutsche Panzer Richtung Russland.' Parallelen, Ähnlichkeiten sind wohl unschwer zu erkennen. Bombennächte, Fliegeralarm, das brennende Chemnitz unweit meines Dorfes vor Augen, all das trug dazu bei, dass ich schon als Kind den Krieg hassen lernte und den Frieden herbeisehnte. Das Ende des Krieges erlebte ich schließlich als Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Sowjetarmee.

Seit jenen Ereignissen sind nahezu acht Jahrzehnte vergangen. Aus dem damals halbwüchsigen Jungen ist ein 88-Jähriger geworden, in ereignisreicher geschichtsträchtiger Zeit ein erfülltes Leben hinter sich.

38 Dienstjahre für die Erhaltung des Friedens in unserer Nationalen Volksarmee, davon sechs Jahre Studium in der SU, gehören dazu. Ich bekenne mich freimütig, ich liebe dieses Land, wohl wissend, dass das heutige Russland nicht mehr mit der SU vergleichbar ist. Aber die Menschen, deren Väter und Großväter für ihr Vaterland gegen den deutschen Faschismus gekämpft und auch uns befreit haben, sind geblieben. Warmherzige, liebenswerte Menschen, Freunde!

All das und noch viel mehr geht mir durch den Kopf vor dem Hintergrund all dessen, was sich gegenwärtig ereignet. Der Geist ist noch wach, auch nach 88 Jahren.

Es ist eine ganze Gemengelage an Gefühlen und Empfindungen, die mich bewegt, dominiert von Wut und Enttäuschung. Wut kocht in mir hoch, wenn ich die völlig haltlose einseitige Schuldzuweisung an Russland, in der Regel personell an Putin verfolgen muss, an Putin, den Aggressor, Putin den Kriegsverbrecher. Putin ist an allem schuld, was gegenwärtig in der Welt passiert. Vergessen oder bewusst verschwiegen die gesamte Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine, vergessen der Wortbruch des Westens bezüglich der NATO-Osterweiterung, vergessen die Rede Putins vor dem Bundestag anno

2001, in der er die Hand ausstreckte, friedliche Zusammenarbeit anbot und dann mit standing ovations verabschiedet wurde, vergessen auch die Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, als er die NATO-Osterweiterung als Bedrohung russischer Sicherheitsinteressen ansprach.

Wut kommt auf, wenn Frau Baerbock, immerhin Außenministerin unseres Landes und höchste Diplomatin, völlig ahnungslos und bar jeglichen diplomatischen Geschicks oder gar Anstands vom Leder zieht 'Wir werden Russland ruinieren'.

Auf etwa der gleichen Ebene liegt das häufige Geschwätz über die Frage, ob wir denn nun schon Kriegspartei sind oder nicht, oft dabei den Anschein erweckend, zu suchen und auszuloten, ob wir denn nicht noch einen Schritt weiter gehen dürfen oder nicht. Für mich brotlose Kunst. Längst sind die Fronten klar. Wir sind mittendrin. Was sollte man denn sonst noch tun müssen, wenn man schon Panzer und andere schwere Waffen geliefert hat mit dem 'hehren' Ziel, Russland zu besiegen?

Gefährlich auch, wenn Politiker und sog. Experten in Talkshows oder bei anderen Gelegenheiten über das Thema Eskalation, vielleicht mit Kernwaffen, mit 'kleinen taktischen' zunächst, sinnieren, ahnungslos und leichtsinnig. Vergessen schon Hiroshima und Nagasaki, jene zwei japanischen Städte, die das Opfer des ersten Atombombenabwurfes auf bewohntes Territorium wurden, ohne jede militärische Notwendigkeit. Zu diesem Zeitpunkt war der 2. Weltkrieg längst entschieden, in Europa, wie auch in Fernost. Und das waren bekanntlich nicht die Russen! Vergessen all das Leid und Elend, all die nach Zehntausenden zählenden Toten, und die Jahrzehnte währenden Langzeitwirkungen, die diese nach heutigen Maßstäben 'zwei kleinen Kaliber' bewirkten. Unvorstellbar und verantwortungslos ein solches Spiel mit dem Feuer in der Gegenwart! Da sage ich als ehemaliger Militär all jenen, die an ein solches Abenteuer nur denken: Kriegsverbrechen!

Apropos Kriegsverbrechen! Spricht da noch jemand davon im Zusammenhang mit Hiroshima und Nagasaki? Vergessen! Zu den Akten gelegt, das bis dato größte Kriegsverbrechen der Menschheitsgeschichte, begangen von den USA.

Nicht nur bedauerlich, sondern auch besorgniserregend finde ich,

dass unsere in Regierungsverantwortung stehenden Politiker auch noch beratungsresistent sind. Ich denke hier dabei an die Tatsache, wie die Meinung erfahrener Militärs, Spezialisten ihres Berufes, mehr und mehr in den Hintergrund tritt, besser getreten wird, sie nicht mehr für die Öffentlichkeit wahrzunehmen ist. Muss es nicht bedenklich stimmen, wenn ein General Kujat, exzellenter Kenner der Materie, auch oder besonders der NATO, seine beachtenswert realen Einschätzungen der Lage in einem Schweizer Journal unterbreiten muss? Oder wenn sich ein General Vad, ehemaliger militärischer Berater von Frau Merkel, im Journal EMMA von Alice Schwarzer äußert (nicht missverstehen, Respekt für Frau Schwarzer!).

Oder wenn sogar der Generalstabschef der US-Armee, General Milley, für seine reale Einschätzung der Lage in der Ukraine von der Biden-Administration einen Rüffel einstecken musste und über seine Erkenntnisse der Mantel des Schweigens ausgebreitet wird?

Von anderen Militärs, gar von Ehemaligen aus der NVA, will ich hier gar nicht sprechen, die könnten ja die Russen gut kennen!

Alles nach dem Motto 'Es kann nicht sein, was nicht sein darf'. Es bleibt dabei, mit deutscher Vasallentreue folgen wir getreu der auf die Weltherrschaft ausgerichteten Kriegspolitik der USA, unseres wichtigsten transatlantischen Verbündeten. Quo vadis, Deutschland? Frage ich mich da. Oder um es mit Heinrich Heine zu sagen: 'Denk ich an Deutschland in der Nacht, so werd' ich um den Schlaf gebracht!'.

Noch ein Wort an alle Mitglieder und Sympathisanten unseres Verbandes, an meine Genossen und Freunde

- Erhebt Eure Stimme, versteckt Euch nicht*
- Schreibt, in welcher Form und in welchem Medium auch immer, und vergesst Name und Dienstgrad nicht.*
- Sucht und findet unsere Verbündeten, besucht auch deren Veranstaltungen.*
- Gemeinsam sind wir stärker.*
- Geht mit auf die Straße, sofern Ihr noch rüstig und mobil seid. Redet mit den Leuten, trotz unterschiedlicher Interessen, die dort vertreten sind.*
- Krieg will von den Demonstranten keiner.*

– All das sagt mir mein Gewissen. Bitte, prüft auch das Eure."

Brief zwei:

Protest gegen die weitere Unterstützung der Ukraine mit Panzern und anderem schweren Kriegsgerät durch Deutschland

Von Sebald Daum, Generalmajor a.D.

"Mit der Entscheidung des Bundeskanzlers der BRD Herrn Scholz und seiner Regierung, nun doch der Ukraine 14 'Leopard-2' Panzer zu liefern und den anderen Ländern der NATO es zu gestatten, auch diese Leopard-Panzer der Ukraine zur Verfügung zu stellen, tritt Deutschland in eine neue Phase der Kriegsbeteiligung gegen Russland ein und verwirklicht so die Aussage seiner Außenministerin, im Krieg mit Russland zu stehen.

Mit dieser Entscheidung verlängert Deutschland nicht nur das Sterben in der Ukraine, sondern wird Kriegspartei. Gleichzeitig wird Russland immer mehr zum Feind des deutschen Volkes aufgebaut und man zerstört endgültig all das, was einmal wichtig war in den freundschaftlichen Beziehungen zu Russland, insbesondere im Osten sowie in der BRD insgesamt.

Ich möchte deshalb nur an einige wichtige Fakten erinnern:– dass die Sowjetunion den größten Anteil an der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus hat mit über 27 Millionen Toten, – dass nach 1945 die Rote Armee und das sowjetische Volk nicht Gleiches mit Gleichen vergolten und Deutschland mit Hass überzogen haben, wie es zurzeit schon wieder in Deutschland gegen Russland getan wird,

– dass die Sowjetunion und Russland entscheidend waren für die Wiedervereinigung Deutschlands, denn ohne ihre Zustimmung hätte es kein 'Einig Deutsches Vaterland' gegeben,

– dass Russland seine Besatzungstruppen freiwillig, im guten Glauben an gute nachbarliche Beziehungen, abgezogen hat, während die amerikanischen Besatzungstruppen weiter im Lande sind,

– dass Russland zugestimmt hat, dass Deutschland nicht neutral, sondern in der NATO bleiben darf,

– dass nicht Russland an die Grenzen Deutschlands oder der EU herangerückt ist, sondern die NATO-Truppen heute an den Grenzen Russlands stehen,

– und letztlich sei daran erinnert, dass es die USA und die NATO waren, die 2014 in der Ukraine einen Staatsstreich organisiert, den gewählten Präsidenten außer Landes vertrieben und die Ukraine militärisch aufgerüstet und gegen Russland in Stellung gebracht haben, damit sie 8 Jahre Krieg gegen das eigene Volk führen konnte und geführt hat.

Hat man das alles vergessen, ist das jetzt der Dank für all das, was die Sowjetunion und Russland für Deutschland getan haben, oder sind wir schon wieder so weit, ein drittes Mal gegen Russland in den Krieg zu ziehen? Sollen deutsche Panzer 'Leopard', wie einst deutsche 'Tiger', gegen Russland rollen. Hat man die Ergebnisse von Stalingrad und Kursk so schnell vergessen, oder will man diese Niederlagen revidieren?

'Nie wieder Krieg' galt in Deutschland als ungeschriebenes Gesetz. Nie wieder darf in Deutschland deshalb Hass und Kriegsgeschrei gegen Russland die Oberhand gewinnen, nie wieder darf ein 'Wollt ihr den totalen Krieg'-Geschrei uns gegen die Völker Russlands aufhetzen.

Deshalb erhebe ich meine Stimme zum Protest, gegen diese Lieferung von Panzern und anderem schweren Kriegsgerät durch Deutschland, die für die Verlängerung des Krieges und des Mordens in der Ukraine stehen. Mögen die Stimmen der Vernunft die Oberhand gewinnen und mögen Unzählige in diesem Sinne mithelfen, den Krieg zu verhindern."



Angesichts der Tatsache, dass politische Meinungsäußerungen zunehmend zu Benachteiligungen bis hin zu juristischen Konsequenzen führen, wenden sich Bürgerinnen und Bürger als Initiative "Meinungsfreiheit verteidigen" mit nachfolgendem Appell an die Öffentlichkeit. Dieser Initiative gehören Mitglieder unterschiedlicher Parteien, Organisationen oder Vereinen an, handeln aber nicht in deren Auftrag oder Namen.

Für die Initiative

Laura Frein v. Wimmersperg

Hans Bauer, Rechtsanwalt

Grundgesetz Artikel 5. (1)

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten...

Meinungsfreiheit verteidigen!

Deutschland befindet sich in einer tiefen Krise. Sanktionen und Wirtschaftskrieg, Aufrüstung und Kriegsbeteiligung, Corona- und Klimapolitik haben zu Inflation, Preissteigerung, Energiekrise und in deren Folge zu einem massiven sozialen Abstieg für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung geführt. Die politisch Verantwortlichen sind unfähig und unwillig, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, sowie dem Friedensgebot des Grundgesetzes gerecht zu werden.

Die Außenministerin verkündet eine deutsch-amerikanische „Führungspartnerschaft“ und der Wirtschaftsminister verspricht dem US-Präsidenten eine „dienende Führungsrolle“ im Kampf gegen Russland. Mit dem Ziel, Russland zu ruinieren, ruinieren sie das eigene Land. Als NATO-Mitglied und mit Führungsanspruch in der EU tragen Bundesregierung und Bundestag mit ihren Entscheidungen zur Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine bei und schüren mit Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet und mit Feindseligkeiten insbesondere gegen Russland die Konfrontation zwischen den Staaten. Diplomatische Wege zur Beendigung des Krieges und zur Lösung des Konflikts werden abgelehnt.

Diese Politik des wirtschaftlichen und sozialen Niedergangs geht einher mit einem weiteren Abbau demokratischer Rechte. Besonders betroffen sind die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit, wie sie in Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert sind. Obwohl demokratische Mitbestimmung voraussetzt, dass sich jeder – so auch verfassungsrechtlich entschieden – „aus allgemeinen Quellen ungehindert unterrichten kann“, wird dieses Recht durch die mediale Dominanz der Regierungspolitik zunehmend eingeschränkt. Politiker verschweigen, negieren und verfälschen aktuelle und historische Tatsachen, die Russland zur Entscheidung vom 24. Februar 2022 veranlasst haben.

Abhängige, auch öffentlich-rechtliche Medien, verhindern eine allseitige Informiertheit und somit eine freie unabhängige Meinungsbildung. Desinformation und Manipulation der Bevölkerung bestimmen weitgehend die gegenwärtige Medienkultur. Wer die verordnete offizielle Meinung zum Ukraine-Krieg nicht teilt, kritisiert und dies öffentlich kundtut, wird diffamiert, bedroht und sanktioniert oder ausgegrenzt.

Wer sich für Solidarität und humanitäre Hilfe für die Menschen im Donbass einsetzt, wird medial diffamiert und unterliegt Sanktionen. Kritische Medien außerhalb des Mainstreams werden in ihrer journalistischen Arbeit durch behördliche Maßnahmen behindert. Russische Kulturschaffende und Wissenschaftler stehen unter Generalverdacht. Normale zwischenstaatliche Beziehungen zu Russland werden abgelehnt. Freundschaft mit Russen macht verdächtig. Das Zeigen sowjetischer und russischer Symbole und Freundschaftsbekundungen zur Russischen Föderation werden staatlich missbilligt oder gar verboten.

Andersdenkende werden kriminalisiert. So wurde der Berliner Friedensaktivist Heinrich Bücker, Betreiber des Coop Anti-War Café, wegen bloßer Meinungsäußerung vom Amtsgericht Tiergarten (Berlin) zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, vor allem auf Grund seiner [Rede](#) im Rahmen einer Friedenskundgebung am 22. Juni 2022 am sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park (Berlin) anlässlich des Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion. Kriminalisiert wird, wer die historische Entwicklung zum heutigen Konflikt aufzeigt, deren Wurzeln schon im Raub- und Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands gegen die UdSSR und in der Kollaboration ukrainischer Faschisten mit den deutschen Besatzern liegen. Kriminalisiert wird, wer den Einfluss der Nachfolgeformationen dieser Nazi-Kollaborateure auf die heutige Politik der ukrainischen Regierung benennt und sich mit den Beweggründen Russlands zur militärischen Intervention befasst.

Durch die Erweiterung des Strafrechts mit der neuen Fassung des §130 StGB wird die Gesinnungsjustiz noch verschärft.

In einer solchen Atmosphäre sind offene Debatten, der Austausch und die Darstellung unterschiedlicher Auffassungen in Medien, Wissenschaft, Kunst, Kultur und anderen Bereichen kaum mehr möglich. Eine wirklich freie Meinungsbildung durch Abwägung von unterschiedlichen Argumenten ist ausgeschlossen. Voreingenommenheit und Unkenntnis, aber auch Einschüchterung, Angst, Selbstzensur und Heuchelei sind die Folgen. Mit der Würde des Menschen und der Freiheit der Persönlichkeit ist dies unvereinbar.

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte fordern wir, dieser gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Wir rufen dazu auf, die grundgesetzlich verbrieft Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit zu verteidigen, wo und wann immer sie eingeschränkt wird.

Kontakt:

Laura Freiin von Wimmersperg laurawimmersperg@t-online.de

Rechtsanwalt Hans Bauer h.bauer.ra@t-online.de

Spendenaufruf zur Veranstaltung am 27. März 2023



Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden nimmt die Briefe der beiden Generale der NVA Manfred Grätz und Sebald Daum (siehe Anlage) zum Anlass, um weit über den eigenen Kreis der Mitglieder der Verbände hinaus den unterschiedlichen Standpunkten zu den einenden Fragen Raum zu bieten.

Frieden mit Russland

Dialog statt Waffen

Friedensinitiative überparteilich – nur so ist ein Überleben gegeben

Zur Finanzierung bitten wir um Spenden:

Postbank Berlin

Verein Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.

IBAN: DE97 1001 0010 0026 4571 08

Verwendungszweck: **Konferenz 2023**

Das Konto der Friedensglockengesellschaft e.V., eines eingeschriebenen als gemeinnützig anerkannten Vereins, ermöglicht auch das Ausstellen von Spendenquittungen.